



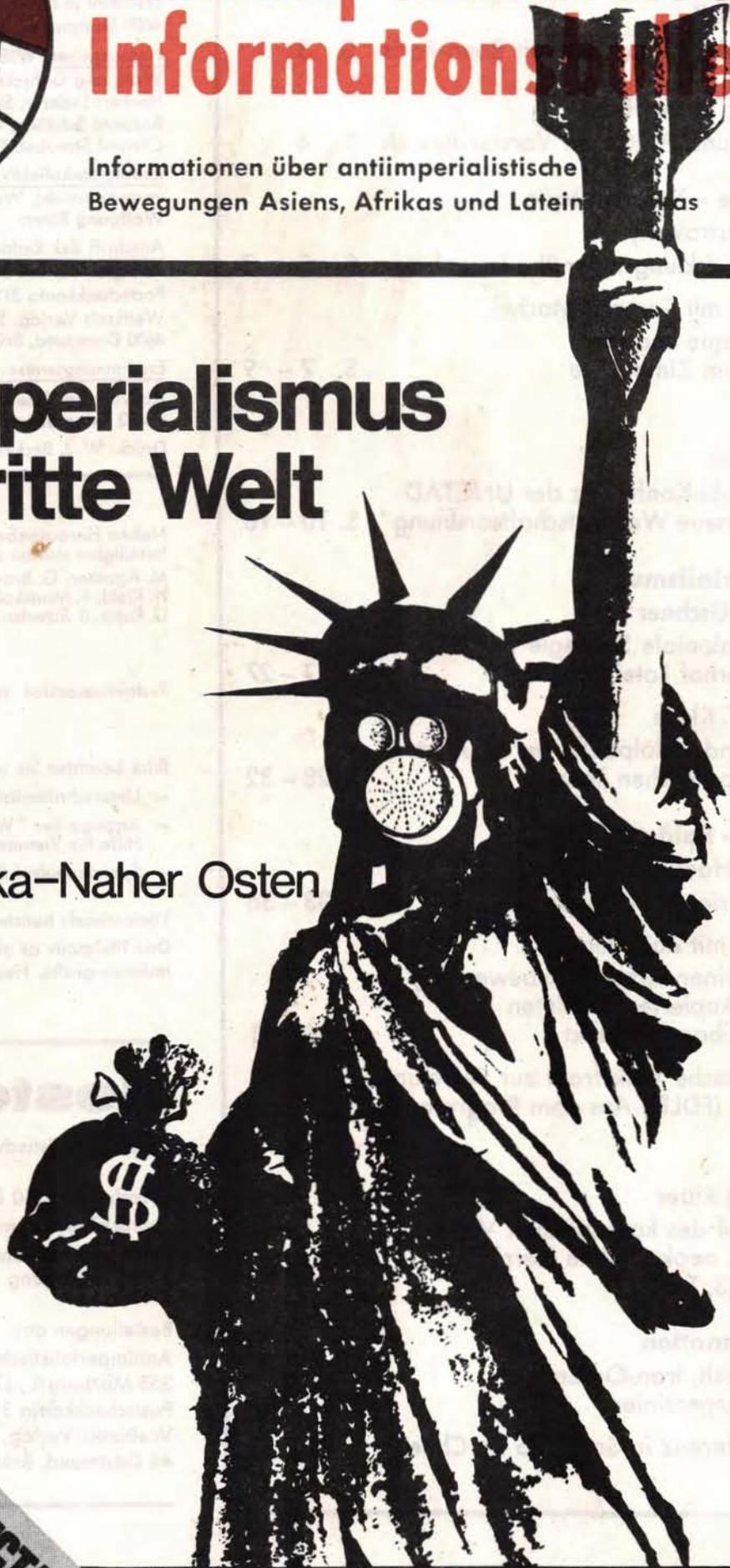
# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Nr. 6/1976  
1,50 DM

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

## US-Imperialismus und dritte Welt

am Beispiel  
Lateinamerika-Naher Osten



Rhodesien-Libanon-UNCTAD  
Korea-Südafrika

# Inhalt

## AIB-Aktuell

Vorsters Atomgeschäfte mit Bonn-Paris S. 3

## Republik Südafrika

SWAPO und ANC zum Vorster-Besuch S. 4

## Zimbabwe - Moçambique

Jürgen Ostrowsky

Neue Entwicklung in der Rhodesienfrage S. 5 - 7

Interview mit Samora Machel

Moçambique und die Schlacht um Zimbabwe S. 7 - 9

## UNO

Rainer Falk

Die Nairobi-Konferenz der UNCTAD und die "neue Weltwirtschaftsordnung" S. 10 - 16

## US-Imperialismus

Manfred Uschner

Die neokoloniale Strategie der USA im "Hinterhof Lateinamerika" S. 17 - 27

Michael T. Klare

Militär- und Erdölpolitik der USA im arabisch-persischen Raum S. 28 - 32

## Libanon - Palästina

Georges Haoui

Warum Krieg im Libanon? S. 33 - 36

Interview mit Zaid Alawe

Die palästinensische Volksbewegung in den okkupierten Gebieten und der Libanonkonflikt S. 36 - 41

Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FDLP): Aus dem Programm S. 39

## Korea

Wolfgang Ritter

Der Kampf des koreanischen Volkes gegen die neokoloniale Herrschaft der USA (3. Teil) S. 42 - 46

## Kurzinformation

Bangla Desh, Iran-Oman, Bolivien-Argentinien S. 47

OAS-Konferenz in Santiago de Chile S. 48

## IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin  
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,  
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf R. Priemer, Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner (presserechtlich verantwortlich), Wolfram Bröner, Jürgen Ostrowsky, Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.

Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M., Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB, 4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegsexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer: M. Agather, G. Broeker, R. Falk, D. Fendt, M. Hellmann, H. Kiehl, P. Maaskola, M. Passolt, J. Pieper, M. Preuss, U. Rupp, B. Schwiening, J. Vogt

Redaktionsschluß dieser Nummer: 19. Juni 1976

Bitte beachten Sie unsere Beilagen und Anzeige:

- Unterschriftenliste der ODYSI
- Anzeige der "Wissenschaftlich-Technischen Hilfe für Vietnam"
- Spendenaufruf für den ANC Südafrika

Titelentwurf: hallstein-grafik

Das Titelmotiv ist als Plakat zu bestellen bei hallstein-grafik, Heidestraße 12, 6000 Frankfurt/M.

## Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto  
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren  
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,  
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.  
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.

# AIB-Aktuell: Vorsters Atomgeschäfte mit Bonn - Paris

Am 31. Mai d.J. meldete das Handelsblatt be-  
trübt: "Die Kraftwerkunion (KWU) der Bundesre-  
publik, die zunächst gut im Rennen gelegen hat-  
te, (hat) einen lukrativen Auftrag verloren".

Das entgangene Geschäft: die Lieferung zweier  
Kernreaktoren und der Bau des Kernkraftwerkes  
in Koeberg im Rassistenstaat Südafrika im Ge-  
samtwert von etwa 2,6 Mrd DM. Statt der AEG/  
Siemens-Tochter KWU erhielt eine französische  
Gruppe den Zuschlag; auch ein amerikanisch-  
schweizerisches Konsortium kam nicht zum Zuge.  
Während in Bonn die CDU/CSU - zu Unrecht, wie  
sich herausstellte - die Bundesregierung an-  
griff, sie habe das Geschäft durch angebliche  
Kritik am Apartheid-Regime verdorben, kam die  
französische Regierung ins Kreuzfeuer interna-  
tionaler Kritik. Die Organisation für Afrikani-  
sche Einheit (OAU) bezeichnete den Handel als  
"imperialistisch-rassistische Koalition gegen  
Afrika" sowie als "Verrat gegenüber den afrika-  
nischen Völkern".

## Enttarnter Südafrika-"Kritiker" Genscher

In der BRD wurde dies z.T. hämisch registriert  
(z.B. im Spiegel, Nr. 24/1976), zugleich aber  
auch zum Anlaß genommen, die Bundesrepublik so  
erscheinen zu lassen, als habe sie mit der gan-  
zen Angelegenheit nie zu tun haben wollen (eben-  
da).

Die Frankfurter Allgemeine machte aus dem ge-  
platzten Geschäft gleich eine Tugend. Um das  
Image der BRD in Afrika beflissen kommentierte  
sie: "Südafrika, das dem Atomsperrvertrag nicht  
beitreten will, ist einer von jenen Fällen, die  
für uns ein heißes Eisen bleiben müssen". Das  
Brasilien-Geschäft freilich ging in Ordnung  
(FAZ, 31.5.1976).

Doch der BRD eventuelle Erleichterung zu unter-  
stellen, daß das heikle Geschäft nicht zustande  
kam, ist verfehlt; aus "Regierungskreisen" ver-  
lautete: "Die Bundesrepublik war darauf einge-  
stellt, ihre Zustimmung zu einer Bundesbürg-  
schaft (!) für das Atomgeschäft (...) zu geben"  
(Frankfurter Rundschau, 3.6.1976). Zudem kann  
keine Rede davon sein, zwischen der BRD und Süd-  
afrika gebe es nunmehr keine Kollaboration mehr  
auf atomarem Gebiet:

- Völlig unbeschadet des KWU-Angebots beginnt  
in diesem Jahr der Bau einer Uranisotopen-An-  
reicherungsanlage in Südafrika, die von der  
Essener Firma STEAG (Großaktionär: die Ruhr-  
kohle AG, und damit der VEBA-Gelsenberg-Kon-  
zern, dessen Aktienmehrheit der Bund hält) ge-  
baut werden und nach dem von der Karlsruher  
Gesellschaft für Kernforschung entwickelten  
Trenndüsen-Verfahren arbeiten wird. Die An-  
lage kann auch Uran für militärische Zwecke an-  
reichern.
- Aufträge für den Bau von Kompressoren für die-  
se Anlage ergingen am 11. September 1974 an  
die Firma MAN. Diese Anlagenteile werden von  
der Bundeswehr mit NATO-Codenummern versehen  
(vgl. zum Atomkomplott: AIB, Nr. 11-12/1975).

Davon war in der bürgerlichen Presse hierzulan-  
de nicht die Rede. Vielmehr versuchte man die  
Gelegenheit zur Imageverbesserung auszunutzen  
und ersann eine südafrikanische Verärgerung  
über angebliche BRD-Kritik am Rassistenregime.  
Südafrika kompromittierte die BRD mit der Ant-  
wort, davon könne keine Rede sein: im Gegenteil  
habe der vorgebliche "Kritiker" Genscher die  
südafrikanischen "Entspannungsbemühungen" aus-  
drücklich gelobt und Hilfe angeboten (FAZ, 31.  
5.1976).

Wie gut es mit dem Einvernehmen zwischen Bonn  
und Pretoria in Wirklichkeit bestellt ist, mach-  
te die angeblich in Bonn "Verlegenheit" und

"Überraschung" auslösende Meldung deutlich, (FR,  
5.6.1976), daß Südafrikas Premierminister Vor-  
ster seinen Außenminister Muller auf eine Kon-  
ferenz der südafrikanischen Botschafter in  
Europa, die am 21. und 22. Juni in Bonn statt-  
finden wird, begleiten werde. Dort werde letz-  
terer mit Genscher, er selbst "wahrscheinlich"  
mit Helmut Schmidt und anschließend auch noch  
mit Henry Kissinger zusammentreffen.

Es bedarf keiner Phantasie sich vorzustellen,  
daß diese Treffen der Repräsentanten der beiden  
imperialistischen Hauptmächte mit dem eines der  
bedeutendsten Eckpfeiler ihrer Globalstrategie  
vornehmlich dem Zweck dient, die nach dem De-  
bakel der Intervention in Angola notwendigen  
Manöver zu planen. Wenn FR-Chefredakteur Holzer  
die Meinung äußert, Bonn solle "die Gelegenheit  
wahrnehmen, (...) deutlich zu machen, wie  
grundverschieden die Haltung beider Regierungen  
ist" (FR, 5.6.1976), dann ist dies schlichte  
Irreführung.

Nirgendwo ist die Identität zwischen dem Rassi-  
stenregime und Bonn größer als in "Grundfragen".  
Der BRD-Imperialismus ist Südafrikas größter  
Handelspartner; seine Investitionen im profi-  
tablen Unterdrückungssystem werden nur noch von  
den britischen übertraffen; die "freie Markt-  
wirtschaft" findet nur wenige so überzeugte und  
gut harmonisierende Verteidiger. Die Frankfurter  
Allgemeine sieht den Sinn der angekündigten Un-  
terredungen denn auch genau umgekehrt: "Es wäre  
gut, wenn auch Bundeskanzler Schmidt und sein  
Außenminister sich anhören würden, was Vorster  
zu sagen hat" (8.6.1976).

Wenn der Geschäftsverlauf etwas beweist, dann  
nicht, daß es Divergenzen ernster Natur zwischen  
den imperialistischen Partnern gibt, sondern  
eher das Gegenteil:  
Südafrikas atomare Zusammenarbeit mit der BRD  
geht uneingeschränkt weiter. Zum BRD- und USA-  
Verbündeten Israel unternahm Vorster jüngst ei-  
ne Reise, die u.a. militärischer Kooperation  
diente. Zum Iran, ebenfalls Bastion des Imperia-  
lismus, unterhält Südafrika einen atomaren Aus-  
tauschvertrag. Mit Brasilien besteht seit lan-  
gem militärische Zusammenarbeit. Schließlich  
sind die USA selbst seit 1953 in Südafrikas  
Atomtechnologie engagiert. Frankreich ist Rü-  
stungslieferant Israels und Südafrikas.

## Südafrikas gefährliche "Fähigkeiten, Kernwaffen zu bauen"

Was die Aggression Südafrikas gegen Angola brut-  
tal vor Augen führte - die von Südafrika ausge-  
hende Gefährdung des Friedens -, klang auch in  
einem Interview Premier Vorsters an: "Wir sind  
nur an der friedlichen Anwendung der Kernkraft  
interessiert. Aber wir können Uran anreichern,  
und wir haben die Fähigkeiten (Kernwaffen zu  
bauen). Und wir haben den Kernwaffensperrver-  
trag nicht unterzeichnet" (Newsweek, 17.5.1976).

Als eine Delegation des African National Con-  
gress von Südafrika jüngst bei der Kommunisti-  
schen Partei Frankreichs zu Besuch weilte, er-  
klärte deren Politbüromitglied Paul Laurent:  
"Wir Kommunisten sagen Nein zur militärischen  
und nuklearen Kollaboration mit Südafrika. Wir  
mobilisieren die Arbeiterklasse, die öffentli-  
che Meinung unseres Landes, um eine Politik zu  
vereiteln, die weder den Interessen unseres  
Volkes noch der Ehre Frankreichs entspricht.  
(...) Wir kämpfen gegen diese Politik der Ko-  
operation mit einer gewalttätigen, unterdrück-  
enden und inhumanen Regierung" (L'Humanité,  
11.6.1976).

Der Kampf gegen das Atomkomplott, gegen die Zu-  
sammenarbeit mit Südafrika auf allen Ebenen  
muß auch in der BRD weitergeführt werden.

## SWAPO und ANC zum Vorster-Besuch

Wir wenden uns an Sie gemeinsam, um zur sofortigen und breiten Mobilisierung gegen den bevorstehenden Besuch des südafrikanischen Premierministers Vorster und seine geplanten Treffen mit politischen Führern des Westens aufzufordern.

In Paris wird Vorster zunächst mit Präsident Giscard d'Estaing zusammentreffen. Anschließend wird er nach Bonn kommen, wo am 21. Juni 1976 eine Begegnung mit Bundeskanzler Schmidt vorgesehen ist. Am 23. Juni wird das Treffen mit US-Außenminister Kissinger stattfinden, und nun liegen Informationen vor, daß er in Westdeutschland außerdem Besprechungen mit dem israelischen Premierminister Allon führen wird. Außerdem haben wir in Erfahrung gebracht, daß der britische Premierminister Callaghan nach Bonn fliegen wird, um Vorster zu treffen. Um das Stattfinden dieser Treffen zu verhindern, sind unverzüglich massive Aktionen notwendig.

Der Besuch Vorsters stellt einen sehr wichtigen diplomatischen Schachzug für das südafrikanische Regime dar: Die geplanten Begegnungen mit den Führern der westlichen Hauptmächte in Europa, sind dazu ausersehen, das internationale Ansehen des Rassistenregimes zu erhöhen. Sie werden eine beträchtliche Unterstützung für Vorsters Versuche darstellen, sein Regime als "ehrlichen Makler" im südlichen Afrika anzubieten - genau zu einer Zeit, da sich die Kräfte um die Beendigung der rassistischen Beherrschung in Namibia und Südafrika intensivieren und verstärkter internationaler Hilfe bedürfen. Die Völker Namibias und Südafrikas sind bestürzt darüber, daß die Westmächte zur Wahrung ihrer Interessen bereit sind, sich mit dem südafrikanischen Regime einzulassen, um die heuchlerische Vorstellung Vorsters als Friedensstifter zu verbreiten. Die Wahrheit ist, daß das südafrikanische Regime selbst durch seine illegale Besatzungspolitik Namibias und sein rassistisches Ausbeutungsregime in Südafrika die Hauptgefahr für Frieden und Stabilität im südlichen Afrika ist.

Die vorgesehenen Treffen werden die Zusammenarbeit des Westens mit dem südafrikanischen Regime weiter verfestigen. Die vorgeschlagene "Untersuchungskommission" der Europäischen Gemeinschaft nach Südafrika und Namibia stellt nur ein Beispiel für die Bereitschaft Westeuropas dar, Südafrika bei der Umgehung der Forderungen der internationalen Gemeinschaft zu helfen, die von den Vereinten Nationen vorgebracht wurden; die in einem Zeitraum von zehn Tagen vorgesehenen Begegnungen drücken die fortgesetzte Bereitschaft des Westens aus, Südafrikas Täuschungsmanöver der sogenannten "Verfassungsentwick-

lung" durch die Errichtung von Bantustans in Südafrika und Namibia mit Sympathie zu begleiten.

Darüber hinaus enthüllt die Teilnahme Kissingers seine tatsächliche Verachtung für die Hoffnungen und Bestrebungen der Völker des südlichen Afrika. Seine Unterredungen mit Vorster werden ohne Zweifel einer engeren Kollaboration zwischen Südafrika und dem Westen auf atomarem und technologischem Gebiet den Weg bereiten und so Südafrikas Stellung als nützlicher Sachwalter der Interessen des Westens stärken.

Wir fordern Sie daher dringend auf, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um die öffentliche Meinung gegen den Besuch zu mobilisieren. Im Namen der kämpfenden Völker Namibias und Südafrikas rufen wir Sie auf, die Stärke der internationalen Opposition gegen das südafrikanische Rassistenregime zu demonstrieren.

Um eine breite und wirkungsvolle Mobilisierung gegen den Besuch zu gewährleisten, schlagen wir die Bildung eines internationalen ad-hoc-Komitees vor, um die Aktivitäten der europäischen Solidaritätsorganisationen in dieser Frage zu koordinieren.

Peter H. Katjavivi  
Repräsentant der SWAPO  
(Südwestafrikanische Volksorganisation)  
in Großbritannien und in Westeuropa

Reginald September  
Hauptrepräsentant des ANC  
(Afrikanischer Nationalkongreß von Südafrika)  
in Großbritannien und in Westeuropa

London, 11. Juni 1976



Der in AIB 5/1976 veröffentlichte Beitrag von Abdul S. Minty wurde aus aktuellem Anlaß als Sonderbroschüre herausgegeben. Preis 0,50 DM, bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

# Zimbabwe - Moçambique

Nach dem Sieg der Volksrepublik Angola wurde Rhodesien zum heftigst umkämpften Schauplatz im südlichen Afrika. Die neue Entwicklung der Rhodesienfrage in den letzten Monaten, die der Beitrag J. Ostrowskys nachzeichnet, wird in hohem Maße durch die revolutionäre Rolle der VR Moçambique und ihre rückhaltlose Unterstützung der Befreiungsbewegung Zimbabwes bestimmt. Von daher ist verständlich, weshalb sich derzeit einerseits eine Kampagne der Verleumdung gerade gegen die VR Moçambique wie ihren Präsidenten Samora Machel konzentriert und andererseits Kurs auf die Spaltung des antiimperialistischen und antirassistischen afrikanischen Lagers im Rhodesien-Konflikt genommen wird. Dahinein gehört auch der Versuch, durch das Schüren antikubanischer Ressentiments, die während des Angolakrieges zutagegetretenen Kontrapositionen neu zu beleben; und sei es durch die gezielte Verdrehung von Aussagen revolutionärer afrikanischer Führer, wie in einem Interview des britischen Observer Ende März d.J. mit Samora Machel geschehen. Dieses Interview wurde in besonderem Maße als angeblicher "Angriff" Machels gegen Kuba, die Sowjetunion und gegen die Politik der VR Angola in den westlichen Massenmedien breitgetreten. Wir dokumentieren dieses zuunrecht mit "Machel: 'Kubaner in Rhodesien nicht erwünscht'" überschriebene Observer-Interview nicht nur um der Klarstellung willen, sondern überdies, weil es die Grundposition der moçambiquanischen Führung in der Rhodesienfrage mit Bestimmtheit verdeutlicht und zugleich Antwort auf die zahlreichen imperialistischen Anwürfe und Zwieltigkeiten gibt.

Jürgen Ostrowsky

## Neue Entwicklung der Rhodesienfrage

Am 3. März 1976 gab Samora Machel, Präsident der Volksrepublik Moçambique, in einer Ansprache an die Nation bekannt, daß Moçambique sich hinfort als im Kriegszustand mit dem rassistischen Smith-Regime in Rhodesien (Zimbabwe) betrachte und seine Grenzen geschlossen habe:

### Grenzschließung durch die VR Moçambique

"Ich habe Euch davon in Kenntnis zu setzen, daß moçambiquanische Männer, Frauen, alte Menschen und Kinder getötet werden. Unser Territorium wird angegriffen; unsere Menschen werden hingemordet, unser Land ist das Opfer einer Aggression. (...)

Nach einer langen Reihe bewaffneter Provokationen gegen die Volksrepublik Moçambique haben die Streitkräfte des Rassisten Ian Smith in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar einen großangelegten Angriff auf unser Hoheitsgebiet unternommen, der sich auf die Ortschaften Pafuri und Mavue richtete. (...) An dem Angriff waren Düsenjagflugzeuge, Bomber, Hubschrauber, Artillerie und Infanterie beteiligt.

Genossen, Mitbürger! Wir haben unser Vaterland vom Kolonialismus befreit. Heute müssen wir unser Vaterland gegen einen Angriff verteidigen. Wir müssen den gerechten Kampf unseres Brudervolkes in Zimbabwe unterstützen. (...) Setzen wir unsere schöpferische Kraft ein, um unsere Unabhängigkeit zu verteidigen und unsere Brüder in Zimbabwe zu unterstützen. (...) Indem wir den Kampf in Zimbabwe unterstützen, verteidigen wir Moçambique. Indem wir den Kampf unserer Brüder in Zimbabwe unterstützen und zu seiner Entwicklung beitragen, halten wir den Feind von unseren Grenzen fern, festigen so unsere Unabhängigkeit und schaffen Bedingungen, die der Sicherung des Friedens dienen können. Deshalb sagen wir: Hilfe und Solidarität sind keine Sache von Barmherzigkeit oder Gunst, sondern des gegenseitigen Beistandes zwischen Kräften, die für dieselben Ziele kämpfen. Unsere Unterstützung für den gerechten Kampf unserer Brüder in Zimbabwe ist eine moralische, politische und materielle".

### Spektakuläre Guerillaaktionen ...

Namentlich seit diesem Tag wurde der bewaffnete Befreiungskampf immer intensiver: Der Sprengung der einzigen dem Rassistenregime verbliebenen



Guerillas des ANC Zimbabwe

Bahnlinie ans Meer in Richtung seines Verbündeten Südafrika folgten Überfälle auf rhodesische Grenzposten; Ende Mai d.J. wurden Aktionen auch aus dem bis dahin "ruhigen" Westen Rhodesiens gemeldet; das Magazin Newsweek berichtete am 7. Juni, daß Guerillas des African National Council (ANC/Afrikanischer Nationalrat) nunmehr auch unter einem Stamm im südlichen Landesteil, den Shangana, Fuß gefaßt hätten. Ebenfalls Ende Mai d.J. fand die bisher spektakulärste Kampfaktion statt: Guerillaeinheiten war es gelungen bis zu dem Ferienort Mermaid's Pool, 50 km von der Hauptstadt Salisbury entfernt, vorzustoßen. Der Befreiungskrieg eskaliert rasch in Form

immer zahlreicherer Einzelangriffe, deren Ziel die gleichzeitige Eröffnung des Kampfes an allen Fronten in absehbarer Zukunft sein könnte.

Diese Entwicklung war die logische Folge der im März 1976 gescheiterten Gespräche zwischen Joshua Nkomo und Ian Smith. Sie hatten unmißverständlich demonstriert, daß das Minderheitsregime zu keinerlei Lösung der Rhodesienfrage ohne Blutvergießen bereit war. Joshua Nkomo selbst erklärte bald darauf den Guerillakrieg als unumgänglich:

"Es gibt jetzt keinen Ausweg mehr. Das Gewehr ist der einzige Ausweg" (Frankfurter Rundschau, 26.3.1976).

### ... als Antwort auf Smiths Täuschungsmanöver

Dem Smith-Regime vermochte weder der Versuch mehr zu helfen, Großbritannien, von dem es sich 1965 einseitig losgesagt hatte, wieder in seine "Verantwortung" als Kolonialmacht zu ziehen, noch das plumpe Täuschungsmanöver, vier afrikanische Marionetten in sein Kabinett aufzunehmen: als Minister ohne Kompetenzen.

Es hatte ohnehin nur auf Zeit gespielt, um sich bessere Bedingungen zu schaffen und Spielraum für politische Manöver zu gewinnen. Gleichzeitig hatte es seine Militärausgaben weiter erhöht (insgesamt in den letzten drei Jahren auf das Vierfache: 200 Mio DM); die Wehrpflicht war von 12 auf 18 Monate verlängert, Reservisten waren einberufen und paramilitärische Zivilorganisationen unter den Weißen gebildet worden.

Es hatte seine Landvertreibungs- und Zwangsumsiedlungspolitik hunderttausender Afrikaner fortgesetzt und mit brutalem Terror jeden Widerstand zu ersticken versucht. In der ausländischen Presse erschienen immer häufiger Berichte über von rhodesischen Soldaten begangene Missetaten, so am 28. Februar 1976 in der Frankfurter Rundschau über die Ermordung von 60 Männern, Frauen und Kindern bei Mount Darwin im Norden des Landes.

An der Grenze nach Moçambique, wo sich Lager des ANC befinden, nahmen die Provokationen und Aggressionsakte zu, die Moçambique zur Grenzschließung und Verhängung des Kriegszustandes zwangen.

### Breite Unterstützung für Moçambique

Die für Moçambique dadurch entstandene kritische ökonomische Lage wird indessen durch Unterstützung aus den sozialistischen Ländern, vor allem der UdSSR, durch die Länder des Commonwealth, die Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gemildert. Innerhalb der OAU gehört Moçambique zusammen mit Sambia, Tansania und Botswana zu den vier Staa-

ten, denen die unmittelbare Koordinierung und Unterstützung des Befreiungskampfes übertragen wurde. Daß auch Sambia, das im Befreiungskampf Angolas eine konterrevolutionäre Rolle spielte, nunmehr zumindest verbal kompromißlos für den Befreiungskrieg Stellung bezieht, deutet auf die durch den Sieg der MPLA entstandene neue Kräftekonstellation im südlichen Afrika hin, in der sich Sambia nicht isolieren will.

Andererseits ist Rhodesiens Rassistenregime keineswegs von allen Freunden verlassen:

"Die USA", schreibt Newsweek, "sind auf Rhodesien und Südafrika wegen vieler lebenswichtiger Metallvorkommen angewiesen, namentlich Chrom, aber die geopolitische Bedeutung des südlichen Afrika ist von noch größerer Bedeutung".

So erklärte sich, daß die von der bürgerlichen Presse gefeierte "neue" Afrika-Politik Kissingers nichts anderes ist als alter Wein in neuen Schläuchen. So soll die Forderung nach afrikanischer Mehrheitsregierung - noch dazu ausschließlich durch Verhandlungen und erst nach etwa zwei Jahren! - zum einen die Front der antikolonialistischen Kräfte spalten. Zum anderen ist es das alte, schon zu Zeiten Kennedys erprobte Rezept, durch verbalen "Druck" auf das weniger bedeutende Regime die fortgesetzte Unterstützung für das Wichtigere, hier: Südafrika, in den Augen der Afrikaner auszugleichen.

### "Hilfe" Kissingers: alter Wein in neuen Schläuchen

Laut Newsweek werde Südafrika möglicherweise hierbei mitspielen,

"wenn Washington sich bemühe, den internationalen Druck auf Südafrika zu mildern und das amerikanische Waffenembargo zu lockern"!

Und für die Realisierung der angekündigten Einhaltung des vollständigen Boykotts Rhodesiens - dessen bisherige Mißachtung Kissinger damit zugeb - sieht man ebenfalls schwarz: Das Weiße Haus werde sich kaum für die Aufhebung des sogenannten Byrd-Amendment im Kongreß einsetzen, das den USA "erlaube"(!), entgegen den Wirtschaftssanktionen der UNO, rhodesisches Chrom zu kaufen. Daß die USA entschlossen sind, ihre reaktionären Bastionen zu halten und andere auszubauen, bestätigt auch der jüngst angekündigte Besuch des Verteidigungsministers Rumsfeld beim US-Verbündeten Mobutu in Zaire.

Die BRD hält mit: Außenminister Genscher empfing am 14. Juni d.J. Zaires Außenminister Nguza. Bereits Ende März sagte die Bundesregierung Mobutu umgerechnet etwa 100 Mio DM, Sambia ungefähr 70 Mio DM Wirtschaftshilfe zu (Star Weekly, Südafrika, 3.4.1976) - Ländern, die gegen die Volksrepublik Angola gekämpft hatten und sich durch opportunistische und zur Kollaboration mit den südafrikanischen Rassisten bereits

Politik auszeichnen.

Doch obwohl die imperialistischen Mächte zu den verschiedensten Täuschungsmanövern und Hilfsmaßnahmen für das rhodesische Smith-Regime greifen, lassen ihre Äußerungen zugleich Resignation erkennen. Newsweek fragte in seiner Ausgabe vom 7. Juni bange: "Kann das weiße Afrika

überleben?".

Zwar befindet sich die Befreiungsbewegung noch in einer kritischen Phase. Doch die Erfahrungen Angolas lehren: Eine geeinte Befreiungsbewegung, die sich auf das Volk stützt und internationalistische Hilfe erhält, wird siegen.

## Interview mit Samora Machel

# Moçambique und die Schlacht um Zimbabwe



FRAGE: Welche neue Strategie wurde mit ihren Kollegen aus Tansania, Sambia, Botswana und Rhodesien auf dem Gipfeltreffen von Lusaka entwickelt?

SAMORA MACHEL: Wir beschlossen, den bewaffneten Kampf zu intensivieren, da uns die Arroganz von Smith gezeigt hat, daß es unmöglich ist mit ihm zu verhandeln. Und wir beschlossen, die Einheit inmitten des bewaffneten Kampfes zu festigen; den Feind, das ist natürlich Ian Smith, wieder zu benennen; und, zu guter Letzt, zu entscheiden, welche Ziele wir anstreben.

### Nun bewaffneter Kampf zur Befreiung Zimbabwes

Das Scheitern der Smith-Nkomo Gespräche hat jedermann gezeigt, insbesondere den Briten, daß Smith unfähig ist zu verstehen. So ergibt sich heute für Britannien nur noch, den bewaffneten Kampf zu unterstützen.

Der bewaffnete Kampf richtet sich nicht gegen die Weißen als solche. Unsere Strategie hat einen großen Respekt vor dem Leben, einen großen Respekt vor dem Menschen. Keine Kinder werden getötet, weil sie weiß sind, keine Frauen werden getötet, weil sie weiß sind, keine Farmer werden

getötet, weil sie weiß sind, keine Zivilisten werden getötet, weil sie weiß sind.

In Zimbabwe wird es ein Kampf des Volkes sein, und er wird lang werden. Das wird dem Volk von Zimbabwe erlauben, den gegenwärtigen nationalen Kampf in einen revolutionären Kampf hinüberzuführen, der grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft bedeutet. Das wird dem Volk von Zimbabwe erlauben, sich vollkommen vom System des Kapitalismus zu trennen. Wir würden es begrüßen, wenn es sich um einen langen Kampf handeln würde, damit auf diese Weise die Mentalität der Menschen Zimbabwes befreit würde.

FRAGE: Ein langer Kampf, sprechen Sie da von einem langen Krieg, oder auch von der Periode nach der Unabhängigkeit?

SAMORA MACHEL: Befreiung ist ein Prozeß. Da gibt es keinen Endpunkt. In Moçambique befinden wir uns immer noch in einem Befreiungskampf.

### Zeitraubendes Verhandeln mit Smith – ein zweischneidiges Schwert

FRAGE: Der britische Außenminister Callaghan sagte, daß Mr. Smith Wahlen, die innerhalb von zwei Jahren zu einer Mehrheitsregierung führen, annehmen müßte. Wäre das ein akzeptabler Zeitplan?

SAMORA MACHEL: Ich weiß nicht, ob Großbritannien die Regierungsgewalt ist, die Ian Smith Termine setzen kann. Auch weiß ich nicht, ob die Vorschläge des Außenministers Konsultationen mit Ian Smith und Joshua Nkomo über einen Zeitplan entsprechen. Aber meine Antwort ist diese: Die Zeit ist ein zweischneidiges Schwert. Gibt man den reaktionären Kräften in Rhodesien Zeit, so gibt man Ian Smith Zeit, sich besser vorzubereiten. Und das würde Verhandlungen mit Moçambique über die Wiederöffnung der Grenzen bedeuten. Wem würde das helfen? Mr. Smith oder der Mehrheit? Und was denkt Großbritannien über die dritte Kraft, die Guerillas, die den bewaffneten Kampf führen? Das ist die Hauptkraft in Zimbabwe. Als das Regime von Ian Smith die UDI (engl. Abkürzung für: einseitige Unabhängigkeitserklärung; erfolgt 1965, d.Red.) ausrief, brauchten sie keine Übergangszeit. Hier



Rhodesische Söldner machen Jagd auf Befreiungskämpfer des ANC (Kopfgeld 1000 bis 5000 rhodesische Dollar) und führen Überfälle auf moçambiquanisches Gebiet durch.

trifft man wieder auf diese paternalistische Haltung den Schwarzen gegenüber: daß sie Zeit brauchen, um sich zu qualifizieren. Wenn Großbritannien Rhodesien gegenüber verantwortlich sein will, sollen es acht, höchstens zwölf Monate des Übergangs sein, denn die Zeit ist sehr gefährlich, und es herrscht Kriegszustand in Rhodesien.

#### Der Sinn der Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien

FRAGE: Können Sie den Zeitpunkt Ihrer Entscheidung, die Grenzen zu Rhodesien am 3. März 1976 zu schließen, und die Anwendung der Sanktionen der Vereinten Nationen erklären?

SAMORA MACHEL: Grundsätzlich ist dieser Schritt darauf gerichtet, die Wirtschaft des Ian Smith zu zerstören. Wir haben die Straßen und Eisenbahnlinien, die Rhodesiens Wirtschaft beliefern, geschlossen. Für diejenigen indessen, die für Freiheit sind, sind Rhodesiens Grenzen nicht geschlossen. Wir taten dies gerade in dem Moment, weil sich die Freiheitskämpfer und das Volk von Rhodesien organisierten, um gegen das Smith-Regime zu kämpfen; dadurch waren die Voraussetzungen gegeben, diese Sanktionen anzuwenden.

Wir geben zu, daß es in Moçambique eine Wirtschaftskrise gibt, aber wir haben diese Sanktionen neun Monate nach der Unabhängigkeit und nach Beobachtung der Wirtschaft von Moçambique angewandt, und weil heute diese Aktion nicht mehr vom Kampf der Angolaner ablenkt.

Als wir die Grenzen schlossen, waren wir uns sehr wohl der ökonomischen Konsequenzen bewußt. Aber für Moçambique ist es ein zeitlich begrenzter Rückschlag, sogar wenn er fünf Jahre andauert. Was wir aus Rhodesien einfuhrten, können wir auch von anderswo einführen. Aber Rhodesien kann diesen Verkehrsweg nicht ersetzen. Das be-

deutet in der letzten Konsequenz, daß sie einen größeren Schaden haben.

FRAGE: Seit dem Angola-Krieg haben Dr. Kissinger und andere im Westen Befürchtungen darüber ausgedrückt, daß kubanische Truppen in Rhodesien und Südwest-Afrika (Namibia, d.Red.) kämpfen könnten. Würden Sie ausländischen Truppen die Durchreise durch Moçambique erlauben, um in Rhodesien zu kämpfen?

SAMORA MACHEL: Hinter dieser Angst steckt im Grunde der Mythos, der unter den Weißen herrscht, daß die Schwarzen unfähig sind. Aber wer stürzte den portugiesischen Kolonialismus, der der Repräsentant der westlichen Zivilisation in Afrika war? Waren es die Kubaner, oder die Russen, oder andere ausländische Kämpfer?

#### Die Fähigkeiten der Völker Moçambiques und Zimbabwes ...

Zehn Jahre kämpften wir in Moçambique und wir besiegten den portugiesischen Kolonialismus. Wir waren fähig, den bewaffneten in einen revolutionären Kampf überzuleiten, und wir übernahmen gewaltsam die Macht. Wir führen unseren Staat auf einen revolutionären Weg und vollziehen grundlegende Änderungen in unserer Gesellschaft.

Als ich ein Kind war und in die Kirche ging, sagten die weißen Priester, daß Gott weiß sei und daß Schwarze nicht in den Himmel kämen, wenn sie sterben. Und nun sagen sie, daß die Schwarzen die Weißen nicht ohne Hilfe aus anderen Ländern, ohne die aktive Teilnahme der Weißen schlagen könnten. Sie sollten unsere Fähigkeiten nicht ignorieren. Das Volk von Zimbabwe wird Ian Smith ohne die Teilnahme von Kubanern besiegen. Wir würden es begrüßen, wenn sich Dr. Kissinger und die amerikanische Regierung in erster Linie Gedanken darüber machen würden,

wie sie das illegale Smith-Regime loswerden. Dann hätten sie die Unterstützung der ganzen Welt. Aber ich glaube, daß sie versuchen ein neues Spannungsgelände zu finden.

### **... und die falsche Frage nach Kubanern und Russen**

Wir glauben, daß das Hauptmotiv von Dr. Kissinger ist, die Spannungen vom Nahen Osten auf Afrika zu lenken, um, wenn dies geschehen ist, einen Grund für die Basen im Indischen Ozean zu haben.

Ist es die Aufgabe des Westens, kriminelle Handlungen und Aggressionskriege zu verewigen? Das ist es, worauf sie antworten sollten. Sie sollten nicht nach Kubanern oder Russen fragen. Sie sollten nicht versuchen, die Aufmerksamkeit von dem, was in Rhodesien passiert, abzulenken. Das ist ein Fall über ein illegales, rassistisches Minderheitsregime und eine Wahl zwischen denen, die diese Unterdrückung unterstützen oder diejenigen, die die Freiheit wollen.

FRAGE: Was passiert, wenn eine fremde Macht, wie Südafrika militärisch interveniert, um Mr. Smith zu unterstützen?

SAMORA MACHEL: Südafrika wird besiegt werden. Das Volk ist sehr stark. Und in Zimbabwe ist es ein Kampf des Volkes. Da Smith seinen Kampf als einen rassistischen definiert, wird er verlieren und verliert schon heute. Auf der Seite von Smith herrscht eine Situation der Agonie und Verzweiflung. Aber es ist noch nicht zu spät: Es ist immer noch Zeit für ihn, seine Politik zu korrigieren, seine Regierung aufzulösen und die Macht der Mehrheit zu übergeben.

### **Internierungen in Moçambique?**

FRAGE: Nach der Schließung der Grenze internierten Sie eine Zahl Rhodesier, die sich in Moçambique aufhielten. Können Sie mir sagen, wieviele das sind, und was sie mit ihnen beabsichtigten?

SAMORA MACHEL: Wir sind nicht am Zählen interessiert, denn sie sind keine Kriegsgefangenen. Wir betrachten die Rhodesier als Menschen. Wir betrachten die Rhodesier als ein Volk, das den Frieden liebt, aber das in einer Welt von Verrückten lebt, die sich gegen sie selbst gekehrt hat.

Hier werden sie wie Menschen behandelt; sie haben Freiheit. Sogar während unseres nationalen Befreiungskrieges verfolgten wir eine Politik der Milde. Wir sprechen nicht von Kriegsgefangenen, denn wir sind nicht im Krieg mit Rhodesien. Zweitens, sie haben keine kriminelle Handlung begangen.

Wir werden ihnen ermöglichen, nach Rhodesien zurückzugehen und den Moçambiquanern, von dort

hierher zu kommen.

FRAGE: Sie sagten, daß die Regierung von Moçambique bis zum Ende dieses Jahrzehnts "die Basis der Armut beseitigen" will. Doch in mehr als einem Jahrzehnt Unabhängigkeit Afrikas hat kein Land dies erreicht. Was verstehen Sie unter der Basis der Armut und wie wollen Sie sie beseitigen?

SAMORA MACHEL: Wir wollen die Armut durch eine korrekte wirtschaftliche Strategie, die auf den Bedürfnissen des Volkes basiert, beseitigen. Wir wissen, was das Volk will und unser zentrales Problem ist es, die Strukturen des Kolonialsystems, die so tief verwurzelt sind, zu zerstören. Das heißt, wir haben das Bewußtsein der Menschen zu befreien, ihre schöpferische Initiative zu wecken.

### **Hinterlassenschaften des Westens: Armut, Diskriminierung und Erniedrigung**

Deshalb haben wir die Dorfgemeinschaften als die Plätze bestimmt, in denen Menschen organisiert sind, bestimmte geplante Aufgaben ausführen und wo sie ihre eigenen Kräfte nutzbar machen können. Die Entwicklung wird auf dem Land beginnen und durch die Industrie unterstützt. Wir wissen, daß Sie im Westen niemals Afrika industrialisieren wollten, denn das ist das Geheimnis, wie man die Armut beseitigt.

FRAGE: Nachrichten der BBC und anderer sprechen von massiver Zwangsarbeit, politischer Unterdrückung und Konzentrationslagern in Moçambique. Würden Sie dazu Stellung nehmen?

SAMORA MACHEL: Seitdem wir die Republik gründeten, haben wir Gefängnisse geschlossen und keine neuen eröffnet. Zusätzlich haben wir die Konzentrationslager, die sogenannten strategischen Weiler zerstört und befreiten 1.500.000 Moçambiquaner. Sie lebten in Konzentrationslagern und wurden brutal behandelt.

Heute haben wir in den Gefängnissen: Landstreicher, die der Kolonialismus hervorgebracht hat, Drogensüchtige, Diebe, Prostituierte, kriminelle Elemente, Betrüger, Schmuggler und so weiter. Wir müssen sie wieder in die Gesellschaft zurückführen. Früher trafen die Verhaftungen nur Schwarze. Aber heute reagiert die Welt, weil wir auch Weiße verhaften, die früher nie verhaftet wurden, und weil sie von Schwarzen verhaftet werden. Wieder treffen Sie diesen Komplex der Weißen an.

Wir dienen unserem Volk und unsere Interessen sind den kapitalistischen Interessen entgegengesetzt. Man fragt uns, ob wir Kommunisten seien. Unsere Antwort darauf ist, wir sind Moçambiquaner, und wir sind Revolutionäre; und daraus folgt, daß wir gegen den Kapitalismus sind, gegen Diskriminierung und Erniedrigung. (Quelle: The Observer, 28.3.1976)

Rainer Falk

## Die Nairobi-Konferenz der UNCTAD und die "neue Weltwirtschaftsordnung"



Mit dem Hinüberwachen der nationalen Befreiungsbewegung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von der Etappe des Kampfes um die politische Unabhängigkeit in die Etappe des Ringens um die ökonomische Dekolonisation<sup>1)</sup> sind internationale Staatenkonferenzen im Rahmen der UNO und ihrer Unterorganisationen immer mehr zu Markierungspunkten für den Stand des Kampfes der Entwicklungsländer für die von ihnen proklamierte "neue Weltwirtschaftsordnung" geworden. Die Ergebnisse dieser Konferenzen zeigen an, inwieweit den Entwicklungsländern die Durchsetzung realer Positionsgewinne gegenüber dem Imperialismus und den multinationalen Konzernen gelungen ist. Das gilt auch für die IV. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD - United Nations Conference on Trade and Development), die vom 3. bis zum 30. Mai 1976 in Nairobi stattfand.

### Verarmung der Entwicklungsländer - Produkt des "freien Welthandels"

Die Forderungen nach einer "neuen Weltwirtschaftsordnung" sind die Reaktion der Entwicklungsländer auf die infolge ihrer abhängigen und unterprivilegierten Position innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems wachsende relative und absolute Verelendung. Auch nach der Erringung der formal-staatlichen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonialgebiete hat

sich die ökonomische Kluft zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den Entwicklungsländern ständig und in wachsendem Tempo vergrößert<sup>2)</sup>.

Die Hoffnungen auf eine schnelle Entwicklung mittels ausländischer "Hilfe" aus der kapitalistischen Welt sind schnell geplatzt. Angesichts der Beherrschung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den westlichen Industriestaaten und den Entwicklungsländern durch die multinationalen Monopole, deren Jahresumsatz vielfach schon das jährliche Bruttosozialprodukt vieler Entwicklungsländer übersteigt, wurde die auch jetzt in Nairobi wieder propagierte Ideologie des "freien Welthandels" zum idealen Verschleierungs- und Rechtfertigungsinstrument für die wachsende Ausplünderung der ökonomischen Ressourcen der Entwicklungsländer. Die aktuelle Krise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems hat ebenfalls zu einer weiteren Verschärfung der Probleme der Entwicklungsländer beigetragen.

### Bilanz einer einseitigen Abhängigkeit

Die Bilanz der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und der "Dritten Welt" ist eine Bilanz des Elends und der einseitigen Abhängigkeit der Entwicklungsländer:

- Die Nahrungsmittelproduktion der "Dritten Welt" ist von 1970 bis 1973 um 0,9% gesunken.
- Die durchschnittlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts der Entwicklungsländer pro Kopf der Bevölkerung blieben mit 3,7% von 1970 bis 1974 hinter dem von der UN-Strategie für die "Zweite Erklärungdekade" gesteckten Ziel von 6% weit zurück.
- Der Kapitalabzug aus Entwicklungsländern durch den imperialistischen Kapitalexpert nimmt weiterhin zu. Während die multinationalen Konzerne von 1966 bis 1970 in 35 Entwicklungsländern 4,92 Mrd Dollar investierten, entnahmen sie diesen Ländern im selben Zeitraum 7,62 Mrd Dollar Gewinne und führten sie ins Mutterland zurück. Die Kapitalabflüsse aus den asiatischen Entwicklungsländern erreichten bereits 1970 sogar mehr als das zehnfache der Kapitalzuflüsse. Von 1973 bis 1975 sind laut UNCTAD-Schätzungen über 23 Mrd Dollar Reingewinn aus den Entwicklungsländern herausgeholt worden.
- Die Terms of Trade (Austauschbedingungen) der Entwicklungsländer (ohne erdölproduzierende Länder) fielen von 1970 bis 1975 von 100 auf 90 Punkte, obwohl es 1973/74 zu einem Anstieg der Rohstoffpreise kam, wie es ihn seit 20 Jahren nicht mehr gegeben hatte. Um die Terms of Trade-Schädigung der Entwicklungsländer

aus der Vergangenheit wieder auszugleichen, wären zwei Jahrzehnte umgekehrte Preisentwicklung zuungunsten der kapitalistischen Industrieländer notwendig.

- Die inflationäre Entwicklung des inländischen Preisniveaus hat sich aufgrund der Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Imperialismus von 1965-1970 durchschnittlich 13% (bezogen auf die Verbraucherpreise) auf 29% 1974 (gegenüber dem Vorjahr) verschärft. Die entsprechenden Inflationsraten für die entwickelten kapitalistischen Länder betragen "nur" 4,2 und 11,7%.
- Die "Entwicklungshilfe" der westlichen Länder führte zu einer immer schneller steigenden Verschuldung, die sich allein von 1967-1973 mit einem Anstieg von ca. 50 Mrd Dollar auf ca. 120 Mrd Dollar mehr als verdoppelte 3).

Diese Bedingungen beschleunigten den Zusammenschluß der Entwicklungsländer zur Verteidigung ihrer legitimen Interessen gegenüber dem Imperialismus in den letzten 15 Jahren ganz erheblich und trugen dazu bei, daß die "Dritte Welt" ihre Forderungen innerhalb der UN-Organisationen immer entschiedener vortrug. Sichtbarster und bedeutendster Ausdruck dieser Tendenz ist neben der Bewegung der Blockfreien Länder der gemeinsame Kampf der Entwicklungsländer innerhalb der "Gruppe der 77", der heute bereits 110 Staaten angehören.

### Die UNCTAD ...

Die Geschichte der UNCTAD ist mit dem Kampf der "Gruppe der 77" für eine "neue Weltwirtschaftsordnung" untrennbar verbunden. Ihre Gründung war erst möglich geworden, als sich durch die Neuaufnahme von 17 meist afrikanischen Staaten in die UNO die Abstimmungsbasis der imperialistischen Staaten - die die Gründung einer eigenständigen, sich mit Fragen von Handel und Entwicklung beschäftigenden Weltorganisation mit aller Kraft verhindern wollten und dafür plädierten, derartige Fragen im Rahmen des von ihnen beherrschten GATT<sup>4)</sup> zu behandeln - entscheidend verringert hatte. Das gemeinsame Interesse der sozialistischen und der Entwicklungsländer an der Zurückdrängung der ökonomischen Macht der imperialistischen Staaten in den internatio-

nen Wirtschaftsbeziehungen und an der Aufhebung der diskriminierenden Bestimmungen des Welthandels führte mit der Durchsetzung der Resolution 1707 in der XVI. UN-Vollversammlung 1961 zur Gründung der UNCTAD<sup>5)</sup>.

Die auf der Ersten Welthandelskonferenz 1964 in Genf verabschiedeten "Allgemeinen Grundsätze über den Welthandel"<sup>6)</sup> enthielten schon wichtige Prinzipien der später entwickelten Konzeption einer "neuen Weltwirtschaftsordnung". So ist dort z.B. das souveräne Recht eines jeden Landes enthalten,

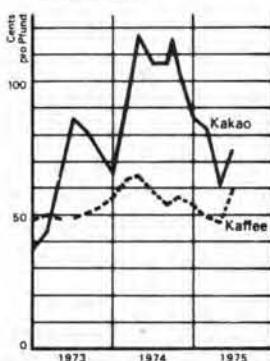
"frei mit anderen Ländern Handel zu treiben und frei über seine natürlichen Reichtümer im Interesse der ökonomischen Entwicklung und des Wohlstands seines eigenen Volkes zu verfügen."<sup>7)</sup>

Aber insgesamt mußten die Entwicklungsländer auf UNCTAD I die Erfahrung machen, daß nur durch einen engen Zusammenschluß der antiimperialistischen Kräfte die westlichen Staaten zur Aufgabe ihrer Positionen und zur Konzessionsbereitschaft gezwungen werden können. Diese Erfahrung erst führte am Ende der Konferenz zur Bildung der "Gruppe der 77", die die Zweite Welthandelskonferenz, die 1968 in Neu-Dehli stattfand, mit der Ausarbeitung von Forderungen an die westlichen Industrieländer vorbereitete. Diese gemeinsamen Forderungen der Entwicklungsländer sind in der 1967 verabschiedeten Charta von Algier niedergelegt<sup>8)</sup>.

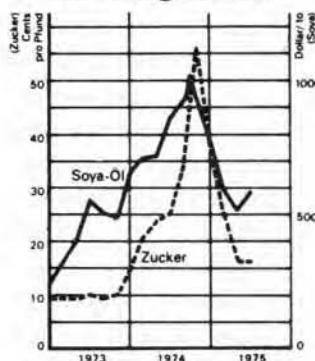
### ... und der Kampf der "Gruppe der 77"

Von jetzt an wurden die UNCTAD-Konferenzen kollektiv von den Entwicklungsländern vorbereitet. UNCTAD III 1972 in Santiago de Chile war geprägt durch die Forderungen, die in der Erklärung und dem Aktionsprogramm von Lima 1971 festgehalten sind<sup>9)</sup> und die eine Weiterentwicklung der Charta von Algier darstellen. Die Bedeutung der III. UNCTAD-Konferenz liegt vor allem darin, daß sie auf Vorschlag des mexikanischen Präsidenten Echeverria hin die Formulierung einer Charta der ökonomischen Rechte und

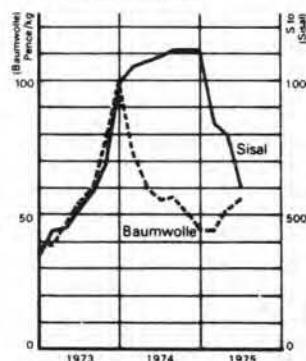
#### Getränke



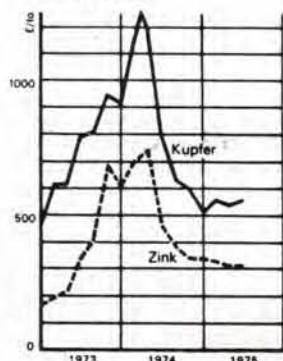
#### Nahrungsmittel



#### Textilfasern



#### Metalle



Preisschwankungen bei Rohstoffen der Entwicklungsländer

Pflichten der Staaten anregte, die von der XXIX. UN-Vollversammlung am 12. Dezember 1974 verabschiedet wurde<sup>10)</sup>.

Die Ökonomische Charta

- erhebt das Prinzip der ökonomischen Dekolonisation in den Rang völkerrechtlicher Gültigkeit,
- sichert den Staaten ein verbindliches Verfügungsrecht über ihre eigenen Rohstoffe zu,
- legt fest, daß die Entschädigung im Falle von Enteignungen ausländischer Großkonzerne nach nationalem Recht zu erfolgen hat,
- gesteht den Entwicklungsländern einen allgemeinen Entwicklungshilfeanspruch zur Entschädigung für aus der Kolonisierung resultierende volkswirtschaftliche Schäden zu und
- modifiziert die klassische Freihandelsdoktrin im Interesse des Rechts der Entwicklungsländer auf Mitgestaltung des Weltwirtschaftsablaufs<sup>11)</sup>.

Mit diesen Forderungen ist unter aktiver Mitwirkung der UNCTAD und der "Gruppe der 77" ein Dokument entstanden, das als bisher wichtigstes völkerrechtlich verbindliches Ergebnis die Ausgangsposition der Entwicklungsländer im gemeinsamen Kampf gegen die neokolonialistische Ausplünderung und für die Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit entscheidend verbessert und um dessen Verwirklichung auf den der XXIX. UN-Vollversammlung folgenden internationalen Staatenkonferenzen ein harter Kampf entbrannt ist.

#### Die Manila-Deklaration vom Februar 1976

Auf Beschluß der XXX. UN-Vollversammlung von 1975 werden alle Organe der UNO in den Kampf für eine neue internationale Wirtschaftsordnung einbezogen. Auch die UNCTAD wird somit ausdrücklich beauftragt, sich ständig mit der Verwirklichung der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten zu befassen<sup>12)</sup>. Dieses Ziel verfolgt auch die am 7. Februar 1976 in Manila verabschiedete Deklaration der "Gruppe der 77", die die Strategie der Entwicklungsländer nicht nur für die IV. UNCTAD-Konferenz festgelegt hat, sondern auch für den sogenannten Pariser "Nord-Süd-Dialog", bei dem die Entwicklungsländer durch 19 Staaten vertreten sind<sup>13)</sup>.

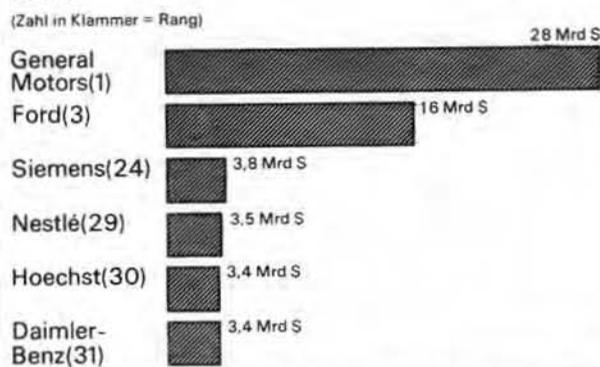
Unter Bezugnahme auf die Ökonomische Charta fordert die Manila-Deklaration insbesondere:

- eine "Umstrukturierung des Welthandels auf dem Rohstoffsektor" mit dem Ziel, "daß der Wert der Exporte und der Exporterlöse der Entwicklungsländer steigen oder aufrechterhalten werden können, daß die Weiterverarbeitung in diesen Ländern zunimmt und die Terms of Trade sich zu ihren Gunsten entwickeln;
- eine "Umgestaltung der Strukturen der Weltindustrieproduktion (Hervorhebung des Verfassers) und des Welthandels" mit dem Ziel einer spürbaren Zunahme des Anteils der Entwicklungsländer am Weltexport von Fertig- und Halbfertigwaren und die Diversifikation ihrer Produktionsstruktur<sup>14)</sup>;
- eine "Verurteilung und Zurückweisung aller

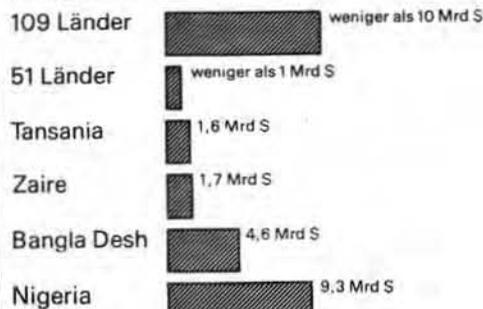
Formen der Diskriminierung" in den Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern;

- Sofortmaßnahmen, um das Verschuldungsproblem der Entwicklungsländer und ihre Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu lösen bzw. zu mildern;
- eine "Förderung des nationalen technologischen Fortschritts" durch verstärkten Technologietransfer unter Ausschaltung der restriktiven Geschäftspraktiken der multinationalen Konzerne ("Verhaltenskodex") mit dem "Ziel, die technologischen Kapazitäten der Entwicklungsländer auszubauen". Dazu wird die Überprüfung und Revision des internationalen Patentrechts, das die Entwicklungsländer von der freien Verfügung über moderne technologische Verfahren weitgehend ausschließt, für notwendig erachtet;
- eine wirksame Kontrolle der Investitionstätigkeit der multinationalen Konzerne.

#### Umsätze transnationaler Konzerne 1971



#### Bruttosozialprodukt von Entwicklungsländern 1972



nach UNO/Weltbank

An diesen Forderungen wird deutlich, daß es den Entwicklungsländern nicht nur um eine Umverteilung des Weltreichtums auf dem Wege der Schaffung gerechterer Handelsstrukturen geht, sondern auch um eine Veränderung der Produktionsstrukturen, die gekennzeichnet sind durch die weltweite imperialistische Arbeitsteilung, die die Entwicklungsländer zu Rohstofflieferanten degradiert und sie auf einer niedrigen Produktionsstufe beläßt. Der Kampf um gerechtere Austauschrelationen wird dabei von den Entwicklungsländern zu Recht als wichtige Voraussetzung angesehen, um die Finanzierungsbasis des internen Entwicklungsprozesses entscheidend zu verbessern.

In diesem Zusammenhang ist auch das von der Manila-Deklaration geforderte und vom Sekretariat der UNCTAD der Konferenz in Nairobi vorgelegte "Integrierte Rohstoffprogramm" zu sehen, das in den Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Staaten und den Entwicklungsländern gerückt ist.

### Das Rohstoffprogramm der UNCTAD

Das Integrierte Rohstoffprogramm der UNCTAD besteht aus 5 Grundelementen:

Erstens soll über ein System internationaler Ausgleichslager für die wichtigsten lagerfähigen Rohstoffe ("Buffer-Stocks") eine Stabilisierung der Angebots-, Nachfrage- und Produktionsstruktur auf dem Weltmarkt erreicht werden.

Zweitens soll ein gemeinsamer Fonds die Finanzierung dieser Lager sicherstellen.

Drittens wird über ein System multilateraler, direkter staatlicher Versorgungs- und Abnahmeverpflichtungen die Umgehung der Spekulation an den internationalen Rohstoffbörsen und in der Tendenz die Ausschaltung der internationalen Konzerne aus den Rohstoffgeschäften angestrebt.

Viertens soll über eine Indexierung der Rohstoffpreise, d.h. eine Anbindung der Rohstoffpreise an die Preisentwicklung der Industriegüter, das Preisdiktat der multinationalen Monopole auf dem Rohstoffmarkt gebrochen und ein langfristiger Verfall der Terms of Trade der Entwicklungsländer abgeblockt werden.

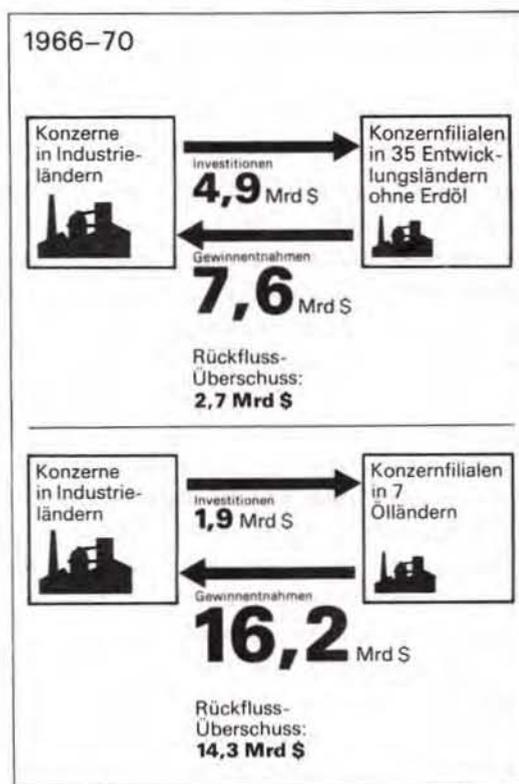
Fünftens wird über ein Maßnahmenpaket zur Produktionsdiversifikation in den Entwicklungsländern die Beseitigung der durch den Kolonialismus geschaffenen monokulturellen Produktionsstrukturen angestrebt<sup>15)</sup>.

Das Integrierte Rohstoffprogramm bildet zusammen mit den in der Ökonomischen Charta der UNO und der Manila-Deklaration enthaltenen Forderungen das Konzept der Entwicklungsländer für eine "neue Weltwirtschaftsordnung".

### Antiimperialismus oder "Verstetigung des Elends"?

In der Bundesrepublik ist vor allem von den Wissenschaftlern Senghaas und Elsenhans/Olschewski kritisch gegen das Konzept der "neuen Weltwirtschaftsordnung" eingewandt worden, es handele sich hier lediglich um eine Fortschreibung der überkommenen Arbeitsteilung und um eine "Verstetigung des Elends"<sup>16)</sup>. Diese Einwände erfassen indessen nicht den realen Kern und die Schärfe der aktuellen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern um die künftige Gestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen.

Zwar hat die Konzeption der "neuen Weltwirtschaftsordnung" noch nicht den Reifegrad erreicht, der in der heutigen Situation notwendig wäre, um die Strukturen der imperialistischen Abhängigkeit vollends zu durchbrechen<sup>17)</sup>. Auch bleiben die imperialistischen Versuche der Verwässerung der in der Ökonomischen Charta der UNO enthaltenen Forderungen nicht ganz ohne Wirkung<sup>18)</sup>. So enthalten die UN-Resolutionen der letzten Zeit durchaus widersprüchliche Forderungen. Die Resolution 3362 der VII. UNO-Sondertagung zur Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beispielsweise macht zur Notwendigkeit sozialökonomischer Umgestaltungen in Entwicklungsländern keine definitiven Aussagen, während die EntschlieÙung 3409 der XXX. UNO-Vollversammlung, die von der Sowjetunion vorgeschlagen und von der Mehrheit der Entwicklungsländer unterstützt worden ist, ausdrücklich die Bedeutung des staatlichen Sektors und der gesamtgesellschaftlichen Planung in Entwicklungsländern betont sowie "grundlegende soziale und ökonomische Strukturveränderungen" fordert<sup>19)</sup>.



Diese Widersprüchlichkeit ist aber der notwendige Ausdruck der extremen sozialen Heterogenität der in der "Gruppe der 77" zusammengeschlossenen Kräfte. In ihr sind Länder mit so unterschiedlichen Systemen wie das nichtkapitalistische Algerien, das sozialistische Kuba, das nationalkapitalistische Indien, das neokoloniale Modelland Brasilien und das feudalabsolutistische Saudi Arabien umfaßt. Die Konzeption der "neuen Weltwirtschaftsordnung" zielt auch nicht ab auf die Beseitigung der "marktwirtschaftli-

chen" Grundlagen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, sondern fordert häufig lediglich ihre "Regulierung" im Interesse der Entwicklungsländer.

Aber insofern als sie sich im Kern gegen das dominierende Strukturelement des imperialistischen Weltwirtschaftssystems, die internationalen Monopole richtet, trägt sie ihrem Wesen nach deutlich antiimperialistischen Charakter.

### Kernpunkte der Auseinandersetzung

Eine Begrenzung der Macht des internationalen Monopolkapitals auf den Rohstoffmärkten (wie sie mit der Forderung nach Direktverträgen auf staatlicher Ebene und mit einer Indexierung der Rohstoffpreise gefordert wird), eine Ausschaltung oder zumindest eine Zurückdrängung der Rohstoffbörsenspekulation aufgrund derer die Entwicklungsländer heute nur einen Bruchteil der Rohstoffendverbraucherpreise erhalten oder eine Lockerung der monopolistischen Verfügungsgewalt über moderne technologische Verfahren (wie sie mit dem "Verhaltenskodex" für den Technologietransfer angestrebt ist), all das würde die Ausgangspositionen der Entwicklungsländer im Kampf gegen den Imperialismus wesentlich verbessern und den progressiven Kräften in der "Dritten Welt" größeren Spielraum verschaffen.

Gerade deshalb wurden die Auseinandersetzungen auf der IV. UNCTAD in Nairobi so erbittert geführt. Gerade die Forderungen nach Enteignung und Verstaatlichung der Filialen der internationalen Konzerne in Entwicklungsländern, nach der Indexierung der Rohstoffpreise und dem Recht auf Zusammenschluß der Rohstoffländer zum Zwecke der gemeinsamen Absatzorganisation wurden von den Vertretern der imperialistischen Staaten schroff zurückgewiesen. Das von US-Außenminister Kissinger propagierte Konzept einer "Internationalen Rohstoffbank", die unter der Aufsicht der von den westlichen Industrienationen kontrollierten Weltbank noch stärker als bisher das internationale Monopolkapital zum Zwecke der Rohstoffförderung und -verarbeitung in die Entwicklungsländer locken soll, ist das diametrale Gegenstück zu den Forderungen der Entwicklungsländer und mußte deshalb von ihnen als Affront aufgefaßt und abgelehnt werden<sup>20)</sup>.

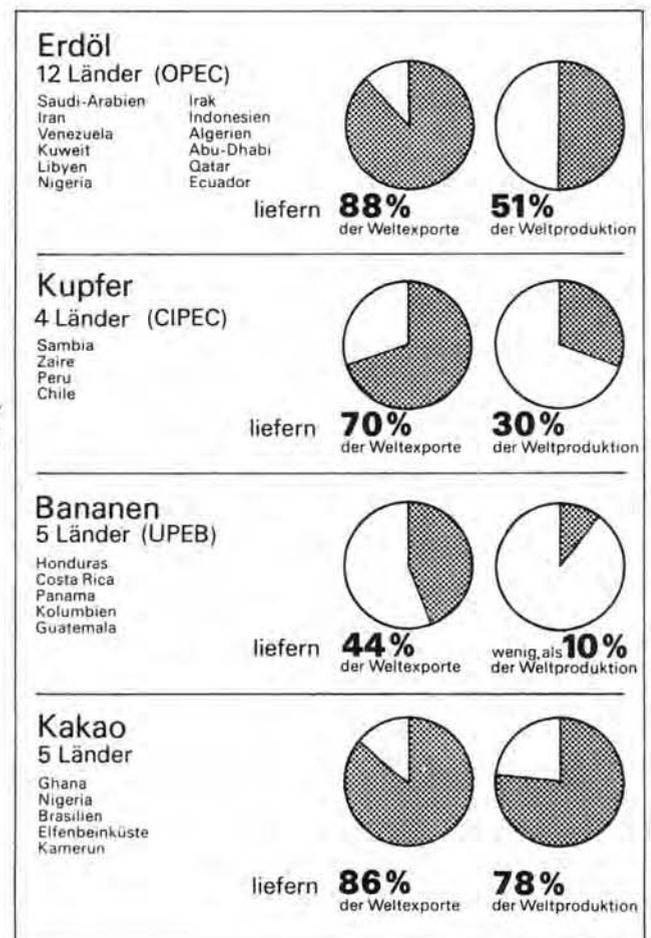
### Die harte Linie der BRD-Vertreter in Nairobi

Die BRD hat sich in Nairobi als aktiver Vorreiter des imperialistischen Lagers gegen die berechtigten Interessen der Entwicklungsländer präsentiert. Die Sicherung der Vorherrschaft der multinationalen Konzerne auf dem Weltmarkt war das oberste Ziel, das ihre Vertreter verfolgten. Die Anpreisung des "Marktes als millionenfacher Konfliktlöser in unseren vielfältigen Handels-

beziehungen"<sup>21)</sup> durch Bundeswirtschaftsminister Friderichs ist im Angesicht der unwiderlegbar nachgewiesenen Tatsache, daß die von den multinationalen Konzernen dominierten "freien" Weltwirtschaftsbeziehungen eindeutig zuungunsten der Entwicklungsländer und zugunsten des imperialistischen Lagers ausschlagen, die mühsam verkleidete Apologetik der ökonomischen Ausbeutung der "Dritten Welt". Daß Friderichs am Abend nach seiner Rede vor der UNCTAD am 7. Mai in der Tagesschau ausführte:

"Wir wollen keine neue Weltwirtschaftsordnung ... Es geht um die Eingliederung der Entwicklungsländer ... in die Weltwirtschaft,"

ist kein Versprecher, sondern das erklärte Ziel der aktuellen imperialistischen Strategie. Dabei entspricht es durchaus der Logik dieser Strategie, daß auf Gebieten, die das System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht gefährden - z.B. was den Marktzugang für bestimmte Halb- oder Fertigprodukte der Entwicklungsländer nach Westeuropa betrifft - Zugeständnisse verbaler oder auch substantieller Natur gemacht werden. Auch das dauernde Im-Munde-Führen der "Interessen der ärmsten der Entwicklungsländer" ist ein Bestandteil dieser Strategie: es zielt auf die Aufsplitterung und Spaltung der in Nairobi sehr einheitlich aufgetretenen Phalanx der "Gruppe der 77" ab. Das-



nach UNCTAD u.a.

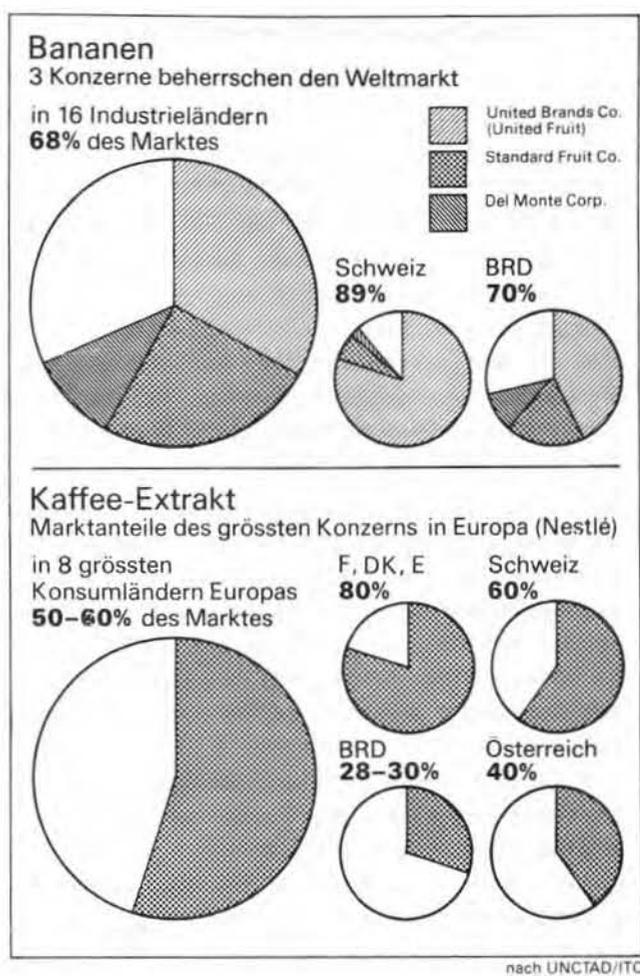
selbe Ziel wird mit der Ablehnung kollektiver Lösungsmöglichkeiten der Probleme der Entwicklungsländer angestrebt, wo immer es möglich ist, sei es bei den Forderungen nach kollektiver Umschuldung oder bei der Ablehnung des Integrierten Rohstoffprogramms.

Daß der BRD-Imperialismus sich mit einer besonderen Hartnäckigkeit den Forderungen der Entwicklungsländer widersetzt und sogar ein Scheitern der IV. UNCTAD-Konferenz einkalkuliert hat, hängt keineswegs nur mit der unterschiedlichen Rollenverteilung der Delegationen des westlichen Lagers bei der Verhandlungsführung in Nairobi zusammen: Die BRD verfolgt als - neben Japan am stärksten export- und rohstoffabhängiges imperialistisches Land ein besonderes Interesse an der direkten Verfügungsgewalt über die Rohstoffquellen der "Dritten Welt".

#### Legendeninflation in der bundesrepublikanischen Presse

In der Bundesrepublik selber ist die Konferenz von Nairobi von einer spürbaren Verstärkung der - seit der Zeit, als die OPEC-Länder mit ihrer souveränen Preispolitik den anderen Entwicklungsländern ein Beispiel setzten - anhaltenden Pressekampagne gegen die "neue Weltwirtschaftsordnung" begleitet worden. Der ganze Wortschwall reduziert sich dabei auf einige Grund"argumente".

Von der Zeit wird das aus der Mottenkiste des ideologischen Propagandaarsenals der Unternehmerverbände stammende Schlagwort von der "Lohn-Preis-Spirale" auf die internationale Ebene übertragen und aus der Indexierungskonzeption eine weltweite "Rohstoff-Preis-Spirale" abgeleitet<sup>22)</sup>. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß die Forderung nach der Preisindexierung für Rohstoffe die berechtigte Reaktion der Entwicklungsländer auf die inflationäre Entwicklung der Industriewarenpreise in den imperialistischen Ländern ist. Das durchgängig auftauchende und Hauptargument vom "weltweiten Rohstoffdirigismus" stellt nicht in Rechnung, daß die "freie Marktwirtschaft" längst durch eine von den multinationalen Konzernen dominierte Weltwirtschaft ersetzt worden ist und die Marktmechanismen extrem einseitig zugunsten eben dieser "Multis" funktionieren. Die Behauptung, internationale Rohstofflager, Preisindexierung und ein zentraler Finanzierungsfonds würden die Entwicklungsländer zu ungezügelter Überproduktion von Rohstoffen ähnlich der Agrarproduktion im Rahmen der EG provozieren, übersieht, daß es gerade die dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem innewohnenden spontanen Marktmechanismen und die ungezügelt Spekulationsgeschäfte an den Rohstoffbörsen in den westlichen Ländern sind, die re-



gelmäßig zu Erscheinungen der Überproduktion und der Krise der Rohstoffpreise führen.

Mit besonderer Beliebtheit werden Interessengegensätze zwischen den sozialistischen Staaten und der "Dritten Welt" konstruiert und herausgestellt. Allerdings enthält schon die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten in Art. 20 die Aufforderung an die Entwicklungsländer, die "Möglichkeit der Ausweitung ihres Handels mit den sozialistischen Ländern" zu verfolgen, und die Manila-Deklaration der "Gruppe der 77" fordert, Maßnahmen "zur Ausweitung des Handels zwischen den Entwicklungsländern und entwickelten Ländern mit zentraler Planwirtschaft" zu ergreifen. Das hat seine Gründe: Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern bieten wegen ihrer Abwicklung über das staatliche Außenhandelsmonopol den Ländern der "Dritten Welt" die Möglichkeit, langfristig ein stabiles Einkommen in den nationalen Entwicklungsprozeß einzuplanen. Denn sie sind frei von den Spekulationen und den in der Regel zum Nachteil der Entwicklungsländer ausschlagenden Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Daß über 90% der Entwicklungshilfe der sozialistischen Staaten in den staatlichen Sektor der Entwicklungsländer fließen, trägt wesentlich zur Stärkung der ökonomischen Souveränität der Länder der "Dritten Welt" bei<sup>23)</sup>.

## Das Ergebnis der Nairobi-Konferenz

Die IV. UNCTAD-Konferenz hat die in der Manila-Deklaration formulierten Forderungen der Entwicklungsländer nicht eingelöst. Sie hat die westlichen Industriestaaten aber auf Verhandlungen über die Verwirklichung des Integrierten Rohstoffprogramms und über konkrete Schritte auf den Gebieten Technologietransfer und Umschuldung festgelegt. In einer anderen Resolution, die gegen den Widerstand der USA, der BRD und anderer EG-Länder verabschiedet worden ist, werden die restriktiven Geschäftspraktiken internationaler Monopole verurteilt<sup>24)</sup>.

Der in Nairobi gefundene Kompromiß trägt ambivalenten Charakter: Einerseits steht der Kampf für eine "neue Weltwirtschaftsordnung" und insbesondere das Integrierte Rohstoffprogramm weiterhin auf der Tagesordnung der UNCTAD und muß in wesentlichen Fragen bis zum März 1977 zu einem konkreten Ergebnis geführt werden. Andererseits haben sich die imperialistischen Länder die Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Gestaltung der künftigen Weltwirtschaftsbeziehungen in ihrem Sinne offengehalten und konnten in wesentlichen Punkten nicht zum Zurückweichen gezwungen werden. Das aber deutet an: Der Kampf für die Realisierung der berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer wird auf anderen Konferenzen weitergeführt werden. Die Verwirklichung der "neuen Weltwirtschaftsordnung" hängt indessen wesentlich davon ab, ob es zu einer weiteren Festigung des einheitlichen und geschlossenen Vorgehens der Entwicklungsländer und der sozialistischen Staaten kommt, das langfristig zur Brechung der imperialistischen Vorherrschaft über die "Dritte Welt" führen wird. Ein wichtiger Beitrag dazu darf von der V. Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder erwartet werden, die noch in diesem Jahr in Sri Lanka zusammentreten wird.

### Anmerkungen:

- 1) In der Etappe des Kampfes um die ökonomische Dekolonisation oder Unabhängigkeit geht es vor allem um die Beseitigung sämtlicher aus der Kolonisierung resultierenden Deformationen der ökonomischen Struktur der Entwicklungsländer, um die Beseitigung der Abhängigkeit vom ausländischen Monopolkapital und um die Inangasetzung eines selbständigen ökonomischen Reproduktionsmechanismus.
- 2) F. Hein, Verschuldung: Die Abhängigkeit wächst, in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 8-9/1975
- 3) Die oben aufgeführten Daten sind zusammengestellt nach: UNO, Multinationals in World Development, E. 73. II. A. 11. (1973); H. Schilling, Die kapitalistische Entwicklung in der ehemals kolonialen Welt unter den gegenwärtigen Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und weltwirtschaftlicher Strukturveränderungen, in: Asien-Afrika-Lateinamerika(AAL), Nr. 2/1976, S. 165-190; Le Monde Diplomatique, Dezember 1975; Neue Zeit, Nr. 22/1976; Wiener Insti-

tut für Entwicklungsfragen, aktuell Nr. 2 und 3/1976; U. Stiehler, Terms of Trade: Keine Entwicklungswende, in: epd-Entwicklungspolitik Nr. 8-9/1975; IMF, Annual Report 1975.

- 4) Das GATT (General Agreement of Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) ist von den westlichen Industrieländern majorisiert und hat den US-Dollar als Leitwährung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems festgelegt.
- 5) Vgl. W. Anritter, Die Entwicklungsländer auf den Konferenzen für Handel und Entwicklung, in: Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 26, Bonn 1972, S. 7 ff.
- 6) Text auszugsweise in: Entwicklungspolitische Dokumente, hrsg. v. K. Lefringhausen/K.F. Schade, Wuppertal 1972, S. 33-38
- 7) Ebda.
- 8) Text in: ebda., S. 39-42
- 9) Text in: Entwicklungspolitik. Materialien, Nr. 27, Bonn 1972
- 10) Vgl. auch: W. Brönner/E. Probst, Der Zusammenschluß der Entwicklungsländer und die neue UN-Charta, in: AIB, Nr. 4/1975, Text der UN-Charta, ebda.
- 11) Zu völkerrechtlichen Aspekten der ökonomischen Charta vgl.: A. Leitolf, Völkerrechtliche Aspekte der Echeverria-Doktrin. Zur Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/1976, S. 162-172
- 12) Res. 3486 (XXX), in: Press Release, GA/5438, S. 132 f.
- 13) Text der Manila-Deklaration (Note des Sekretariats), in: 3. Welt Magazin, Nr. 3-4/1976
- 14) Die Diversifikationsforderung zielt vor allem auf die Beseitigung der monokulturellen Wirtschaftsformen und eine spürbare Erhöhung des Gewichts der Industrieproduktion ab.
- 15) Vgl. Wiener Institut für Entwicklungsfragen, aktuell, Nr. 5/1976
- 16) Vgl. D. Senghaas, Der Weltwirtschaftsordnung neue Kleider, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 5/1975 und: H. Elsenhans/M. Olschewski, Der Fall Kaffee. Rohstoffpreissteigerung oder Fortsetzung der Armut durch UNCTAD, in: 3. Welt Magazin, Nr. 1-2/1976
- 17) Vgl. Hartmut Schilling, a.a.o.
- 18) Vgl. dazu: H. Faulwetter, Zur VII. Sonder-tagung der UNO-Vollversammlung, in: AAL, Nr. 1/1976, S. 15-24
- 19) Res. 3362-S-VII, Punkt V/3; Res. 3409 (XXX), in: Press Release, a.a.o., S. 117 f.
- 20) Text der Kissinger-Rede auszugsweise in: unctad-Info, Nr. 6/21.5.1976
- 21) Rede des Bundesministers für Wirtschaft, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 54/14.5.1976
- 22) Die Zeit, 4.6.1976
- 23) Vgl. W. Anritter, a.a.o., S. 10 und A. Tschuchotow, Industrialisierung im Mittelpunkt, in: horizont, Nr. 21/1976
- 24) Vgl. Neue Züricher Zeitung, Fernausgabe, 12.6.1976 und Neues Deutschland, 1.6.1976

**Adressenänderung  
bitte  
rechtzeitig  
bekanntgeben!**

# US-Imperialismus

Die 200 Jahrfeier der Vereinigten Staaten von Amerika zählt in diesen Monaten zu den bevorzugtesten Themen bundesrepublikanischer Massenmedien, in dem Tenor: „Das Land aus dem die Träume sind“ (Spiegel), oder: „200 Jahre USA. Siegermacht, Supermacht, großer Bruder“ (Stern). Viel ist die Rede vom „American Way of Life“, vom friedensstiftenden „Weltpolizisten“ und Vorreiter von „Freiheit und Demokratie“ (Bundeskanzler H. Schmidt), kaum etwas hingegen von Massenarbeitslosigkeit, Dauerinflation, Rassismus oder aber von der ungeheuren privatkapitalistischen Machtanballung der wenigen Konzerngewaltigen. Schon gar nicht ist hierzulande die Rede von der Aufblähung des Militärisch-Industriellen Komplexes, den zahlreichen militärischen Aggressionen und dem räuberischen Charakter der nordamerikanischen Wirtschaftsexpansion, wodurch die USA besonders nach 1945 als imperialistische Führungsmacht hervortraten, zumal in der „Dritten Welt“.

200 Jahre USA haben wir zum Anlaß genommen, Strategie und neokoloniale Expansion der USA in Asien, Afrika und Lateinamerika in ihren geschichtlichen Grundzügen und aktuellen Ausprägungen am Beispiel ausgewählter Regionen vorzustellen. Dies soll zunächst anhand der US-Außenpolitik in ihrem traditionellen „Hinterhof Lateinamerika“ und im arabisch-perischen Raum, sodann – in AIB 7–8/1976 – mit Beiträgen zur Strategie in Ostasien und Afrika geschehen.

Die US-Lateinamerikapolitik ist Gegenstand der Analyse des Gesellschaftswissenschaftlers Manfred Uschner. Der Verfasser zeigt in verallgemeinerbarer Form die Wesensmerkmale und verschiedenen Seiten der nekolonialen Strategie und Anpassungsversuche des US-Imperialismus in der Periode 1945–1975 auf. Der Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung des Verlags Marxistische Blätter dem Buch „M. Uschner, Lateinamerika. Schauplatz revolutionärer Kämpfe“, Frankfurt/M. 1975 (Umfang 346 S., Preis 16,- DM) entnommen und durch einige redaktionelle Beifügungen zur Militärpolitik, zur United Fruit Company etc. ergänzt.

Michael T. Klare, assoziiertes Mitglied des Nordamerikanischen Kongresses in Berkeley und Angehöriger des Transnationalen Institutes Washington-Amsterdam, stellt in seiner Untersuchung die US-Ölpolitik, Militärstrategie und Kissingerdiplomatie im Raum Naher Osten – Persischer Golf dar.

**Manfred Uschner**

## Die neokoloniale Strategie der USA im "Hinterhof Lateinamerika"

Nach wie vor betrachten die herrschenden Kreise der USA die kapitalistischen Länder Lateinamerikas als ihr strategisches Hinterland und als lebenswichtige Einflußsphäre, von deren Beherrschung in hohem Maße die Weltgeltung der Vereinigten Staaten abhängt. Für den ökonomischen Reproduktionsprozeß der USA sind die lateinamerikanischen Länder sehr wichtige Lieferanten strategischer Rohstoffe, Absatzmärkte und Quellen hoher Handelsüberschüsse und Extraprofite und gehören vor allem zu den lukrativsten Kapitalverwertungsgebieten. Lateinamerika ist darüber hinaus für die USA und das imperialistische System überhaupt eine strategisch bedeutsame militärische Operationsbasis und ein weltpolitisch bedeutsames Einflußgebiet. Diese Faktoren sind es, die in erster Linie die imperialistische Lateinamerika-Politik der USA, der BRD, Japans, Frankreichs, Großbritanniens und anderer Staaten bestimmen. Es ist von vornherein verständlich, daß diese imperialen Zielsetzungen einer „ungestörten“ und gesamtnationalen Entwicklung der kapitalistischen Volkswirtschaften der lateinamerikanischen Länder diametral entgegengesetzt sind und somit die gesamtstrategische Zielsetzung der kapitalistischen Systemsicherung immer wieder in Frage stellen.

Über das Ausmaß, die Formen und die Folgen der Lateinamerika-Politik der imperialistischen Hauptmächte könnten viele Bände geschrieben werden, ohne daß man die verheerenden Auswirkungen dieser Politik auf das Schicksal von 250 Millionen Menschen eines ganzen Kontinents in all ihren Dimensionen erfäßt hätte. An dieser Stelle kann nur auf einige Hauptpunkte eingegangen werden.

### Rohstoffe und Produktion unter Kontrolle der US-Konzerne

USA-Monopole kontrollieren in Lateinamerika die Produktion und Förderung von 22 sogenannten strategischen Rohstoffen, darunter 90 Prozent des Kupfers, 95 Prozent des Bleis, 98 Prozent des Zinks, 70 Prozent des Silbers, 62 Prozent des Eisens und über 50 Prozent des Erdöls.<sup>1</sup> In Peru kontrollierten nordamerikanische Monopole bis zum Jahre 1969 85 Prozent des Bergbaus, 88 Prozent der Erdölgewinnung und 14 von 20 Fischmehlunter-



nehmen.

Im Programm der Partei der Volksavantgarde Kostarikas heißt es zur Ausplünderung des Landes durch die USA-Monopole: „Die bürgerlichen Regierungen haben dem ausländischen Kapital die reichen Bodenschätze überlassen. Die Kohlenwasserstoffvorkommen, die für unsere Entwicklung so wichtig sind, befinden

sich zum großen Teil im Besitz der Monopole. Ebenso wurden die reichen Bauxitvorkommen im Tal El General trotz der einmütigen Volksoption der Aluminium Company of America (ALCOA) überlassen. Eine Erdölraffinerie (RECOPE) befindet sich im Besitz eines Yankee-Monopols und wirkt zum Schaden der nationalen Interessen im Hafen von Limon“<sup>2</sup>.

### Zum Beispiel United Fruit Company

- 1899 Zusammenschluß der Boston Fruit Company mit dem Bananenhändler Keith zur United Fruit Company (UFC).
- 1900 Erweiterung des Eisenbahnnetzes in den mittelamerikanischen Besitzungen der United Fruit von 300 km auf 2400 km zu ihrer besseren Erschließung.
- 1914 Die Bodenbesitzungen der United Fruit betragen in: Honduras 15.000 acres (1 acre = 0,4 ha), Guatemala 30.000, Panama 30.000 und Kostarika 45.000 acres; aber 10 Jahre später in Honduras schon 87.000 acres.
- 20er/30er Jahre Die UFC kontrolliert die größten Teile der Infrastruktur, öffentlicher Einrichtungen, der Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Die Geldgeber der Morgan-Rockefeller-Boston-Gruppe bilden bald die eigentliche Machtbasis der UFC.
- 1931–1944 erweitert die UFC in Guatemala ihren Landbesitz noch einmal beträchtlich unter der Diktatur Ubicas.
- 1946–1952 Die UFC ist bis zu 89 % am Gesamtbananenexport Guatemalas beteiligt und im Besitz eines Drittels des kultivierbaren Bodens des Landes. Ihre Gewinne stiegen auf jährlich mehr als 40 Mio Dollar an.
- Juni 1952 Gegen das Agrarreformgesetz des 1950 gewählten Präsidenten Arbenz vom 17. 6. 1952, das u. a. die Enteignung allen brachliegenden Landes (was die UFC besonders betrifft weil sie nur 8 % ihres Bodenbesitzes bewirtschaftet) und die Landumverteilung an 120.000 Bauernfamilien bestimmt, geht die UFC auf Konfrontationskurs.
- 18. 6. 1954 Die United Fruit beschwört das Gespenst des Kommunismus, mobilisiert das Pentagon und die CIA zum Sturz von Arbenz. Auf Geheiß von US-Präsident Eisenhower, Außenminister John F. Dulles (Großaktionär der UFC) und CIA-Chef Allen Dulles (Expräsident der UFC) setzt Washington eine bewaffnete Intervention gegen die angeblich „kommunistische Regierung Arbenz“ in Gang: die US-Air Force fliegt Bombenangriffe auf die Hauptstadt Guatemala-City, Invasionstruppen fallen

von Honduras aus in Guatemala ein und eine Wirtschaftsblockade wird über das Land verhängt. Nach einer Woche Widerstand sieht sich die Regierung Arbenz zum Rücktritt gezwungen. Mit Castillo Armas tritt ein Günstling der US-Hochfinanz an ihre Stelle. Die UFC erhält nicht nur ihr enteignetes Land zurück, sondern noch größere Konzessionen.

70er Jahre Der Besitz des 1970 in United Brands (UB) umgetauften US-Konzerns umfaßt in Mittelamerika Hunderttausende ha Land, die Tela Railway Company in Honduras sowie Konservenfabriken und eine Bananenflotte in unbekannter Größe. Der gesetzliche Minimallohn für ungelernete Bananenarbeiter liegt bei nur 1 Dollar, für gelernte Arbeiter bei 2-3 Dollar. Die Gewinne des Konzerns in Mittelamerika belaufen sich auf jährlich mehr als 100 Mio Dollar.

Während die United Brands in Guatemala mehrere Großplantagen an den US-Konzern Del Monte verkauft, baut sie besonders in Honduras ihre Positionen aus.

Im allgemeinen sichert sie sich auch im – durch Kartellbestimmungen motivierten – Verkauf an lateinamerikanische bananenproduzierende Länder das Alleinaufkaufsrecht oder die Genehmigungsverpflichtung beim Verkauf an Dritte. Dank ihrer hohen Wirtschaftskraft und Washingtoner Protektion konnte die United Brands ihre Rolle in den „Bananenrepubliken“ Mittelamerikas als Staat im Staate weitgehend erhalten.

April 1974 Freilich scheinen augenblicklich ihre Zukunftsaussichten nicht ungetrübt:

Die bananenproduzierenden Entwicklungsländer gründen die „Union der bananenexportierenden Länder“ (UPEB) mit dem Ziel einer koordinierten Preis- und Handelspolitik. Kostarika, Honduras, El Salvador, Guatemala, Nikaragua und Panama beschließen die Schaffung einer gemeinsamen Handelsflotte.

(Vgl. S. Arce-Martinez, Lateinamerika. Hinterhof des US-Imperialismus, Frankfurt/M. 1969; Information Dritte Welt, United Fruit Company, Dortmund, Nr. 24/März 1975)



USA-Monopole beherrschen große Teile der lateinamerikanischen Landwirtschaft und des Agrarexports, was zur Herausbildung von Monokulturen und zur Verödung ganzer Landstriche geführt hat. Das Wirken der berühmten United Fruit Company in Kostarika wird im genannten Parteiprogramm u. a. mit folgenden Worten charakterisiert: „Die United Fruit Company hat sich großer Flächen Landes an den Küsten des Pazifik und des Atlantik bemächtigt. Die aufgekauften Flächen betragen etwa eine halbe Million Hektar.

Die United Fruit hat in verschiedenen Zweigen der Wirtschaft investiert. Sie ist zum Beispiel Eigentümerin der Kais von Quepos und Golfito, der Öl- und Gemüseverarbeitungswerke im Kanton Aguirre, des Eisenbahnsystems am Südpazifik und besitzt in der Tat das Monopol in der Produktion von Öl und Pflanzenfetten, sowohl in der Herstellung als auch im Verkauf . . .

Die Yankee-Bananengesellschaften sind Staaten im Staate Kostarika. Sie kontrollieren die Regionalverwaltungen und üben über diese eine despotische Macht aus. Mit dem Ziel, ihre ideologische Herrschaft auszudehnen, kontrolliert die United Fruit die Grundschulausbildung in jenen Orten, wo sich ihre Güter befinden . . .

In den Plantagen der großen Bananengesellschaften werden die Arbeitsrechte der Werktätigen mit Füßen getreten und die Gewerkschaftsfunktionäre verfolgt“<sup>3</sup>.

Ähnliche Einschätzungen sind in den Programmen aller anderen kommunistischen und Arbeiterparteien Lateinamerikas anzutreffen.

### Belastete Zahlungsbilanzen . . .

Große Schäden erwachsen den lateinamerikanischen Ländern aus dem ungleichen Handel mit den USA, der BRD und anderen imperialistischen Ländern (chronisches Handelsdefizit der meisten lateinamerikanischen Staaten) und vor allem aus dem nicht-äquivalenten Austausch, der den Lateinamerikanern allein jährlich über 2 Mrd Dollar Verlust bringt<sup>4</sup>. Die jahrzehntelange ungünstige Entwicklung der terms of trade (Preisrelation von Export- und Importpreisen) für die lateinamerikanischen Länder (die Exporteure von Rohstoffen – deren Preise durch das monopolistische Preisdiktat lange Zeit extrem niedrig gehalten wurden – und zugleich Importeure von Fertigwaren aus den imperialistischen Ländern zu relativ hohen Preisen sind) hat deren Zahlungsbilanz erheblich belastet. So mußten sie 1969 für einen Traktor aus der BRD doppelt soviel Kaffee oder Eisenerz liefern wie zehn Jahre zuvor.

Alllein in den Jahren von 1955 bis 1958 erhielt beispielsweise die BRD aus dem nicht-äquivalenten Austausch mit Lateinamerika eine Summe von 1,5 Mrd DM. Dieser Gewinn war größer als der bis dahin getätigte Kapitalexport der BRD in lateinamerikanische Länder<sup>5</sup>. Da diese immer weniger imstande waren, die zunehmend teuren Importe von Fertigwaren mit entsprechenden höheren Exporten auszugleichen, ging der Anteil Lateinamerikas am Welthandel von 11,2 Prozent im Jahre 1950 auf 5,6 Prozent im Jahre 1967 zurück<sup>6</sup>. Der Anteil Lateinamerikas am Gesamtimport der USA ging von 27 Prozent im Jahre 1960 auf 16 Prozent 1968 zurück<sup>7</sup>. Da Lateinamerika für die Monopole der imperialistischen Hauptländer eines der einträglichsten Kapitalverwertungsgebiete ist, haben zum Beispiel die USA dort mehr als 20 Mrd Dollar investiert, rund 14 Mrd Dollar davon in Form privater Direktinvestitionen (direkte Anlagen in der Produktion und im Bankwesen) der großen Konzerne. Die BRD-Monopole haben etwa 1,5 Mrd Dollar in Lateinamerika angelegt.

### . . . und wachsender Kapitalentzug

Die USA besitzen 75 Prozent der ausländischen Kapitalanlagen in Lateinamerika; damit beherrschen sie etwa 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion Lateinamerikas, und zwar die Schlüsselpositionen<sup>8</sup>. Die USA saugen mit den daraus getätigten Profiten, Zinsen für Anleihen, durch Versicherungs- und Transportoperationen sowie durch ungleichen Preisen jährlich etwa 5 Mrd Dollar aus den lateinamerikanischen Ländern heraus<sup>9</sup>.

Ökonomen Chiles errechneten: Von 1950 bis 1967 tätigten USA-Monopole in Lateinamerika Direktinvestitionen in Höhe von 7.473 Mio Dollar, im gleichen Zeitraum betrug die Gewinne und Dividenden dieser Monopole in Lateinamerika 16.079 Mio Dollar. In Lateinamerika befinden sich lediglich 10 Prozent der nordamerikanischen Kapitalanlagen im Ausland (3. Platz hinter Westeuropa und Kanada), aber 26 Prozent des im Ausland erzielten Profits kommen aus den Anlagen in Lateinamerika. Die CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) hat diese Angaben bestätigt<sup>10</sup>.



Betrug der Rückfluß von Profiten ausländischer Direktanlagen in Lateinamerika 1960 965 Mio Dollar, so waren es 1966 etwa 1,6 Mrd Dollar. Die Zinsen für Kredite und Darlehen erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 289 Mio Dollar auf 614 Mio Dollar. Insgesamt entzogen die USA-Monopole in der Zeit von 1960 bis 1966 den Ländern Lateinamerikas 11,5 Mrd Dollar an Profiten und Zinsen. Der als „Entwicklungshilfe“ drapierte bilaterale und multilaterale staatliche imperialistische Kapitalexport erreichte jedoch im gleichen Zeitraum nur die Höhe von 10 Mrd Dollar<sup>11</sup>. Über das kolossale Ausmaß der nordamerikanischen Direktinvestitionen im Ausland schrieb selbst der nordamerikanische Apologet des Imperialismus, Leo Model: „Die Rolle der Direktinvestitionen der USA in der Weltwirtschaft ist verblüffend. Nach Angaben des USA-Rates der Internationalen Handelskammer übersteigt der Bruttowert der Produktion amerikanischer Gesellschaften im Ausland bei weitem 100 Milliarden Dollar im Jahr. Das bedeutet, auf der Basis des Bruttoprodukts ihres Ausstoßes bilden die Unternehmen der USA im Ausland zusammengenommen die drittgrößte Wirtschaft (falls ein solcher Ausdruck zur Bezeichnung dieser Gesellschaften gebraucht werden kann) in der Welt – mit einem Bruttoproduct, größer als dasjenige irgendeines Landes außer den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion“<sup>12</sup>.

J. Kubitschek, früherer Präsident Brasiliens, mußte am Ende seiner Regierungszeit zu den Ergebnissen seiner auslandskapitalfreundlichen Politik resignierend feststellen: „Lateinamerika ist ein Patient, der in den einen Arm eine Bluttransfusion erhält, aus dem anderen Arm aber gleichzeitig die doppelte Menge Blut abgezapft bekommt“<sup>13</sup>.

Als der damalige chilenische Außenminister G. Valdes am 11. Juni 1969 Präsident Nixon den „Consensus von Viña del Mar“ (ein Grundsatzdokument der lateinamerikanischen Staaten über ihre Beziehungen zu den USA) überreichte, erklärte er: „Gewöhnlich ist man der Ansicht, unser Kontinent erhalte eine reale Finanzhilfe, doch die Zahlen weisen das Gegenteil nach. Man kann behaupten, daß Lateinamerika zur Finanzierung der Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer Industrienationen beiträgt“<sup>14</sup>. Diesem Eingeständnis ist wohl nichts hinzuzufügen. Die „Militärhilfe“ der USA verfolgt ein Ziel: Verhinderung der sozialen Revolution, um dieses Geschäft zu verewigen<sup>15</sup>. (. . .)

## Washingtons Pakt- und Militärpolitik im „Hinterhof Lateinamerika“

Washington sah (nach dem 2. Weltkrieg, d. Red) die Zielsetzung seiner Lateinamerika-Politik, das heißt die völlige Inbesitznahme aller strategischen Rohstoffe, besonders der Uranvorkommen, die Gewährleistung maximaler Kapitalverwertungsbedingungen für die nordamerikanische Monopole, die Festigung des politischen Vasallenstatus der mehr als 20 lateinamerikanischen Regierungen, den Ausbau der engen militärischen Bindungen der lateinamerikanischen Staaten an die USA, keineswegs als gefährdet an. Der „Hinterhof Lateinamerika“ schien für Uncle Sam absolut sicher und problemlos zu sein. Die USA zwangem im August 1947 18 lateinamerikanische Staaten den Rio-Pakt („Vertrag über die Verteidigung der westlichen Hemisphäre“) auf (Nicaragua und Ekuador traten 1948 bzw. 1950 bei) und schlossen Anfang der 50er Jahre mit den meisten lateinamerikanischen Staaten zweiseitige Militärverträge ab. Damit zogen sie die Länder Lateinamerikas in den „kalten Krieg“ und das Wettrüsten hinein. Im karibischen Raum, in der Panama-Kanalzone, Argentinien, Brasilien und Paraguay wurde ein umfassendes Stützpunktnetz der Marine und Luftwaffe der USA angelegt. Der Rio-Pakt von 1947 markierte eine „interamerikanische Sicherheitszone“ von Grönland bis zur Antarktis, deren „Verteidigung“ zur gemeinsamen Pflicht aller lateinamerikanischen Staaten gemacht wurde. Alle Konflikte zwischen den amerikanischen Staaten sollten laut Artikel 2 des Rio-Paktes erst der Panamerikanischen Union, dem Generalsekretariat der neugeschaffenen „Organisation Amerikanischer Staaten“ (OAS), vorgelegt werden, bevor die UNO sich damit befassen konnte. Artikel 6 des Rio-Paktes richtete sich gegen die progressiven Kräfte des Kontinents. Danach „könnten neue Linksregierungen auf dem amerikanischen Kontinent als indirekte Aggression von seiten der UdSSR verurteilt werden und hätten von amerikanischen Regierungen Repressalien zu gewärtigen“<sup>16</sup>.

Der erpresserische Druck der USA führte zur Aufblähung der lateinamerikanischen Militärapparate. So gab Paraguay 1959 22,1 Prozent seines Gesamthaushaltes für Rüstungszwecke aus, weitaus mehr als für die Entwicklung seiner rückständigen Landwirtschaft. Insgesamt gaben die Regierungen in Lateinamerika von 1945 bis 1959 1,3 Mrd Dollar für Rüstungszwecke aus<sup>17</sup>.

Die ökonomische Beherrschung Lateinamerikas durch das nordamerikanische Monopolkapital nahm nach dem zweiten Weltkrieg nie gekannte Ausmaße an. Von 1940 bis 1959 verdreifachten sich die privaten Direktinvestitionen der US-Konzerne in Lateinamerika und erreichten 8,73 Mrd Dollar (das Doppelte der seinerzeit in Westeuropa angelegten Kapitalsumme)<sup>18</sup>.

Die USA übten die totale Beherrschung Lateinamerikas aus, so daß man glauben konnte, die mit dem ersten Weltkrieg und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland eingeleitete allgemeine Krise des Kapitalismus mache einen Bogen um das imperialistische Herrschaftssystem in Lateinamerika. Doch der Schein trog. Mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems, der frontalen Durchbrechung der Kette des Weltimperialismus, dem Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems und der Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Systems nach dem zweiten Weltkrieg veränderte sich die weltpolitische Lage, was sich zunächst vor allem in Europa und Asien auswirkte. Infolge des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses wurde die Macht des imperialistischen Systems als Ganzes eingegrenzt, zersplittert und die nationale Befreiungsbewegung in der ganzen Welt stimuliert. Davon wurde zwangsläufig auch das imperialistische Herrschaftssystem in Lateinamerika betroffen. Die revolutionären Ereignisse 1952 in Bolivien und 1954 in Guatemala setzten bereits ein Alarmzeichen. Aber die „traditionelle“ Lösung des „Falls Guatemala“ (US-Intervention und Sturz der Regierung Arbenz Guzman 1954, d. Red.) beruhigte die Gemüter in Washington bald wieder. Jedoch hatten die von den Auslandsmonopolen betriebene verschärfte Ausplünderung der lateinamerikanischen Völker, die hohen Rüstungsausgaben, die stagnierende Wirtschafts- und Sozialpolitik der lateinamerikanischen Regierungen, die Methoden des Terrors zur Folge, daß sich auch in diesem Teil der Welt vor dem Hintergrund eines sich rasch verändernden globalen Kräfteverhältnisses alle sozialen Widersprüche beschleunigt zuspitzten. Unter der Oberfläche scheinbarer Ruhe gärte es überall. Die kubani-

## US-„Militärhilfe“-Politik in Lateinamerika

1950–1968 Waffenexport der USA nach Süd- und Mittelamerika im Wert von 6,87 Mrd Dollar.

Seit 1962 ist in Fort Gulick, in der Kanalzone Panamas, die 4. Special Forces Group der US-Armee für lateinamerikanische Sondereinsätze stationiert. Ein ausgedehntes Militärstützpunktsystem findet sich zudem in der US-Kolonie Puerto Rico und in Guantanamo (Kuba).

Mitte der 60er Jahre Antiguerrilla-Ausbildung und -Einsatz werden drastisch ausgeweitet. Einsätze u. a. 1966/67 in Peru und Bolivien.

Während seit Mitte der 60er Jahre vornehmlich moderne Kampfflugzeuge (speziell an Brasilien, Argentinien, Kolumbien) geliefert wurden, wuchs überdies in den 70er Jahren rasch der Export an Kriegsschiffen, vorwiegend an reaktionäre Regimes. Dem „Rockefeller-Bericht“ von 1969 zufolge sollte sich allein die Umrüstung der argentinischen Flotte auf 5,5 Mrd Dollar belaufen.

1974/75 800.000 Offiziere und Mannschaften stehen in Lateinamerika unter Waffen, zumeist nach Plänen Washingtons und von US-„Beratern“ oder in den USA bzw. in Fort Gulick ausgebildet. Das Fort Gulick verließen alleine 3.667 chilenische Militärs als diplomierete Offiziere.

1967–1976 wurde die US-„Militärhilfe“ für die Länder des Subkontinents beträchtlich und stetig weiter erhöht, mit dem Ziel – so Kriegsminister Mac Namara 1967 – die „innere Ordnung und politische Stabilität (der einzelnen Länder) zu festigen“, um so die kollektive Verteidigung der westlichen Hemisphäre gegen äußere Aggression und subversive Tätigkeit zu stärken“

1972 entfielen die höchsten US-Militärhilfeposten nach offiziellen Angaben in Lateinamerika an:

Brasilien	24,7 Mio Dollar
Argentinien	15,9 Mio Dollar
Venezuela	15,7 Mio Dollar
Chile	6,0 Mio Dollar
Uruguay	2,4 Mio Dollar

1974–1976 verteilte sich die US-„Militärhilfe“ auf Lateinamerika (in Mio Dollar) wie folgt:

	Kredite für Rüstungskäufe		Militärhilfsprogramm		Militär-Ausbildung	
	1974	1976	1974	1975	1974	1976
Ges. regional	118,0	180,0	14,8	16,2	8,6	11,4
Brasilien	51,7	60,0	0,9	0,9	0,7	1,1
Argentinien	22,5	34,0	0,5	0,1	0,5	0,9
Chile	15,0	–	1,0	0,7	1,0	–
Peru	15,0	20,0	0,9	0,8	0,9	0,9
Venezuela	7,5	16,0	0,9	0,7	0,9	0,9
Kolumbien	–	16,0	0,6	0,7	0,5	0,6
Ekuador	–	10,0	–	0,4	–	–
Bolivien	4,0	6,0	3,1	3,1	0,5	3,1
Mexiko	–	5,0	–	0,1	–	–
Uruguay	2,0	2,5	1,0	1,5	0,3	1,0
El Salvador	0,5	2,5	0,6	1,2	0,4	0,6
Honduras	–	2,5	0,7	1,2	0,5	0,7
Dominik. Rep.	–	1,0	0,8	1,0	0,5	0,5
Paraguay	–	0,5	1,1	1,0	0,2	0,3

(Tabelle nach: Foreign Military Sales and Military Assistance Program, Congressional Presentation Document, Fiscal Years 1976 & 1975 T, Washington 5. November 1975, S. 5 und 61)



Ausbildung von Soldaten im US-Fort Gulick

sche Revolution war dann die erste überraschende revolutionäre „Eruption“ in Lateinamerika, derer die USA nicht mehr Herr werden konnten.

### Antwort auf Kuba: Evolution statt Revolution

Herbert L. Matthews, damaliger Leiter der Lateinamerika-Abteilung der „New York Times“, brachte seinerzeit in einem Artikel der britischen Zeitschrift „International Affairs“ die Überraschung und Besorgnis der herrschenden Kreise der USA mit folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„Wir in den Vereinigten Staaten machen seit zwei oder drei Jahren unangenehme Erfahrungen mit Lateinamerika. Die lange Periode der Vernachlässigung, in der wir dieser Gebiete sicher zu sein glaubten und hier gewinnbringende Investitionen (heute spricht man von Ausbeutung) tätigten, geht zu Ende. In der Welt der Machtpolitik gehörten diese Gebiete zu unserer Einflusssphäre. Als Beweis dafür diente uns die Monroe-Doktrin. In den Vereinten Nationen verfügten wir über zwanzig sichere Stimmen. Der Kommunismus war schwach, und keine Nation südlich des Rio Grande oder im karibischen Raum wurde vom Kalten Krieg direkt betroffen. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse lieferten den entscheidenden Anstoß für die kubanische Revolution und es besteht die Gefahr, daß es auch in anderen Ländern Lateinamerikas zu solchen Revolutionen kommt“<sup>19</sup>.

Eine relativ nüchterne Analyse. Doch wozu wurde sie angestellt? Matthews rief schon damals wie auch andere Vertreter der herrschenden Kreise der USA dazu auf, durch eine gelenkte Evolution, durch „mehr soziale Gerechtigkeit für die lateinamerikanischen Massen“ der Revolution zuvorzukommen. Das waren Ge-

danken, die in der offiziellen Lateinamerika-Politik der USA bald eine entscheidende Rolle spielen sollten. John F. Kennedy formulierte: „Wenn für die Lateinamerikaner nur die Wahl zwischen dem Status quo und Kommunismus bleibt, werden sie letzteren wählen. Also muß ein dritter Weg offen sein“<sup>20</sup>.

Mit der kubanischen Revolution war für die USA eine neue strategische Situation in Lateinamerika entstanden. Die erfolgreiche Verteidigung Kubas, allseitig unterstützt von der Sowjetunion, gegen die in Florida ausgebildeten konterrevolutionären Interventionstruppen in der Schweinebucht im April 1961 war ein Ausdruck der neuen weltpolitischen Lage und der verschärften allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems. Die herrschenden Kreise der USA unternahmen daraufhin zögernd und tastend die ersten Anpassungsversuche an die neue weltpolitische und regionale Situation. Das fand seinen Niederschlag am deutlichsten im Reformprogramm J. F. Kennedys und seiner Berater, wie es im Programm der „Allianz für den Fortschritt“ formuliert wurde. ( . . . )

### Kennedys „Allianz für den Fortschritt“ . . .

Am 13. März 1961 empfing USA-Präsident John F. Kennedy im „Weißen Haus“ alle in Washington akkreditierten lateinamerikanischen Botschafter, um ihnen ein neues und spektakuläres Lateinamerika-Programm der USA zu erläutern. Schon vor dem Amtsantritt Kennedys hatten 200 Industrielle, Finanzexperten und Lateinamerika-Spezialisten im „Komitee für wirtschaftliche Entwicklung“ dieses Programm in seinen Grundzügen ausgearbeitet und aus den Ford- und Rockefellerfonds finanziert. Nun aber trat Kennedy vor die Abgesandten der lateinamerikanischen

Regierungen und rief dazu auf, „sich in einer neuen ‚Allianz für den Fortschritt‘ – ‚Alianza para el Progreso‘ – zusammenzuschließen, einem gewaltigen gemeinsamen Versuch, der an Größe und Erhabenheit nichts seinesgleichen hat, die Grundbedürfnisse aller Amerikaner zu befriedigen: nach Wohnung, Arbeit und Ackerland, nach Gesundheit und Schulen – techo, trabajo, y tierra, salud y escuela“<sup>21</sup>.



J. F. Kennedy und sein Außenminister J. F. Dulles

In der am 17. August 1961 von der Konferenz des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates angenommenen „Charta del Punta del Este“ wurden folgende offiziellen Ziele der „Allianz für den Fortschritt“ festgelegt:

1. Sicherung einer jährlichen Wachstumsrate von mindestens 2,5 Prozent je Kopf der Bevölkerung;
2. gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens;
3. Verbreiterung der landwirtschaftlichen Produktion;
4. Beschleunigung der Industrialisierung;
5. Agrarreformen, die „zu einem tatsächlichen Wandel der Strukturen und ungerechten Besitz- und Nutzsysteme des Bodens“ führen sollen, und zwar sollte „das System der Latifundien und Minifundien durch ein gerechtes Eigentumsystem ersetzt werden“;
6. Beseitigung des Analphabetentums, Gewährleistung einer sechsjährigen Vorschulbildung;
7. Erhöhung der Lebenserwartung, Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes;
8. Wohnungsbau, vor allem für Familien mit geringem Einkommen;
9. Erhaltung stabiler Preise zur Vermeidung von Inflation und Deflation;
10. Förderung aller wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen mit dem Ziel, einen gemeinsamen lateinamerikanischen Markt zu schaffen.

Zur Finanzierung dieses umfassenden Reformprogramms sollten die USA und andere imperialistische Länder aus staatlichen Mitteln und Zuwendungen der Monopole in zehn Jahren 20 Mrd Dollar bereitstellen. Jährlich sollten nach Lateinamerika fließen:

- ▶ 1100 Millionen Dollar von der USA-Regierung in Form von Krediten und Subsidien,
- ▶ 300 Millionen Dollar von US-Monopolen in Form von privaten Direktinvestitionen,
- ▶ 300 Millionen Dollar aus den westeuropäischen Ländern und Japan in Form von Krediten und Kapitalinvestitionen,
- ▶ 300 Millionen Dollar aus multilateralen neokolonialistischen Finanzinstituten.

Außerdem rechneten die Initiatoren des „Allianz“-Programms damit, daß die lateinamerikanischen Länder selbst in den zehn Jahren 80 Mrd Dollar aufbringen würden<sup>22</sup>.

Natürlich wurden die tatsächlichen Ziele dieses an den Marshall-Plan erinnernden nordamerikanischen Reformprogramms nicht

offiziell ausgesprochen. Das Hauptziel bestand jedoch – wie selbst „Business Week“ unverhohlen zugab – eindeutig darin, durch gezielte Reformen eine „Mittelstandsrevolution“ zu finanzieren, um die „proletarische Revolution zu blockieren“<sup>23</sup>. Die USA-Imperialisten und die lateinamerikanische Bourgeoisie unternahmen damit gewaltige finanzielle und wirtschaftspolitische Anstrengungen, verbunden mit einer umfassenden ideologischen Beeinflussungskampagne, um den lateinamerikanischen Kapitalismus langfristig zu stabilisieren, die kubanische Revolution zu isolieren und die weitere Ausbreitung der sozialen Revolution in Lateinamerika zu verhindern. Diese Zielsetzung der „Allianz“ hatten die lateinamerikanischen Völker nach kurzer Zeit durchschaut, und im Volksmund wurde sie zutreffend als „Allianz gegen den Fortschritt“ bezeichnet.

### ... – ein gescheiterter Reformversuch

Aber die USA hatten ihre Möglichkeiten und die Dimension der sozialen Konflikte in Lateinamerika falsch eingeschätzt. Ihre weltweite Schwächung war die Hauptursache für das Scheitern dieses pompösen Programms. Die Annahme, auf allen Erdteilen noch Weltgendarm spielen zu können, ließ die USA in ein weltpolitisches Engagement einsteigen, das ihre Kräfte weit überstieg. Diese Selbstüberschätzung der USA zeigte sich einige Jahre später besonders in Südostasien, in Afrika und im Nahen Osten.

Mit der „Allianz“ scheiterte der erste große Reformversuch der USA in Lateinamerika, der die Anpassung an die neue Lage im letzten Drittel unseres Jahrhunderts vollziehen sollte. Keines der Ziele der „Allianz“ wurde erreicht, und kein Versprechen wurde eingehalten. Die zugesagten ausländischen finanziellen Mittel flossen nicht einmal zu einem Drittel nach Lateinamerika. Im Finanzjahr 1961/62 stellte die nordamerikanische Regierung 600 Mio Dollar, 1962/63 525 Mio Dollar, 1963/64 375 Mio Dollar und 1964/65 425 Mio Dollar bereit. Dafür stellten die USA Südvietnam 1963/64 bereits 400 Mio Dollar zur Verfügung, und in den nachfolgenden Jahren erhöhten sie diese Summe beträchtlich. Die wirtschaftliche Zuwachsrate der Länder Lateinamerikas, die die bürgerlichen Reformtheoretiker als den Schlüssel zur Lösung der Wirtschaftsprobleme des Kontinents sehen, stieg 1962 und 1963 statt um 2,5 Prozent nur um 1 Prozent. Erst 1964 erreichten einige Staaten eine Steigerung um 2,5 Prozent. Der Bevölkerungszuwachs (1960/70 – 30%) überstieg die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens bei weitem. Das Bruttosozialprodukt stieg im genannten Zeitraum nur um etwa 19 Prozent. Obwohl Lateinamerika mit den höchsten Bevölkerungszuwachs in der Welt hat, blieb sein Anteil von 5 Prozent an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder annähernd konstant. Die angestrebte bessere Einkommensverteilung blieb eine Fiktion, da auch die versprochenen Strukturveränderungen nicht realisiert wurden. Auf Grund der Verschlechterung der terms of trade im Ergebnis der imperialistischen Außenwirtschaftspolitik, des anwachsenden „Schuldendienstes“ der lateinamerikanischen Länder an die imperialistischen Metropolen waren die lateinamerikanischen Regierungen gar nicht in der Lage, die notwendigen finanziellen Mittel für ihr Reformprogramm aufzubringen. Der Anteil der Landwirtschaft am gesellschaftlichen Gesamt-

Land	Einwohner/Arzt	Analphabetentum (Bev. über 15 Jahre)
Dominikanische Republik	5 385	32,5 %
Haiti	13 213	89,5 %
Honduras	3 449	55,0 %
Guatemala	3 617	62,1 %
Nicaragua	2 060	42,0 %
Bolivien	2 301	67,9 %
Brasilien	2 028	33,8 %
Chile	2 015	11,9 %
Paraguay	2 336	25,4 %
Peru	1 802	38,9 %

(Quelle: 2. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1975, S. 121 und 126/127)

produkt Lateinamerikas beträgt weiterhin etwa 20 Prozent. Die geplante Steigerung der Industrie- und Agrarproduktion wurde nur teilweise und erst in den letzten Jahren erreicht. Eine radikale Agrarreform steht bis heute noch in allen kapitalistischen Ländern des Kontinents aus.

Die bis 1970 geplante Beseitigung des Analphabetentums blieb ebenfalls auf dem Papier; ein Drittel aller Lateinamerikaner kann heute weder lesen noch schreiben. Die Lebenserwartung ist nach wie vor gering. Im Jahre 1970 bestand ein Mangel von rund 15 Millionen Wohnungseinheiten und die Massenverelendung breitete sich weiter aus<sup>24</sup>.

Wenn auch einige Teilergebnisse der „Allianz“, wie u. a. die Ausbildung einer größeren Zahl von Lehrern, der Neubau von Häusern, erreicht wurden, so waren sie doch nicht mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Von den sozialen Grundproblemen in Lateinamerika wurde keines gelöst. (. . .)

### **Widerstand antiimperialistisch-demokratischer Bewegungen**

Sehr bald zeigten sich jedoch die gesetzmäßigen Wirkungen des deformierten lateinamerikanischen Kapitalismus. Die Durchdringung der Volkswirtschaften durch das Auslandskapital nahm weiter zu, die kleinbürgerlichen Schichten und selbst Teile der mittleren Bourgeoisie wurden ruiniert. Die Verelendung der werktätigen Massen, das Anwachsen der Arbeiterklasse stimulierten einen neuen revolutionären Aufschwung. Teile des Kleinbürgertums verloren bald ihre Illusionen, ihre Hoffnungen auf die Erfüllung der bürgerlichen Reformversprechen. Große Teile der Bevölkerung begannen intensiver nach der Ursache ihres Elends zu fragen. Die Kommunisten und andere antiimperialistische Kräfte nannten die Ursache: die Herrschaft des ausländischen Imperialismus und der einheimischen Oligarchien. Die kubanische Revolution half ihnen, den Massen überzeugend den Ausweg aus ihrer Lage zu zeigen.

Im größten lateinamerikanischen Land, Brasilien, traten 1962/63 unter der Regierung des Präsidenten Goulart nationale und Antiimperialistisch-demokratische Tendenzen stärker hervor, die sich schon in den Jahren zuvor angekündigt hatten, als Präsident Kubitschek bzw. Präsident Quadros an der Spitze der Regierung standen. Diese drei Politiker wollten keinesfalls eine soziale Revolution, sondern waren im Gegenteil darauf bedacht, im Sinne der Sozialstrategie Kennedys mittels Sozialreformen die soziale Revolution abzufangen und zu verhindern. Dabei betonten sie die nationalen Interessen Brasiliens. Der Zustrom neuer Kräfte zu den antiimperialistisch-demokratischen Bewegungen war auch in Chile und Argentinien festzustellen. In Bolivien, Kolumbien und Venezuela sowie anderen Ländern entwickelte sich der Partisanenkampf. Der Thron der neuen Diktatoren in der Dominikanischen Republik begann wenige Jahre nach der Ermordung Trujillos erneut zu wanken. Auch in Washington konstatierte man mit Sorge, daß die Kräfte der Revolution schnell anwachsen und an Positionen gewannen, ehe mit dem langfristigen Reformprogramm Wirkungen erzielt werden konnten. Die Schwäche dieses Programms angesichts der realen Lage und sein Widerspruch zum historischen Fortschritt zeichneten sich immer eindeutiger ab. Das langfristige Hauptziel des reformistischen „Allianz“-Programms konnte nicht erreicht werden. Die herrschenden Kreise des USA-Imperialismus, enttäuscht von den geringen Ergebnissen ihres Reformprogramms und alarmiert durch die politische Entwicklung in Lateinamerika, legten die „Samthandschuhe“ wieder einmal beiseite.

Lyndon B. Johnson bekannte sich zwar zu Beginn seiner Präsidentschaft zum „Allianz“-Programm seines Amtsvorgängers, bald aber zeigte sich eine deutliche Abschwächung der sozialreformistischen Komponente der nordamerikanischen Lateinamerika-Politik<sup>25</sup>. Der „big-stick“ – der „große Knüppel“ – kam wieder zu seinem Recht. Militärdiktatur und pragmatischer Reformismus in kombinierter Form bildeten offenkundig das neue Rezept. Das entsprach voll und ganz den Interessen der konservativen bürgerlichen und oligarchischen Kräfte in Lateinamerika, die in den Jahren zuvor jeden Ansatz einer weitergehenden Sozialreform sabotiert hatten, weil sie befürchteten, daß „schon Minimalreformen der traditionellen Strukturen der Revolution

Tür und Tor öffnen konnten“<sup>26</sup>.

Als im April 1964 reaktionäre brasilianische Militärs den rechtmäßigen Präsidenten Goulart stürzten, war die CIA ebenso wie 1966 bei der Errichtung der Militärdiktatur in Argentinien der Drahtzieher. Im Jahre 1965 intervenierten US-Mariners in der Dominikanischen Republik. Der Grundsatz Kennedys, nur „repräsentative Demokratien“ in Lateinamerika anzuerkennen, wurde von der Johnson-Doktrin offiziell fallengelassen. Nach dieser Doktrin wurde der Ausbau interamerikanischer „Anti-Guerilla“-Streitkräfte intensiv betrieben. Von amerikanischen „Beratern“ geführte Sonderverbände vernichteten Partisaneneinheiten 1965 in Peru und 1967 in Bolivien. (. . .)

### **Krise des interamerikanischen Systems**

Bei Amtsantritt Richard Nixons trat das Fiasko der Lateinamerika-Politik der USA, die sie mittels der „Allianz“ oder konterrevolutionärer Gewalt als der neuerlichen Variante der imperialistischen „Anpassung“ ausübten, deutlich hervor. Die nationalistischen Stimmungen, die Teile der einheimischen Bourgeoisie in einigen lateinamerikanischen Staaten ergriffen hatten, wurden in Washington nicht übersehen. Die Krise des interamerikanischen Systems spitzte sich gegen Ende der 60er Jahre rasch zu. Teile der Großbourgeoisie gingen dazu über, die infolge der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, des Vormarsches des Weltsozialismus und der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus eingetretene weltpolitische und weltwirtschaftliche Schwächung der USA auszunutzen, um ihre eigenen Interessen und Konzeptionen durchzusetzen. Das äußerte sich u. a. in folgenden Erscheinungen:

- a) Der Widerstand lateinamerikanischer Regierungen gegen das politische und militärpolitische Diktat der USA im Rahmen der „Organisation Amerikanischer Staaten“ (OAS) wuchs rasch an<sup>27</sup>.
- b) Eine Reihe lateinamerikanischer Länder nutzte die Widersprüche zwischen den USA und den westeuropäischen imperialistischen Ländern für sich aus, wobei sie allerdings in größere Abhängigkeit von letzteren, insbesondere der BRD, gerieten<sup>28</sup>.
- c) Die Bestrebungen lateinamerikanischer Länder, sich ökonomisch zusammenzuschließen, wie sie in verschiedenen Integrationsprojekten (Lateinamerikanische Freihandelszone – ALALC; Zentralamerikanischer Markt – MCCA; Andenpakt: La Plata-Becken-Projekt) zum Ausdruck kamen, erhielten neuen Auftrieb. Dabei waren antiamerikanische Akzente nicht zu übersehen<sup>29</sup>.
- d) Die lateinamerikanischen Regierungen traten international, besonders auch in der UNO, nicht mehr als einheitlicher antikommunistischer Block auf. Einige Regierungen betonten ihre nationale Souveränität und stimmten in wichtigen internationalen Fragen, wie der friedlichen Koexistenz und Abrüstung sowie der Entkolonialisierung, mit den sozialistischen Ländern und den befreiten, antiimperialistischen Staaten Afrikas und Asiens überein. Einige Länder Lateinamerikas normalisierten ihre Beziehungen zu sozialistischen Staaten, zögernd sogar zu Kuba.
- e) Die lateinamerikanischen Länder artikulierten ihre ökonomischen Interessen auch auf multilateraler Ebene stärker gegenüber den USA<sup>30</sup>.

Für alle diese Feststellungen – sie zeugen davon, daß der Glaube auch der bürgerlichen Regierungen in lateinamerikanischen Ländern an die politische und politisch-konzeptionelle Allmacht und Leistungsfähigkeit der USA sinkt – könnte eine Fülle von Fakten als Beweis angeführt werden. Hier kann nur auf einige eingegangen werden.

Schon 1965 lehnten es die meisten lateinamerikanischen Länder ab, sich an der nordamerikanischen Intervention gegen die Dominikanische Republik zu beteiligen. Ihr Widerstand, besonders der Chiles, Mexikos, Venezuelas, Kolumbiens und Perus, gegen die von den USA geforderten „Interamerikanischen Streitkräfte“ ist seitdem gestiegen. Auch die Forderung, die Boykottmaßnahmen gegen das aus der OAS ausgeschlossene Kuba

aufzuheben, trugen jedes Jahr immer mehr lateinamerikanische Staaten vor. Im Jahre 1967 sahen sich die USA genötigt, einer Revision der OAS-Charta zuzustimmen. Die neue Charta sichert bei allen Kompromissen den lateinamerikanischen Staaten formell eine größere Selbständigkeit zu<sup>31</sup>.

Auf den Jahrestagungen der OAS 1971 und 1972 forderten diese Staaten von den nordamerikanischen Vertretern die Herstellung gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Lateinamerika. Die 1963 auf der Tagung des „Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates“ gebildete „Sonderkommission für lateinamerikanische Koordinierung“ (CECLA) – sie erhielt 1967 den Charakter einer ständigen Einrichtung – wurde Ende der 60er Jahre zum Sprachrohr der Wirtschaftsinteressen der lateinamerikanischen Länder. Ihr gehören die USA nicht an. Im Mai 1969 beschloß die CECLA in der chilenischen Hafenstadt Viña del Mar ein Dokument, das als „Consensus von Viña del Mar“ bekannt wurde. Dieses Dokument stellt eine Bestandsaufnahme der interamerikanischen Beziehungen dar und enthält eine scharfe Kritik an der Außenwirtschaftspolitik der USA gegenüber Lateinamerika. Die lateinamerikanischen Regierungen fordern darin, daß die USA ihre nationale Souveränität achten und den erpresserischen ökonomischen und außenpolitischen Druck aufgeben. (. . .)

Ende der 60er Jahre hatte die Woge des Anti-Yankeeismus nahezu alle lateinamerikanischen Länder erfaßt<sup>32</sup>. Ihr Kern, die revolutionäre antiimperialistische Bewegung, festigte sich 1968/69 mit der Konsolidierung der weltweiten antiimperialistischen Bewegung erneut und gewann an Ausstrahlungskraft. Washington begann die Kontrolle und konzeptionelle Übersicht zu verlieren. In dieser Situation schickte Richard Nixon den damaligen Gouverneur und Multimillionär Nelson Rockefeller, dessen Monopolunternehmen in Lateinamerika weitverzweigte Positionen besaßen, auf eine mehrwöchige „Inspektionsreise“ (11. 5.–5. 7. 1969) durch 23 lateinamerikanische Länder. (. . .)

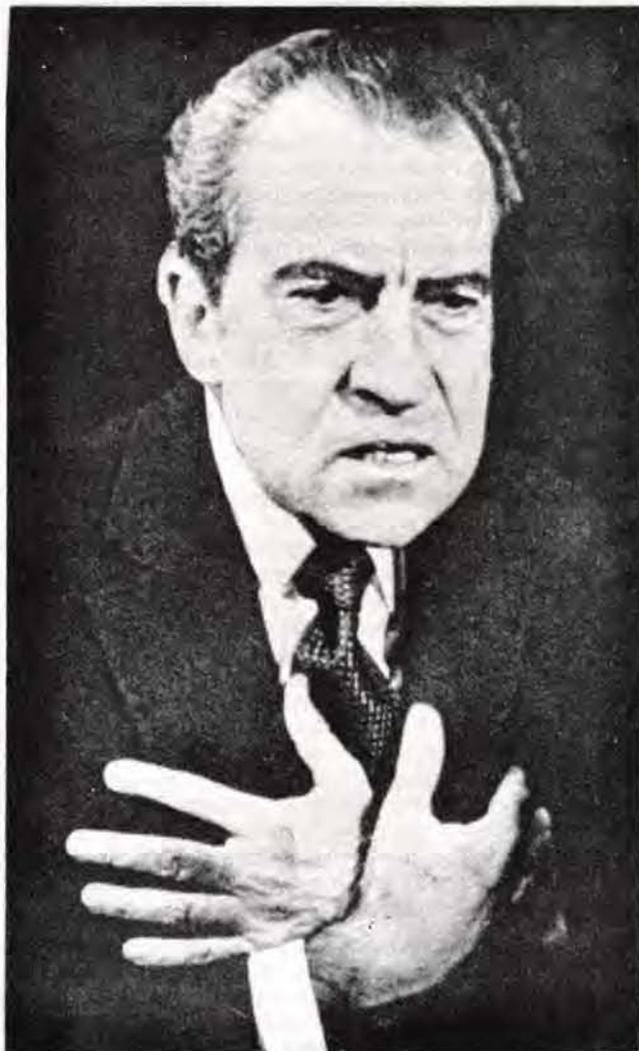
### Nixons „Aktion für den Fortschritt“ . . .

USA-Präsident Nixon nahm den „Rockefeller-Bericht“<sup>33</sup> zur Grundlage seiner Lateinamerika-Politik. In der Rede vom 31. Oktober 1969 und in seinen außenpolitischen Jahresbotschaften 1970, 1971 und 1972 hat sich Nixon ausdrücklich zu den Schlußfolgerungen des „Rockefeller-Berichts“ bekannt und sich für eine modifizierte Fortsetzung der „Allianz“-Politik im Rahmen einer „Aktion für den Fortschritt“ ausgesprochen.

Richard Nixon betonte seine Entschlossenheit, „die Macht der altmodischen Ordnung zu brechen und . . . die soziale Zersetzung zu vermeiden“<sup>34</sup>. Im Klartext heißt das: Anpassung des Bestehenden, um eine revolutionäre Erneuerung zu verhindern. Am Wesen der nordamerikanischen Lateinamerika-Politik hatte sich damit nichts verändert. Man bemüht sich noch mehr, das aggressive Wesen dieser Politik in erprobter Manier zu maskieren, was allerdings angesichts der Fortschritte des revolutionären Prozesses in einzelnen lateinamerikanischen Ländern immer schwerer fiel. Der Rückgriff der USA auf die „klassischen“ Mittel ihrer Kolonialpolitik, die subversive Tätigkeit, die militärische und ökonomische Unterdrückung, die Zusammenarbeit mit den reaktionären Elementen in progressiven Staaten sind in den letzten Jahren an vielen Beispielen deutlich geworden.

Nachdem es der amerikanischen CIA nicht gelungen war, die Bildung der Regierung der Unidad Popular in Chile zu verhindern, folgten die offiziellen Drohungen und Erpressungen, Richard Nixon verunglimpfte die rechtmäßig gewählte UP-Regierung, weigerte sich, Präsident Allende zu seiner Wahl zu gratulieren und bezeichnete dessen Außenpolitik als „Herausforderung“. Er erklärte, die USA wollten nicht, daß in Chile eine Regierung „dieses Typs“ existiere, und drohte, „entsprechend zu handeln“, wenn „diese Regierung irgendetwas unternimmt . . . was den USA schadet“<sup>35</sup>.

Danach ließ Nixon Chile von der Liste der Kreditempfänger streichen und hielt die Verbündeten der USA an, alle von früheren chilenischen Regierungen eingegangenen finanziellen Verpflichtungen energisch einzutreiben bzw. „Umschuldungen“ als Druckmittel gegen die UP-Regierung einzusetzen. Die BRD-Regierung und der westeuropäische multilaterale „Haager Club“ als Hauptgläubiger Chiles versuchten, mit entsprechenden Maß-



Richard Nixon

nahmen die Regierung Allende an die Wand zu drücken. Zugleich veranlaßte Nixon, daß eine rücksichtslose Wirtschaftssabotage gegen Chile auf allen Gebieten sowie eine intensivere Spezialistenwerbung betrieben wurden und eine Verleumdungskampagne gegen die UP-Regierung und einzelne ihrer Politiker geführt wurde. Die Kollaboration mit ultrarechten Kräften und eine breit angelegte Geheimdiensttätigkeit waren weitere typische Merkmale der Chile-Politik der USA bis zum faschistischen Putsch. Systematisch wurde auf den Staatsstreich vom 11. September 1973 hingearbeitet.

Der zentrale USA-Geheimdienst CIA, der schon 1965 nach dem Spionageplan „Camelot“ in Chile für „künftige“ Entwicklungen wichtiges Informationsmaterial sammelte, entfaltete in den folgenden Jahren eine fieberhafte Tätigkeit. Das zeigte sowohl die ITT-Affäre als auch die Enthüllungen über die Tätigkeit des „Peace Corps“ in Chile. (. . .)

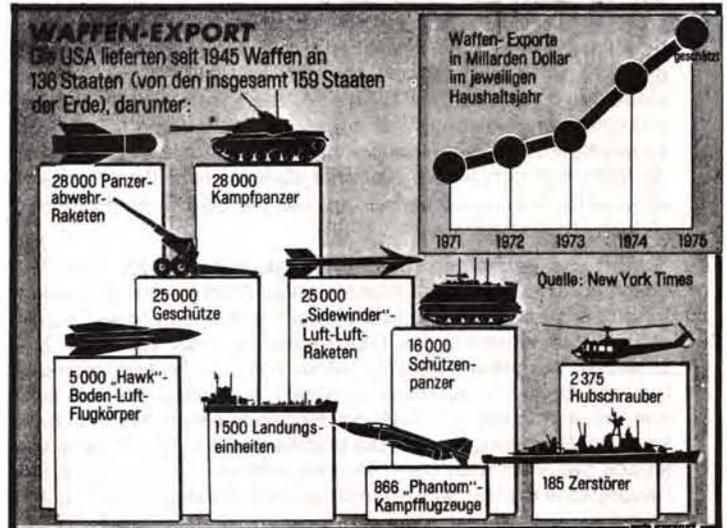
Eine Untersuchungskommission des chilenischen Kongresses zu Zeiten der Allende-Regierung bestätigte die Enthüllungen des Gewerkschaftsverbandes CUT über das nordamerikanische „Friedenskorps“: Es ist ein „Corps der Spione“. Es sammelt Spionagenachrichten, legt „Schwarze Listen“ mit den Namen unliebsamer Politiker an und unterhält militärische Sender<sup>36</sup>.

### . . . und nicht nur Chile

Die Ausmaße der CIA-Aktionen in Lateinamerika entlarvte der ehemalige bolivianische Innenminister Antonio Arguedas in einem Interview mit der mexikanischen Zeitung „Siempre“: Ganz Lateinamerika ist mit einem Netz von CIA-Ausbildungszentren überzogen, in denen Killertruppen das Foltern, Durchsuchen, Verhören und Töten beigebracht wird. Alle progressiven Kräfte, unabhängig davon, welcher politischen Richtung sie an-

gehörten, u. a. Geistliche, Soziologen und Journalisten, die anti-amerikanische Äußerungen machten, werden genau registriert, selbst die Hausfrau, die irgendwann einmal ein Antikriegsdokument unterzeichnet hat. Die Post, der Fernschreiber und der Funkverkehr der lateinamerikanischen Länder werden kontrolliert. Die CIA hat Arguedas 10 000 Dollar monatlich mit dem Ansinnen angeboten, daß er in Bolivien eine Partei mit „linksnationalistischer“ Linie gründet. Der Exdiktator Barrientos, später tödlich verunglückt, erhielt seinerzeit von der CIA 800 000 Dollar und von dem US-Konzern „Bolivian Gulf Oil“ 200 000 Dollar für seine Wahlkampagne, die insgesamt 1,7 Mio Dollar kostete.<sup>37</sup> Das ist die „Freiheit“, die Washington den lateinamerikanischen Völkern in Wirklichkeit zu bieten hat!

USA-Präsident Nixon ließ die „Militärhilfe“ für Lateinamerika in den letzten Jahren weiter erhöhen. Der damalige Außenminister Rogers rechtfertigte den Entschluß Nixons, die bisherige Höchstgrenze für Waffenlieferungen an lateinamerikanische Länder aufzuheben, und erklärte zynisch, dadurch würden „die Aussichten, daß den USA unfreundlich gesinnte Mächte ihren Einfluß und ihre Ziele in dieser Hemisphäre fördern, verringert“<sup>38</sup>. Nach wie vor sind die Botschaften, Kulturinstitute und andere



## US-Interventionismus in Lateinamerika

1898	Krieg gegen die Kolonialmacht Spanien, wobei Kuba und Puerto Rico unter Einfluß der USA geraten
1898	Krieg gegen die Kolonialmacht Spanien, wobei Kuba und Puerto Rico unter Einfluß der USA geraten
1903	Panama muß sich von Kolumbien trennen und die Kanalzone den USA übereignen
1914–1917	Die USA intervenieren in Mexiko, Haiti, der Dominikanischen Republik und Kuba
1954	US-Intervention in Guatemala und Sturz der antiimperialistischen Regierung Arbenz
1961	Söldner-Invasion gegen das revolutionäre Kuba in der Schweinebucht
1962	Wirtschaftsblockade gegen Kuba
1964	In Brasilien putscht die CIA beim Sturz der nationalistischen Regierung Goulart mit
1965	US-Invasionstruppen stürzen in der Dominikanischen Republik die progressive Militärregierung Caamano
1966	Die CIA agiert als Drahtzieher eines Militärputsches, der zur Errichtung der reaktionären Militärdiktatur General Onganias in Argentinien führt
1967	Ermordung Che Gueveras durch die CIA in Bolivien
1971	Sturz der nationalrevolutionären Regierung Torres durch reaktionäre Putschgeneräle um Banzer und die CIA
1973	Die CIA tritt als Mitorganisator der Errichtung einer faschistischen Diktatur in Uruguay auf
1970–1973	Wirtschaftssanktionen, Terrorakte und andere konspirative Aktivitäten von ITT, CIA und Regierungsstellen der USA münden in die Organisation des Putsches gegen die chilenische Volksregierung unter Allende, in dessen Ermordung und die Etablierung einer faschistischen Diktatur

Einrichtungen der USA in Lateinamerika Leit- und Koordinierungszentren antikommunistischer Wühl­tätigkeit. Die USA-Botschaft in Brasilien hat allein 1000 Mitarbeiter; 200 von ihnen gehören der Militärmission an, und 415 Mitarbeiter leiten die neokolonialistischen Aktionen im wirtschafts- und kulturpolitischen Bereich<sup>39</sup>.

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft gebärdet sich das nordamerikanische Monopolkapital rücksichtslos denn je. Das allein schon stellt die ganze Reformpolitik in Frage. Als die Regierung Venezuelas ihre Absicht erkennen ließ, die Macht der nordamerikanischen Erdölkonzerne (Profirate 45 %) einzuschränken, reduzierten diese demonstrativ die Förderung und demontierten und verlagerten Förderanlagen. Die Imperialisten drohten der früheren bolivianischen Regierung Torres, falls diese ihren politischen Kurs nicht ändere, würden sie „strategische“ Zinnvorräte in Höhe von 7000 t auf den Weltmarkt werfen und einen radikalen Preissturz bewirken. Die Folgen der Dollarabwertung wurden auf die lateinamerikanischen Länder abgewälzt, deren Handel mit den USA weiterhin rückläufig ist. Die handelspolitischen Zusagen der USA wurden nicht erfüllt. Die US-Konzerne scheuen keine Mittel, um in die lateinamerikanische regionale Wirtschaftsplanung einzugreifen und sich die lukrativen Investitionsbedingungen auch für die Zukunft zu erhalten<sup>40</sup>.

## Dilemma der US-Lateinamerikapolitik

Der Bankrott der „neuen“ Lateinamerika-Politik Nixons war Anfang der 70er Jahre nicht mehr zu übersehen. „Südamerika entgleitet uns“ – stellte der Vorsitzende des New Yorker Ausschusses für panamerikanische Politik, G. Warney, resignierend fest<sup>41</sup>. Der Antiankeismus breitet sich in ganz Lateinamerika aus und ist zu einem nicht unwesentlichen Faktor der sozialen Revolution, zu einem wichtigen sozialpolitischen und psychologischen Faktor geworden. „Newsweek“ lamentierte: „Für USA-Bürger in Lateinamerika herrschen keine rosigen Zeiten. Angefangen vom Botschafter, der praktisch in Schutzhaft lebt und von einer Armee von Leibwächtern umgeben ist, bis zur Hausfrau mit ihrer Liste an Vorsichtsmaßnahmen – die Kinder dürfen nicht zweimal denselben Weg zur Schule gebracht werden, die Einkaufszeiten müssen jeden Tag verändert werden –, wird einem Amerikaner vielleicht schon verziehen, wenn er zu fühlen beginnt, daß er unter seinen lateinamerikanischen Nachbarn nicht willkommen ist“<sup>42</sup>. Sicherlich waren diese hysterischen Äußerungen übertrieben, aber doch recht symptomatisch.

Die Reaktionen der verschiedenen Flügel innerhalb der herrschenden Kreise der USA auf das Dilemma der nordamerikanischen Lateinamerika-Politik waren unterschiedlich. Die sich am meisten „bedroht“ fühlenden USA-Monopole drängten auf „größere Härte“. So erklärte der ehemalige (ebenfalls im Watergate-Skandal verwickelte) US-Finanzminister John Connally, die USA hätten in Lateinamerika „überhaupt keine Freunde mehr“, daraus gelte es „Folgerungen“ zu ziehen<sup>43</sup>.

Die für Reformen eintretenden Kreise wiederum meinten, Washington müsse sich endgültig entscheiden, „was nun wichtiger ist: die Verteidigung von kurzfristigen Wirtschaftsinteressen der USA oder langfristige Reformen, die schließlich zu einem stabileren Lateinamerika führen“<sup>44</sup>. Sie sahen ein unmittelbar erreichbares politisches Ziel in Lateinamerika darin, „Freunde“ zu gewinnen, wo es noch möglich ist. Wo es nicht mehr möglich ist, solle man versuchen, „korrekte diplomatische Beziehungen“ zu unterhalten und zu vermeiden, daß die USA in die Rolle des „Sündenbocks“ geraten<sup>45</sup>.

Sowohl die Verfechter der „harten“ als auch die der „reformistischen“ Linie der USA-Lateinamerika-Politik hielten und halten innerhalb und außerhalb Lateinamerikas Ausschau nach politischen Stellvertretern. Die USA-Regierung setzt vor allem auf Brasilien, das offenkundig als „Modellfall“ für ein antikommunistisches Bollwerk auf dem Kontinent ausgebaut werden soll. Allerdings müssen die USA die Hegemoniebestrebungen Brasiliens in Rechnung stellen. Die brasilianischen Militärs genießen jedoch das Vertrauen der USA, und so fließt nach Brasilien die Hauptmasse der nordamerikanischen Neuinvestitionen in Lateinamerika.

### Suche nach Stellvertretern

Den USA-Plänen in bezug auf Brasilien wirkt aber eine Reihe von Faktoren entgegen: Das brasilianische Volk und darüber hinaus die Völker Lateinamerikas haben den Sturz der rechtmäßigen Regierung Goulart im Jahre 1964, die an demokratischen Kräften in Brasilien begangenen Massaker nicht vergessen. Ungünstig für das Vorhaben der USA ist u. a. auch die Rivalität zwischen Argentinien und Brasilien. Die „Achse Brasilien-Argentinien“ funktioniert nicht mehr oder noch nicht so, wie gewünscht. Argentinien betrachtet sich als „natürlicher Führer“ des spanischsprachigen Teils Lateinamerikas und besonders der Andenstaaten. General Alejandro Lanusse stellte zwei Treffen mit Präsident Allende seinerzeit unter deutlich antibrasilianischen Aspekten demonstrativ heraus<sup>46</sup>.

Die herrschenden Kreise Brasiliens sind zwar bereit, antikommunistische Stellvertreterfunktionen auszuüben und die Rolle eines „Ordnungshüters“ zu spielen, erheben aber den Anspruch, Brasilien als Großmacht und gleichberechtigten Partner der USA anzuerkennen. Hieraus ergeben sich zahlreiche neue Widersprüche und Konfliktstoffe.

Das Dilemma der Lateinamerika-Politik der USA wurde im Frühjahr 1973 erneut deutlich, als der UNO-Sicherheitsrat in Panama-Stadt tagte und die Kanalfrage erörterte. Die Tagung spiegelte die weitgehende politische Isolierung der USA und ihrer treuesten Vasallen in Lateinamerika wider. Was hatte die US-Diplomatie nicht alles unternommen, um diese Tagung zu verhindern. Nun saß Washington auf der Anklagebank, in offener Konfrontation mit den meisten lateinamerikanischen Staaten, die von den Vertretern der sozialistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegung nachhaltig unterstützt wurden. Die Anklage gegen die USA war scharf formuliert: neokoloniale Politik, Boykott Kubas, rechtswidrige Stationierung von US-Truppen in Guantánamo und Annexion des Panamakanals, jenes „Tumors, der auf den Operationstisch gehört“ – wie General Omar Torrijos, der Präsident Panamas, sagte<sup>47</sup>. Der USA-Vertreter konnte sich nur noch in sein Veto flüchten.

So zeigten sich auch in Lateinamerika die Auswirkungen der Schwächung der USA-Positionen in der ganzen Welt, nicht zuletzt in Südostasien. Es offenbarten sich wiederum die allgemeine Krise des Kapitalismus, die Internationalisierung des Klassenkampfes.

Kaum war die aufregende Sitzung des UNO-Sicherheitsrates in Panama vorbei, läuteten in Washington erneut die Alarmglocken. Auf der OAS-Jahresversammlung vom 4. bis 14. April 1973 in der amerikanischen Hauptstadt forderte der Vertreter von Barbados, G. Moe, daß die USA den Boykott Kubas aufheben. Jedes Land Lateinamerikas – so führte er aus – müsse das Recht haben, über seine soziale Ordnung selbst zu befinden, ohne diskriminiert zu werden. Der damalige chilenische Außenminister C. Almeyda sprach sich für eine „radikale Reform“ der OAS und die Bildung einer lateinamerikanischen Organisation ohne die USA aus. Kolumbien, Peru, Argentinien, Jamaika und Venezuela unter-

stützten diesen Vorschlag. Der peruanische Außenminister Miguel de la Flor Valle forderte die Umwandlung der OAS in eine rein lateinamerikanische Interessenvertretung und die Verlegung des OAS-Sitzes von Washington in eine lateinamerikanische Hauptstadt. Die Krise des von den USA mühevoll zusammengemerkerten interamerikanischen Systems geht in seinen Zerfall über.

### Die Grenzen der US-Anpassungspolitik

Wenige Tage vor dieser OAS-Tagung hatten 21 lateinamerikanische Staaten in der „Deklaration von Quito“ ihre Entschlossenheit bekundet, ihr Erdöl und ihre anderen Bodenschätze vor dem Auslandskapital zu schützen<sup>48</sup>.



Unter diesen Bedingungen spitzen sich die Gegensätze zwischen den progressiven lateinamerikanischen Staaten und den USA rasch zu. Die Hektik und Nervosität der Monopolisten wachsen. Bereits am 18. April 1969 entwarf der Vorsitzende des US-Senatsausschusses für lateinamerikanische Angelegenheiten, Fascal, in einer Rede in Miami folgendes Bild für das Jahr 1985: „Ich sehe den Verlust von einigen Milliarden Dollar amerikanischer Investitionen in diesem Kontinent. Ich sehe den Verlust eines vitalen und expandierenden Marktes, der heute etwa 4,1 Mrd Dollar an amerikanischen Gütern und Produkten aufnimmt. Ich sehe für die USA den Verlust einer entscheidend wichtigen Quelle für strategische Materialien – Zink, Kupfer, Aluminium und Petroleum und Eisen –, abgesehen von Kaffee und vielen anderen Konsumgütern, die wir aus Lateinamerika importieren“<sup>49</sup>.

Die Entwicklung in Chile, Uruguay und Bolivien ließ erwarten, daß diese negative Prognose in Zukunft noch übertroffen werden würde. Auf Grund seiner Konzeptionslosigkeit ließ Washington der CIA und dem Pentagon freie Hand. In Bolivien, Chile und Uruguay wurde die konterrevolutionäre Notbremse gezogen, weil der USA-Imperialismus den sich ausweitenden Prozeß der sozialen Revolution in Lateinamerika mit anderen Mitteln nicht mehr aufzuhalten vermochte. Er ließ die Militärs in Aktion treten und seine Interessen wahrnehmen. Auch hier zeigen sich die Grenzen imperialistischer Anpassungspolitik. Der Kampf zwischen der „traditionalistischen“ und der „reformistischen“ Richtung in der US-Lateinamerika-Politik geht jedoch weiter. Washington steht unter Präsident Ford verstärkt am Pranger der demokratischen Weltöffentlichkeit. USA-Außenminister H. Kissinger erklärte, daß er seine ganze Aufmerksamkeit nunmehr Lateinamerika zuwenden werde. Angesichts der sich für den USA-Imperialismus weiter verschlechternden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gesamtlage sieht er seine Herrschaft bedroht, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß er bei erneuten Niederlagen in allen Teilen der Welt zu nervösen und „harten“ Maßnahmen greift, soweit es das internationale Kräfteverhältnis

nis zuläßt, auch wenn Präsident Ford und H. Kissinger der „langfristigen Systemsicherung“ den Vorzug geben wollen. Lateinamerika soll eine Vorzugsdomäne der USA, ihr „Rückhalt“ für die internationale Klassenauswechslung bleiben.

Das Wesen der räuberischen Lateinamerika-Politik der USA ist und bleibt unverändert. Es läßt sich in der Formel von Theodore Roosevelt, Präsident der USA von 1901 bis 1909, zusammenfassen: „Sprecht sanft mit ihnen, doch tragt stets einen dicken Knüppel bei euch!“

Jedoch zeigt sich, daß die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder sich auch nach den Ereignissen in Chile, Bolivien und Uruguay nicht länger im bisherigen Ausmaß einschüchtern läßt und sich gegen das „brasilianische Modell“ und eine erneute totale Vorherrschaft der USA zur Wehr setzt. Ausdruck hierfür war die Außenministerkonferenz von Tlatelolco im Februar 1974, auf der die meisten Länder von den USA größere Respektierung ihrer Souveränität und Gleichberechtigung verlangten, sowie die interamerikanischen Konferenzen 1975. Vor allem Peru, aber auch Panama, Mexiko, Kostarika, Argentinien, Ekuador, Venezuela und Kolumbien treten nachdrücklich für größere Unabhängigkeit von den USA, für Demokratisierung der OAS, vorteilhafte Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und ökonomische Zugeständnisse der USA ein. Diese müssen auch weiterhin lavieren, und H. Kissinger kündigte einen „neuen Dialog“<sup>50</sup> als taktische Anpassungsvariante an.

(Quelle: M. Uschner, Lateinamerika. Schauplatz revolutionärer Kämpfe, Frankfurt/M. 1975, S. 31–34 und S. 123–144)

#### Anmerkungen:

- 1 Vgl. Meshdunarodnaja Shisn, 1/1964, S. 47; A. Alexin, „Die stille Intervention der USA in Lateinamerika“, Kommunist 10/1970
- 2 R. Kaeseltz/F. Trappen/M. Uschner, Der antiimperialistische Kampf in Lateinamerika. Kleines Nachschlagewerk, Berlin 1973, S. 221
- 3 a. a. O., S. 220
- 4 Vgl. E. Mora Valverde, „Die wirtschaftliche Situation in Lateinamerika und die Entwicklung der Revolution“, Probleme des Friedens und des Sozialismus, 8/1965, S. 650
- 5 Vgl. „Die Ausfuhr der Entwicklungsländer und die imperialistische Wirtschaftspolitik“, DWI-Berichte 3/1964; M. Uschner, Entwicklungspolitik, Expansion, Globalstrategie, Berlin 1969, S. 133 ff
- 6 Vgl. CEPAL, Notas sobre la economia y el desarrollo de America Latina, 16. 2. 1969
- 7 Vgl. J. Jeljutin, „USA – Latin America: Equal Partnership?“, International Affairs, 2–3/1970, S. 66
- 8 Vgl. A. Hooge/B. Hütte, „Der Antiankeismus in Lateinamerika; K. Bollinger/R. Petrahn, „Ziele und Möglichkeiten der Lateinamerikapolitik der USA“, Deutsche Außenpolitik, 2. Sonderheft/1972, S. 151 u. 161 ff
- 9 Vgl. A. Alexin, „Die stille Intervention der USA in Lateinamerika“, a. a. O.
- 10 La Nación, 10. 8. 1969
- 11 Vgl. J. Jeljutin, „USA-Latin America: Equal Partnership?“, a. a. O.
- 12 L. Model, „The Politics of Private Foreign Investment“, Foreign Affairs, New York Juli 1967, S. 640 ff
- 13 Zit. nach: Deutsche Überseeische Bank, Wirtschaftsberichte über die iberamerikanischen Länder sowie Spanien und Portugal, Hamburg 1/1962, S. 15
- 14 Zit. nach: L. Becerra/J. Dickmann, „Außenpolitik des USA-Imperialismus und Lateinamerika“, Probleme des Friedens und des Sozialismus, 7/1970, S. 983
- 15 Vgl. K. Bollinger/R. Petrahn, „Ziele und Möglichkeiten der Lateinamerikapolitik der USA“, a. a. O., S. 160; G. Hinkel, „Die US-Militärhilfe – ein Instrument der Globalstrategie des USA-Imperialismus“, Deutsche Außenpolitik, 8/1968, S. 970 ff
- 16 W. Z. Foster, Abriß der Geschichte beider Amerika, Berlin 1957, S. 727
- 17 Vgl. G. Feige/H. Rudolf, „Strategische Konzeption der USA ist zum Scheitern verurteilt“, Deutsche Außenpolitik, 2. Sonderheft/1961, S. 195 f
- 18 Vgl. J. Lorenz-Schmidt, „Die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker Lateinamerikas“, Deutsche Außenpolitik, 2. Sonderheft/1961, S. 16
- 19 H. L. Matthews, „Die Vereinigten Staaten und Lateinamerika“, International Affairs, 1/1961
- 20 Zit. nach: Neue Zeit, 8. 10. 1971
- 21 J. F. Kennedy, Dämme gegen die Flut, Dusseldorf/Wien 1962, S. 214
- 22 Meshdunarodnaja Shisn, 4/1963, S. 86
- 23 Business Week, 3. 6. 1961
- 24 Vgl. W. Grabendorf, Lateinamerika – wohin?, München 1970, S. 149 f
- 25 The New York Times, 27. 11. 1963; L. B. Johnson, Botschaft über die Lage der Nation, USA, Bonn 1965
- 26 Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje odnoschenija, 1/1970
- 27 Vgl. M. Lebidinski, America Latina en la encrucijada de la decada de setenta, Buenos Aires 1970, S. 43 f
- 28 Vgl. M. Uschner, Entwicklungspolitik, Expansion, Globalstrategie, Berlin 1969, S. 74 f
- 29 Vgl. H. Bleckert, „Die ökonomische Integration Lateinamerikas im Lichte der Auseinandersetzungen zwischen der einheimischen Großbourgeoisie und dem USA-Imperialismus“, Lateinamerika, Semesterbericht der Sektion Lateinamerikawissenschaften der Universität Rostock, Herbstsemester 1968, S. 31 f
- 30 Vgl. A. Antonow, „Lateinamerika gegen die Vorherrschaft der USA“, Meshdunarodnaja Shisn, 7/1971
- 31 Vgl. Protocolo de Reformas a la Carta de la OEA, Documentos oficiales, Ser. A/2, Add. 2, Washington 1967
- 32 Vgl. A. A. Hooge/B. Hütte, „Der Antiankeismus in Lateinamerika“, Deutsche Außenpolitik, 2. Sonderheft/1972, S. 149 ff
- 33 Der 137 Seiten umfassende Expertenbericht des Rockefeller-Teams trug den pompösen Titel „Die Qualität des Lebens in den amerikanischen Staaten“ und unterzog die bisherige US-Lateinamerikapolitik einer kritischen Prüfung. Der Bericht sprach von „aufflammendem Nationalismus“ und einer bevorstehenden „sozialen und politischen Krise von alarmierenden Ausmaßen“, wodurch die USA Gefahr liefen, ihren dominierenden Einfluß zu verlieren, falls sie nicht zu einer Neubestimmung ihrer Lateinamerikapolitik fänden. Unter der Formel „Partnerschaft und Stabilität“ empfahl der Rockefeller-Bericht u. a.: nationalistische Tendenzen psychologisch geschickter abzufangen, das nordamerikanische Gesellschaftsmodell als Vorbild stärker zu propagieren, die „innere Stabilität“ der Länder durch eine „gemilderte“ Wirtschaftspolitik und eine verstärkte „militärpolitische Eindämmung zu festigen, was eine immense Aufrüstung dieser Länder zur Folge hatte, d. Red.
- 34 The New York Times, 1. 11. 1971
- 35 Iswestija, 20. 7. 1971
- 36 Vgl. Krasnaja Swesda, 24. 1. 1970
- 27 Vgl. Neues Deutschland, 8. 7. 1971
- 38 The New York Times, 25. 5. 1971
- 39 Vgl. Komsomolskaja Prawda, 14. 4. 1971
- 40 Vgl. K. Bollinger/R. Petrahn, „Ziele und Möglichkeiten der Lateinamerikapolitik der USA“, a. a. O., S. 162 ff
- 41 Iswestija, 20. 7. 1971
- 42 Newsweek, 3. 5. 1971
- 43 The New York Times, 18. 10. 1971
- 44 Newsweek, 3. 5. 1971
- 45 The New York Times, 18. 10. 1971
- 46 Vgl. Christian Science Monitor, 13. 4. 1972
- 47 Zit. nach: Berliner Zeitung, 25. 3. 1973
- 48 Vgl. Neues Deutschland, 8. 4. 1973
- 49 Zit. nach: K. Kannapin, „Das lateinamerikanische Dilemma der USA“, Horizont, Nr. 24/1971, S. 23
- 50 In den 70er Jahren erreichte das Streben der lateinamerikanischen Staaten nach uneingeschränkter Souveränität ein neues Stadium. Dem trug z. B. die Unterzeichnung eines interamerikanischen Rahmenabkommens Anfang 1974 durch US-Außenminister Kissinger Rechnung. In ihm waren die Grundlagen zur Ausarbeitung eines neuen Panama-Kanalvertrages dargelegt. Mit der Ablehnung dieses Rahmenabkommens durch 32 US-Senatoren schien es allerdings stark umstritten und führte zur Ernüchterung der lateinamerikanischen Staaten. Als schließlich bekannt wurde, daß die USA 8–11 Mio Dollar zum Sturz der Regierung Allende beigetragen hatten, erkannten die Regierungen Lateinamerikas in den verdeckten Operationen der CIA die Kehrseite der Münze des „neuen Dialoges“. Ende 1974 gar erklärte H. Kissinger, er halte eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unter „besonderen Bedingungen für möglich. Zur selben Zeit billigte der Kongreß ein neues Außenhandelsgesetz, welches in einer Klausel die Annullierung aller Zollvergünstigungen für erdölexportierende Staaten vorsieht, falls sie die Ölpreise erhöhen. Venezuelas Präsident Perez bezeichnete es als „Paradebeispiel wirtschaftlicher Aggression und politischen Drucks.“ Schließlich erzwangen Ende Juli 1975 auf der XVI. Konsultativtagung der OAS in San José die lateinamerikanischen Staaten mit überwältigender Mehrheit die Aufhebung des Boykotts gegen Kuba, d. Red. (zur jüngsten OAS-Konferenz in Santiago de Chile siehe Kurzinformationen in diesem Heft).

Michael T. Klare

# Militär- und Erdölpolitik der USA im arabisch-persischen Raum

Am 1. Januar 1975 ging ein Interview der Zeitschrift Business Week mit Henry Kissinger durch die Presse, in dem er ankündigte, daß die Vereinigten Staaten die Möglichkeit einer militärischen Intervention im Nahen Osten nicht ausschließen, wenn die arabischen Mitgliedsländer der OPEC (Organisation erdöl-exportierender Länder, d. Red.) drohten, die Industriestaaten zu „erwürgen“<sup>1</sup>. Während das Weiße Haus schleunigst dementierte, daß eine solche militärische Aktion erwogen worden sei, interpretierte die Mehrzahl der Beobachter Kissingers Erklärung als unverhüllte Drohung, in die Ölländer einzumarschieren, falls den Vereinigten Staaten der Zugang zu ihren Ölquellen erschwert würde.

Robert W. Tuckert, Professor der Johns-Hopkins-Universität und bekannter Kritiker der amerikanischen Intervention in Indochina, war der erste „Experte“, der diese Meinung vertrat. In der Januarausgabe 1975 des Commentary sagte er voraus, daß eine verheerende Weltwirtschaftskrise unausweichlich folgen werde, wenn die Ölpreise nicht sinken: Ausgehend von der vorhersehbaren Unwirksamkeit diplomatischer Schritte, müsse eine bewaffnete Intervention in Erwägung gezogen werden. Angesichts der wachsenden Unbeugsamkeit der OPEC, so meinte er, seien die Vereinigten Staaten berechtigt, sich der Ölfelder zu bemächtigen, um „die gegenwärtige Preisstruktur zu zerschlagen und den Kern des Kartells politisch und ökonomisch zu zerbrechen“<sup>2</sup>.

## Rechtfertigungen einer Intervention

Zwei Monate später vertrat in Washington ein Berater für Verteidigungsfragen, der als Miles Ignotus zeichnete, die gleichen Argumente. In einem Artikel des Harper's sah „Ignotus“ voraus, daß alle friedlichen Anstrengungen zur Durchsetzung einer Preissenkung scheitern müßten, wie auch jede neue Geste der „Besänftigung“ gegenüber der OPEC lediglich zur totalen „Verarmung“ der kapitalistischen Welt führe. Amerika habe keine andere Wahl als die Intervention<sup>3</sup>.

Andere Spezialisten veröffentlichten ebenso ausgearbeitete Artikel, um nachzuweisen, daß eine amerikanische Invasion der Ölfelder undurchführbar sei. In der Newsweek erwog Arnaud de Borchgrave, daß ein amerikanischer Angriff auf Saudi Arabien katastrophale Schäden an den Einrichtungen der ARAMCO zur Folge hätte, an den Raffinerien, den Ölleitungen, den Pumpstationen, den Öltanks und Hafenanlagen, die einen Wert von 20 Mrd Dollar darstellen: die arabischen Techniker . . . könnten Schäden herbeiführen, die nur in Jahren, nicht in Monaten repariert werden können“<sup>4</sup>.

All diese „Experten“ verschwiegen die wesentliche Tatsache: Amerikanisches Militärpersonal ist bereits in die Ölgebiete des Nahen Ostens eingedrungen, und amerikanische Techniker üben heute faktisch die Kontrolle über den Großteil der Streitkräfte am Golf aus. An Ort und Stelle sind Tausende „Söldner mit weißem Kragen“, die auf Grund der Nixon-Doktrin rekrutiert wurden, um die Montage, das Funktionieren und die Wartung der ausgetüftelten Waffensysteme im Werte von Milliarden Dollars zu gewährleisten, die in den letzten Jahren von den Ländern dieser Region bestellt worden waren.

Des weiteren haben die Vereinigten Staaten ihre Marineverbände in dieser Region wesentlich ausgebaut, so daß heute ihre Marine ständig als Bedrohung gegenwärtig ist. Entsprechend einer alten Tradition der Großmächte, die ihre Streitkräfte immer zur Einschüchterung und Nötigung der schwächeren Nationen zu benutzen wußten, hat Washington nicht gezögert, diese „Kanonendiplomatie“ im Mittleren Osten anzuwenden. Auch als



der Flugzeugträger Constellation am 24. November 1974 in den Persischen Golf eindrang (nur fünf Wochen vor der Veröffentlichung des Interviews von Kissinger in der Business Week), schenkten wenige Beobachter der Erklärung des Pentagon Glauben, wonach es sich nur um eine Routinefahrt zum „näheren Kennenlernen“ handle. Mit dem Hinweis, daß seit 1948 kein amerikanischer Flugzeugträger im Golf gekreuzt sei, bekräftigt der Christian Science Monitor, daß die Mission der Constellation den Zweck habe zu beweisen, daß Washington „weder die Drohung noch die tatsächliche Unterbrechung der Öllieferungen seitens der Staaten des Persischen Golfes akzeptieren werde“<sup>5</sup>.

## Operation „Alkali Canyon 73“

Trotz der Warnungen von de Borchgrave und anderer hat das Verteidigungsministerium schließlich detaillierte Invasionspläne für einen „Blitzkrieg“ im Nahen Osten erarbeitet<sup>6</sup>. Bereits im August 1973 hat das Pentagon die Operation Alkali Canyon 73 in der kalifornischen Wüste Mojave organisiert. Fünf Tage lang absolvierten die Marines (Marineinfanteristen, d. Red.) – viele von ihnen gehörten zu der im Mittelmeer stationierten 2. Division – Kampübungen unter ähnlichen Bedingungen, wie sie sie im Nahen Osten antreffen würden. Das Pentagon leugnete, daß diese Manöver in irgendeiner Beziehung zur amerikanischen Nahost-Politik stünden; dennoch bestätigten die meisten Teilnehmer bereitwillig, daß die Operation Alkali Canyon 73 die „Probe“ für eine Invasion in die Ölländer darstellte<sup>7</sup>.

Seitens der Vereinigten Staaten sind diese Pläne nicht Sache einer Laune oder eines Zufalls. Zu Beginn seiner ersten Amts-

periode hatte Richard Nixon angekündigt, daß der Nahe Osten Hauptgegenstand der amerikanischen Außenpolitik werde, wenn man in Indochina ein Abkommen abschliesse. Folglich hatte Henry Kissinger die Aufgabe, seine Bemühungen auf die Angelegenheiten des Nahen Ostens und die amerikanische Energiepolitik zu konzentrieren. Mit dem israelisch-arabischen Krieg vom Oktober (1973, d. Red.) und dem Ölembargo rückte diese Region ins Zentrum des weltweiten Interesses, was den Pressuregroups des Pentagon mit Unterstützung der öffentlichen Meinung erlaubte, größere Verteidigungskredite zu erwirken und die militärische Präsenz der Amerikaner in dieser Zone zu verstärken.

Die amerikanischen Ölimporte aus dem Nahen Osten machen bisher nur einen kleinen Teil des Gesamtverbrauchs der USA aus, aber sie erhöhen sich schnell und stellen zugleich eine wichtige Profitquelle der großen amerikanischen Erdölgesellschaften dar. Trotz der Ermunterungen seitens der Verwaltung, die Entwicklung der anderen Energiequellen zu beschleunigen, erlaubt tatsächlich nichts, eine „Unabhängigkeit“ der westlichen Welt vom arabischen Öl vorherzusehen. Wie Business Week während des Oktoberkrieges bemerkte, „wird die Welt mehr und mehr das arabische Erdöl kaufen, denn es besteht gegenwärtig keine zu ersetzende Energiequelle, die es erlaubte, den wachsenden Bedarf zu decken“<sup>8</sup>.

### Die großangelegten Unternehmen der US-Militärmacht

Ebenso bedeutend ist das Problem des strategischen Einsatzes dieser Region im globalen Ausgleich des Kräftegleichgewichts. Indem die Sowjetunion ihre Seestreitkräfte im Mittelmeer und im Indischen Ozean installierte und enge Bindungen mit den radikalen arabischen Staaten knüpfte, hat sie es erreicht, eine Bresche in die festgefügte Linie der antikommunistischen Garnisonsstaaten zu schlagen, die zur Zeit Trumans und Eisenhower errichtet worden war, um die Ausbreitung des Kommunismus in Eurasien „einzudämmen“. Gewisse Analytiker sind der Ansicht, daß die sowjetische Flottenexpansion, in Verbindung mit dem Einsatz der Erdölwanne durch die Araber, eine Bedrohung der Lebensfähigkeit der NATO darstelle. „Wenn es den Russen gelänge, den Nahen Osten zu ihrem Einflußbereich zu machen“, sah Wynfred Joshua vom Stanford Research Institute

1971 voraus, „so wäre dadurch das Kräftegleichgewicht in der Welt ernsthaft erschüttert. Für Washington würde das eine große politische und psychologische Niederlage bedeuten, die schwerwiegende Rückwirkungen auf die Stellung Amerikas in der ganzen Welt hätte“<sup>9</sup>.

Um den Vereinigten Staaten den Zugang zum Erdöl des Nahen Ostens zu sichern und die Vorherrschaft des Westens in dieser Region aufrechtzuerhalten, haben die Nixon- und Ford-Administrationen ein großangelegtes Unternehmen der amerikanischen Militärmacht im Mittelmeer, im Indischen Ozean und im Persischen Golf in Angriff genommen und gleichzeitig die Militarisierung ausgewählter lokaler Mächte beschleunigt. In einer „Zangen“-Bewegung, wie man sie klassischer nicht durchführen kann, haben sich die amerikanischen Streitkräfte allmählich vom Atlantik her nach Osten und vom Pazifik her nach Westen ausgebreitet, so daß die Region der OPEC eingekreist wurde.

**Im Mittelmeer:** Im Laufe des Jahres 1973 hat die Marine ihren 24. Geschwaderzug vom Stützpunkt Rota in Spanien nach Sigonella auf Sizilien verlegt und so einen wichtigen logistischen Brückenkopf am Rande der Konfliktzone errichtet. Zur gleichen Zeit gab Washington Pläne bekannt, die darauf abzielten, Anlandungsmöglichkeiten für Unterseeboote auf der Insel Maddalena vor der Küste Sardinien zu schaffen. Dann, ein Jahr später, machten amerikanische Kriegsschiffe, die an dem internationalen Unternehmen zur Räumung des Suezkanals beteiligt waren, Zwischenstation in Port Said (seit zwölf Jahren war dies das erste Mal, daß amerikanische Schiffe in einem ägyptischen Hafen einliefen)<sup>10</sup>. Die Übereinkunft – getroffen, um den Schiffen eine Zwischenlandung zu sichern – ist zeitlich befristet, dennoch erfolgt sie nach dem Abmarsch des größten Teils der sowjetischen Streitkräfte aus Ägypten und erlaubt sehr wohl Mutmaßungen über die künftige Zusammenarbeit zwischen Ägypten und den Vereinigten Staaten. Diese Bewegungen wurden von einer deutlichen Verbesserung der Kampfkraft der 6. US-Flotte begleitet, die sich mit allen neuen in den USA im Bau befindlichen Kriegsschiffen auszurüsten begann, darunter das mit Fernlenkgeschossen bewaffnete Patrouillenboot (PHM), der Hubschrauberträger vom Typ LHA für die Angriffshubschrauber der „Marines“ und das hypermoderne Geleitschiff vom Typ Spruance.

### Die Funktion der US-Kriegsmarine

**Im Indischen Ozean:** Nach der indisch-pakistanischen Konfrontation um Bangla Desh kündigten die Vereinigten Staaten an, eine regelmäßige Rotation der Flottengeschwader im gesamten Indischen Ozean zu organisieren, um „Flagge zu zeigen“ und den Willen Washingtons zur Verteidigung der Lebensinteressen Amerikas unter Beweis zu stellen. Drei Jahre später, nach dem von den Königreichen am Golf beschlossenen Erdölembargo, ließ Verteidigungsminister Schlesinger wissen, daß die amerikanischen Flottenverlegungen in dieser Region „häufiger und regelmäßiger als in der Vergangenheit erfolgen werden“<sup>11</sup>. Um diese neuen Aktivitäten in diesem Gebiet zu erleichtern, hat das Pentagon seine Einrichtungen zur Übermittlung von Seemannsberichten am Nordwestkap von Australien verbessert und einen neuen Stützpunkt auf der Insel Diego Garcia errichtet. Dieser letzte, mitten im Indischen Ozean gelegene Stützpunkt, schützt eine Nachrichtenstation, einen Flugplatz und Hafenanlagen. Im Januar 1974 hat die Marine Kredite in Höhe von 100 Mio Dollar zum Ausbau dieser Basis beantragt und trotz der erheblichen Einwände des Kongresses ist sie gerade dabei, ein Projekt zur Erweiterung der Hafeneinrichtungen zu realisieren, das die Aufnahme einer im Einsatz befindlichen Flugzeugträgerstaffel ermöglichen soll. Unter den anderen Initiativen in dieser Region wäre der Beginn von Verhandlungen mit Singapur zu nennen, um die Briten auf ihren alten Militärbasen abzulösen, sowie die Kontaktaufnahme mit Südafrika zum Zwecke des Austausches von Seemannsberichten im Indischen Ozean<sup>12</sup>.

Wenn auch alle diese Maßnahmen eine Stärkung der Wirksamkeit der amerikanischen Streitkräfte im Falle eines Konflikts in dieser Region zum Ziel haben, so ist doch klar, daß Washington damit zugleich beabsichtigte, die der Marine übertragene politische Rolle auszuweiten. Wie die Fahrt der Constellation in den Persischen Golf gezeigt hat, haben die Vereinigten Staaten be-



gonnen, ihre Seestreitkräfte zur Einschüchterung und zur Ausübung von Druck gegenüber den afrikanischen und asiatischen Küstenstaaten zu benutzen. Wenn die Marine also aufgefordert ist, eine Schlüsselrolle zu übernehmen, dann, weil allein sie in der Lage ist, zum Mittel der Gewalt zu greifen – oder es anzu drohen –, ohne daß die amerikanischen Soldaten direkt intervenieren müssen. Für die amerikanischen Strategen gehört diese Art der „Machtdemonstration“ in den ehemaligen Kolonialländern, die in ihrer Geschichte Angriffe vom Meer über sich ergehen lassen mußten, zu den wirksamsten Mitteln, zu den wirksamsten Mitteln. „Für den Bürger einer Gesellschaft, deren Technologie weniger entwickelt ist“, erklärte Admiral Elmo Zumwalt Jr. mit einer hervorstechenden Offenherzigkeit, „ist nichts so wirkungsvoll wie der Besuch eines Geleitschiffes“<sup>13</sup>.

Wie die Operation Alkali Canyon 73 es bereits ahnen ließ, wurde der Aufbau des amerikanischen Seestreitkräftepotentials im Raum Mittelmeer – Indischer Ozean gleichzeitig mit einer Abklärung neuer Strategien und neuer Techniken zur direkten Intervention im Nahen Osten begleitet. Die Verteidigungsposition, die die Verantwortlichen der Verwaltung favorisierten, sah die Schaffung von Brigaden und Elitedivisionen vor, die in den Vereinigten Staaten und den Schlüsselbasen im Ausland (Okinawa, Westdeutschland) stationiert und in einigen wenigen Stunden bis in die entlegensten Punkte mitsamt ihren ganzen Ausstattungen (Gewehre, Raketen, Munition) in Bewegung gesetzt werden könnten.

Aber diese neue Strategie, die darin besteht, Elitestoßtruppen zu verwenden, kann nur gelingen, wenn Soldaten und Ausrüstungen schnellstens zu einem entlegenen Schlachtfeld transportiert werden können, und zwar in einer Frist von nur wenigen Stunden nach dem Ausbruch der Krise. Nach den neuen Planungen des Pentagons (US-amerikanisches Verteidigungsministerium, d. Red.) würden die Einheiten, die in den USA stationiert sind, (etwa die berüchtigte 82. Luftlandedivision), in riesige Düsenflugzeuge verfrachtet werden, die sie ohne Aufenthalt in die Kampfzone fliegen würden, wo sie unverzüglich in die Auseinandersetzungen eingreifen könnten. Sobald der Konflikt eingedämmt und die politische Situation im Sinne Amerikas bereinigt ist, werden die amerikanischen Truppen den Landeplatz wiederaufsuchen und sich in die USA auf ihre Basen zurückfliegen lassen.

In einem 1975 in Harper's veröffentlichten Artikel, beschrieb der Pentagon-Berater Miles Igotus wie diese Szenerie einer „Schnellen Entfaltung“ im Persischen Golf aussähen könnte:

„Nachdem sie unverzüglich die USA verlassen hätten und nur eine kurze Zwischenlandung zum Auftanken in Israel machten, würden sich die Transport-Düsenjäger C-5 und C-141 geradewegs in Richtung Dharhan wenden und Saudi Arabien überfliegen . . . Ein oder zwei Fallschirmspringer-Bataillone würden abspringen, um sich des Flugplatzes von Dharhan zu bemächtigen und um die amerikanischen Niederlassungen herum, die sich in einiger Entfernung davon befinden, Position beziehen. Nach der Sicherung des Flugplatzes könnten die Fallschirmspringer die anderen Flugzeuge mit dem Rest der Soldaten einweisen . . . Die ersten Ziele dieser Truppen wären die Hafendämme von Ras-Tanura und die Nachschublager . . . Die mechanisierten Luftlandetruppen könnten die Kontrolle über bestimmte Installationen der Ölfelder von Ghawar ausüben (und) sich außerdem des ganzen Ölfeldes von Abqaiq in der Nähe bemächtigen.“

Die gesamte Operation, schließt der Bericht ab, könnte in gut drei Tagen ausgeführt werden<sup>14</sup>.

Obwohl schon davon zu Beginn der 60er Jahre die Rede war, wurde die Theorie der „Schnellen Entfaltung“ erst mit der Inbetriebnahme von Transportdüsenflugzeugen wie der Boeing 747 und der Lockheed C-5 A Galaxy anwendbar. Die C-5 A ist das größte und stärkste Flugzeug der Welt. Laut Senator Barry Goldwater kann es „leicht 67 Cadillacs unterbringen oder 6 Busse vom Typ Greyhound oder 1000 Personen oder 88 Volkswagen“<sup>15</sup>. Es kann auch mehr als 125 Tonnen an militärischen Ausrüstungen zu jedem beliebigen Schlachtfeld transportieren. Der Senator George Murphy bemerkte bereits 1970, daß die C-5 A „entwickelt wurde, um Truppen der Heeresstreitkräfte in ganzer Ausrüstung schnell in alle Teile der Welt transportieren zu können, ohne eine Service-Zwischenlandung oder besondere Vorberei-

tungen des Landemanövers in Anspruch zu nehmen, wenn sie einmal am Bestimmungsort angelangt sind. Wir können eine vollständig ausgerüstete Armee, die sofort in Aktion treten kann, mit großer Geschwindigkeit in alle Teile der Welt schicken“<sup>16</sup>.

### Einsatz hypermoderner Waffensysteme und -techniken

Mit der C-5 A und ihrer auf Flugzeugträgern beruhenden Luftflotte verfügen die Vereinigten Staaten über Interventionskräfte mit einer Luftmobilität und Schlagkraft, die beispiellos ist. Aber dies allein könnte nicht den Erfolg einer Invasion sichern ohne die Soldaten der Landungstruppen. Wenn man die reduzierte Effektivstärke und die politischen Zwänge, die auf der Verwendung von Bodestreitkräften in ausgedehnten Konflikten lasten, in Rechnung stellt, muß das Pentagon die gesamte ins Ausland entsandte Armee mit einer hinreichenden Überlegenheit hinsichtlich ihrer Kampfkraft versehen, damit sie innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums über die feindlichen Kräfte, die zahlenmäßig stärker sind, siegen kann.

In von der Armee ausgewählten Laboratorien untersucht und berechnet man mittlerweile verschiedene Bestandteile dieser „Armee mit neuen Aufgaben“, die wie eine Maschine funktionieren wird. Das Pentagon bemüht sich im besonderen, „den Wahrscheinlichkeitsgrad des Tötens“ zu erhöhen, den die existierenden Bewaffnungssysteme haben. Es geht darum, zu einer „Sicherheit des Tötens auf den ersten Schlag“ zu kommen, d. h. hundertprozentige Chance zu gewährleisten, daß jede Kugel, jede Granate und jede Rakete ihren Zielpunkt trifft. Was beispielsweise die Artillerie und die Raketenbewaffnung angeht, wird der Akzent auf die Höchste Präzision der Flugtechnik gelegt („intelligente Bomben“), mit der man auf den Kopf einer Stecknadel zu zielen vermag<sup>17</sup>.

Während des Oktoberkrieges 1973 wurden die meisten dieser neuen Waffen mit sowjetischen konfrontiert, was mörderische Resultate auf beiden Seiten zur Folge hatte: 10 000 Tote und Verwundete, mehr als 2000 Tanks und 500 Flugzeuge, die die beiden Kontrahenten in nur 17 Tagen der Schlacht verloren. Und da diese Waffen nunmehr die „gängige Ausrüstung“ der Kampfeinheiten Amerikas ausmachen, kann man ohne Selbsttäuschung voraussagen, daß ein neuer Konflikt im Nahen Osten, an dem amerikanische Kräfte teilhaben, ähnliche Ergebnisse zeitigen wird, was die Gewaltanwendung und die Zerstörung angeht.



Gerald Ford und Waffenkäufer Shah Reza Pahlawi



Luftwaffenbasis in Saudi Arabien und US-Militärberater

1975 brachten die amerikanischen „Ledernacken“ bei einer simulierten Invasion in die arabischen Ölfelder die ganze Palette der neuesten „intelligenten“ Munitionssysteme zur Anwendung. Nach Meinung von Beobachtern stellte das Manöver, das Operation Alkali Canyon 75 getauft wurde, eine Synthese aus dem Konzept des „Schnellen Schlages“ und der hochentwickelten Technologie dar, die von den israelischen Streitkräften in den letzten Tagen des Oktoberkrieges verwendet wurde. Aber während sich die „Ledernacken“ noch mühten, das Schlachtfeld im Sinai zu rekonstruieren, bereitete das Pentagon bereits eine mögliche Invasion am Persischen Golf vor: der offiziellen Planung des Manövers gemäß, bestand die Aufgabe der „Ledernacken“ darin, sich „der Hafenstadt Bendali zu bemächtigen, die von hohem Interesse ist, weil sie wichtige Ölraffinerien und einen strategischen Flugplatz besitzt“, während die „befreundeten Streitkräfte von neuem die Kontrolle über das Gebiet von Sevilla übernahmen“<sup>18</sup>.

#### Die „neuen Gendarmen“ Iran und Saudi Arabien . . .

Obwohl Washington augenscheinlich sofort in jedem neuen Konflikt im Persischen Golf einzugreifen vermag, besteht seine bevorzugte Formel darin, bestimmte befreundete Staaten – besonders den Iran und Saudi Arabien – als regionale „Polizeimacht“ zu erwählen, die die Stabilität aufrechterhalten und den Zugang Amerikas zu den Ölreichtümern der Region schützen können. Der Unterstaatssekretär Joseph J. Sisco sollte dies später in Erinnerung rufen: als die Briten bekanntgaben, daß sie ihre Streitkräfte aus dem Golf abziehen würden, „haben wir uns gefragt: was werden die Vereinigten Staaten unter Bezugnahme auf die ‚Nixon-Doktrin‘ tun, um zur Stabilität in diesem Gebiet beizutragen?“ Da nun aber eine direkte amerikanische Präsenz inakzeptabel war, „haben wir uns zu dem Versuch entschlossen, die beiden Schlüsselstaaten in dieser Zone – den Iran und Saudi Arabien – zu ermutigen und ihnen zu helfen, damit, in dem Maße in dem wir (ihre) Zusammenarbeit stimulieren, sie die

wichtigsten Elemente der Stabilisierung bilden, und zwar in dem Maße, in dem die Briten abrücken“<sup>19</sup>.

Seit langem war der Iran ein wichtiges Kettenglied innerhalb der Allianzen des „Kalten Krieges“, die den sowjetischen Einfluß in Eurasien „eindämmen“ sollten; und der Schah hat sich konstant gegen einen Zuwachs sowjetischen Einflusses im Golf zur Wehr gesetzt.

Als Washington die militärische Rolle des Iran zu entwickeln suchte, um ihm die Rolle eines Polizisten in der ganzen Region des Golfes zu sichern, fand es geeignete Gesprächspartner in Teheran, wo der Schah grandiose Festlichkeiten organisiert hatte, um die Wiedererstehung des „Großen Persischen Reiches der Vergangenheit“ zu feiern.

Im Jahre 1971 bemächtigte sich der Schah mehrerer kleiner Inseln in der Meerenge von Hormuz (Abou Moussa und die beiden Tumb-Inseln), die von den Vereinigten Arabischen Emiraten beansprucht wurden, und iranische Kommandos wurden nach Dhofar entsandt, um Oman bei der Niederschlagung der aufständischen Rebellen zu helfen. Heute verfügt der Schah über die stärksten Flottenverbände des Golfes, und er hat Projekte angekündigt, die auf eine Ausweitung des „Verteidigungsradius“ des Iran bis in den westlichen Teil des Indischen Ozean zielen (er hat bereits mit der Regierung von Mauritius verhandelt, um sich dort eine Basis zu sichern).

Zwischen 1973 und 1975 hat Teheran für ungefähr 10 Milliarden Dollar Aufträge an die USA vergeben, um sich hochentwickelte militärische Ausrüstungen und die entsprechenden Wartungs- und Versorgungssysteme zu sichern. Die Rüstungsimporte des Iran sind nicht nur wegen ihrer Kosten und ihrer Menge von Bedeutung (es wurden mehr als 667 Flugzeuge und 505 Hubschrauber importiert), sondern auch wegen der Verschiedenheit und dem hohen technischen Standard des Materials. So hat der Schah Kampfbomber (Phantom F-4), Aufklärungsflugzeuge (die RF-4 und die Orion P-3 C), Hubschrauber mit Bordwaffen (die Sea-Cobra AH-1 J), Begleitflugzeuge (die DD-963) und eine Menge von Raketen (Phoenix Maverick, TOW, Harpoon, Hawk) bestellt – kurzum „eigentlich alles, außer der Atombombe“, wie

eine offizielle Persönlichkeit der Regierung bestätigte<sup>20</sup>.

### ... werden durch die USA aufgerüstet

Wenn alle an die USA ergangenen Aufträge abgewickelt sind, wird der Iran über die stärkste militärische Schlagkraft in dieser Region vom Mittelmeer bis zum Indischen Ozean verfügen und kann sich damit zu den zehn militärisch am besten gerüsteten Mächten der Welt rechnen.

Saudi Arabien konnte erst in den letzten Jahren zu einer mächtigen Kraft in dieser Region aufsteigen, aber schon sind die USA darum bemüht, diesem Staat einen modernen militärischen Apparat zu liefern. Etwa 2500 militärische und zivile Techniker aus den Vereinigten Staaten befinden sich im Lande, um den saudischen Soldaten den Gebrauch dieser neuen amerikanischen Waffen beizubringen, die im Lieferungsprogramm des Pentagon vorgesehen sind. Saudi Arabien muß mehrere Milliarden Dollar für Waffenkäufe in den USA in den nächsten Jahren aufbringen, und die Gesamtkosten dürften am Ende sehr viel höher liegen.

Im Moment bemüht man sich vorrangig um die Entwicklung der Defensivkapazitäten des Landes, aber die Lieferung von Kampfschiffen und -flugzeugen des Typs F-5 E gibt ihm auch die Möglichkeit, an der Polizistenrolle in der gesamten Golfregion zu partizipieren – wozu Washington natürlich kräftig ermuntert. „Wir glauben, daß Saudi Arabien ein Mäßigungsfaktor in dieser Gegend gewesen ist“, sagte Joseph J. Sisco vor einer Unterkommission des Kongresses im Jahre 1973. „Wir glauben, daß es von gegenseitigem Interesse für Saudi Arabien und die USA ist, daß die Kräfte der Mäßigung in dieser Zone die Oberhand behalten“<sup>21</sup>

Die amerikanische Strategie im Golf bezieht sich also darauf, wie wir gesehen haben, das regionale Gleichgewicht zu erhalten, ohne daß sich die Notwendigkeit ergäbe, dort eine andauernde amerikanische Militärpräsenz einzuführen. Selbstverständlich ist dies ein Plan, der einige Risiken und Unsicherheiten beinhaltet.

Die größte Schwäche dieser Strategie liegt zweifellos in der Tatsache, daß sie vom Bestand eines Netzes von Allianzen abhängt, das aus instabilen Faktoren zusammengewebt ist, die sich zudem untereinander befehden. So setzen nämlich die amerikanischen Vorhaben eine militärische Kooperation zwischen Saudi Arabien und dem Iran voraus – deren Interessen und Ambitionen sich eines Tages diametral entgegenstehen können.

Auf dem Sinai konnten die Vermittlungsanstrengungen Herrn Kissingers einen Aufschub erreichen, allerdings ohne eine Garantie für einen dauerhaften Frieden bieten, weil nämlich jede neue Konfrontation andere „Kunden“ Amerikas in den Konflikt mit hineinziehen könnte. Die Zypernkrise 1975 hat dies sehr gut gezeigt; nämlich dergestalt, daß zwei an einem Konflikt beteiligte Parteien, die von den USA bewaffnet und beraten werden, weder eine Garantie dafür bieten, daß sie sich nicht gegenseitig bekriegen, noch daß ihre Regierungen gegen interne Angriffe gefeit sind.

### Gefahr einer Eskalation der Gewalt am Persischen Golf

Noch weitere Probleme belasten die Interventionspläne des Pentagon. Die neuen Drehbücher sehen vor, daß die reduzierten amerikanischen Streitkräfte sehr schnell die Initiative zur Schlacht ergreifen und alle ihre technischen Vorteile ausnützen sollten – Feuerkraft, Mobilität, Kommunikationstechnik –, um zahlenmäßig überlegene Gegner zu schlagen.

Diese Strategie bringt als größte Gefahr die mit sich, daß der Sicherheitsspielraum, der von der Gleichheit der Truppenstärke und der Feuerkraft abhängt, extrem labil ist. Wenn man annimmt, daß in einer möglichen Krise die amerikanischen Interventionskräfte auf einen beeindruckenden feindlichen Widerstand stoßen, so bleibt dem amerikanischen Kommando nur die Wahl zwischen Abzug oder Eskalation. Bei einer Schwäche der Truppenstärke nun ist die Form der Eskalation höchstwahrscheinlich im Bereich der Feuerkraft anzusiedeln. Im Unterschied zu dem, was in Vietnam passiert ist, kann das Pentagon

seine Truppenstärke nicht an die des Feindes angleichen; es muß immer stärkere und mörderischere Waffen einsetzen.

Diese gefährliche Situation wird noch durch die Konkurrenz unter den industrialisierten Großmächten kompliziert, die den Öl-Königtümern soviel Waffen wie möglich verkaufen wollen. Die Vereinigten Staaten haben dem Iran „schon alles außer der Atombombe“ verkauft, während Saudi Arabien und Kuwait ihr Vorhaben kundgetan haben, für mehrere Milliarden Dollar hochentwickeltes Rüstungsmaterial zu kaufen.

Was eines Tages unter diesen Bedingungen geschehen kann, ist, daß anläßlich eines begrenzten Konflikts eine Kettenreaktion der Gewaltanwendung ausgelöst wird, die alle Mächte der Region – und auch die großen – in einen ungeheuren allgemeinen Brand hineinreißen könnte, der die Ölfelder in Flammen aufgehen und alle Reichtümer zerstören würde, die die kriegführenden Parteien an sich zu reißen versuchten.

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, März 1975)

### Anmerkungen:

- 1 Vgl. Business Week, 13. 1. 1975, S. 67-76
- 2 Robert W. Tucker, „Oil: the Issue of American Intervention“, in: Commentary Januar 1975, S. 21-31
- 3 Miles Ignotus, „Seizing Arab Oil“, in: Harper's, März 1975, S. 45-62
- 4 Arnaud de Borchgrave, „Intervention Wouldn't Work“, in: Newsweek, 31. 3. 1975, S. 48/49
- 5 Christian Science Monitor, 26. 11. 1974
- 6 So deutete U. S. News and World Report am 2. 12. 1974 an: „Hohe politische Verantwortliche in der Verwaltung versagen es sich nicht, die Möglichkeit einer bewaffneten Aktion seitens der Vereinigten Staaten zu diskutieren, für den Fall, daß die Ölkrise ihrer Kontrolle entgleitet.“ („Will U. S. Seize Mideast Oil“ S. 18-20)
- 7 „The Marines Battle for Argos“, in: Time, 27. 8. 1973, S. 24
- 8 „The New Economics in the Middle East“, in: Business Week, 20. 10. 1973, S. 78
- 9 Wynfred Joshua, „Soviet Penetration into the Middle East“, National Strategy Information Center, New York 1972, S. 5
- 10 Kongreß der Vereinigten Staaten: „Joint Military Construction Authorizations“, Finanzjahr 1973, Hearing, 92. Kongreß, 2. Sitzung 1972, S. 264; The New York Times, 2. 10. 1972 und 2. 4. 1974; Sea Power, August 1974, S. 36/37
- 11 Zitiert in Sea Power, Dezember 1973/Januar 1974, S. 35
- 12 The New York Times, 12. 4. 1969, 22. 1. 1974 und 29. 7. 1975; The Washington Post, 26. 1. 1975; The Wall Street Journal, 4. 4. 1974; The Christian Science Monitor, 10. 5. 1974 und Sea Power, Dezember 1974, S. 9
- 13 Pressemitteilung der amerikanischen Marineabteilung 13. 12. 1972
- 14 Miles Ignotus, „Seizing Arab Oil“, Harper's, März 1975, S. 52
- 15 Congressional Record, 16. 12. 1961, S. 16804
- 16 Congressional Record, 18. 8. 1970, S. 13577
- 17 Vgl. John T. Burke, „Smart Weapons: A coming Revolution in Tactics“, Army, Februar 1973, S. 10-15 und ders., „Precision Weaponry: The Changing Nature of Modern Warfare“, Army, März 1973, S. 12-16
- 18 Pacific News Service, 22. 9. 1975
- 19 US-Congress, House of Representatives, Commission of Foreign Affairs, Subcommission on the Middle East and on Southasia, New Perspectives on the Persian Gulf, Hearings, 93. Kongreß, 1. Sitzung, S. 5/6
- 20 Zit. nach: New York Times, 20. 5. 1973. Zur Einschätzung und Präzisierung s.: Dale L. Tahtinen, Arms in the Persian Gulf, American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington 1974
- 21 New Perspectives on the Persian Gulf, a. a. O., S. 12



# Libanon-Palästina

Mit dem Einmarsch Syriens in den Libanon am 31. Mai d.J. hat sich die Lage im Libanon dramatisch zugespitzt und das Blutvergießen noch verstärkt. Der Vormarsch der syrischen Panzer- und Infanterieverbände in einer geschätzten Stärke von 12.500 Mann richtete sich gegen Einheiten der palästinensischen Befreiungsbewegung und der libanesischen Linksmilizen, die massiven militärischen Widerstand leisteten. Zu schweren Gefechten kam es dabei auch zwischen der syrischen Intervention unterstützenden Palästinenserorganisation Saika und der stärksten PLO-Organisation, Al Fatah.

Die Arabische Liga beschloß auf einer Sonderkonferenz am 9./10. Juni d.J. einen Friedensplan, der zur Waffenruhe, zum Abzug der syrischen Interventionsarmee und zur Entsendung einer arabischen Friedensstreitmacht (mit Truppen aus Libyen, Algerien, Sudan und der PLO) sowie das Zusammentreten einer Friedenskonferenz der Bürgerkriegsparteien Libanons unter Vorsitz des neugewählten, allerdings - wegen Frangiehs Rücktrittsweigerung - noch immer nicht amtierenden libanesischen Staatspräsidenten und "gemäßigten" Christen Sarkis. Doch lehnt die christliche Rechte die Initiative der Arabischen Liga ab, bleibt zur Stunde der syrische Armeerückzug ebenso wie die Einsatzfähigkeit der arabischen Friedensstreitmacht im Ungewissen und die Ende Mai von dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing offerierte Intervention französischer Truppen (hiermit sympathisiert die libanesischen Rechte) eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Die Forderung nach dem Abzug Syriens, der Respektierung der Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon und nach der Verteidigung der libanesischen Positionen des palästinensischen Widerstandes sind von hoher Dringlichkeit. Die Haltung der Palästinensischen Befreiungsbewegung zur Lösung des Libanonkonflikts und ihre Ablehnung des syrischen Militärinterventionismus findet sich in nach wie vor gültiger Form in einer 5 Punkte-Erklärung des PLO-Exekutivkomitees vom 14. Mai 1976 (s. Interview mit Zaid Alawe).

Zweifellos hat die durch die syrische Intervention ausgelöste militärisch-politische Konfrontation zwischen Syrien und der palästinensischen Widerstandsbewegung als den gegenwärtigen antiimperialistischen Hauptparteien im Nahostkonflikt nach dem Ausscheren Ägyptens aus der gemeinsamen Kampffront gegen Washington - Tel Aviv (Sinaiabkommen im Oktober 1975) nun einen zweiten empfindlichen Schlag versetzt. Wie es zur "Krise" der libanesischen Linken und der PLO mit Damaskus kam, wie die widersprüchliche Libanonpolitik der syrischen Führung zu erklären ist, darüber gibt die von uns ungekürzt wiedergegebene Einschätzung von Georges Haoui, Sekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, Aufschluß.

Die Haltung der PLO zur Libanonfrage und die Wertung der Widerstandsbewegung der Palästinenser in den von Israel okkupierten arabischen Gebieten hat das AIB-Interview mit dem Mitglied des Zentralkomitees der Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (FDLP), Zaid Alawe, zum Gegenstand. Zaid Alawe, der sich in der zweiten Maihälfte auf einer Rundreise in der Bundesrepublik aufhielt, gibt eine Charakterisierung der gegenwärtigen Protestbewegung und des Wahlausgangs im Westjordangebiet, der Rolle der Palästinensischen Nationalen Front und begründet die Vordringlichkeit der Forderung eines unabhängigen Palästinenserstaates. In einer redaktionellen Beifügung finden sich ergänzende Informationen über die FDLP als einer der bedeutendsten Palästinenserorganisationen.

**Georges Haoui**

## Warum der Krieg im Libanon?

Seit dem ersten Tag des Konflikts hatte unsere Partei betont, daß die palästinensische Frage die wesentliche Ursache ist, obgleich die Probleme, die sich im Libanon entwickelt haben, hier ebenfalls eine Rolle spielen. Diese Probleme sind mit dem kapitalistischen und halbfeudalen Regime unseres Landes verbunden.

Nach der Unterzeichnung des Sinai-Abkommens zwischen Ägypten, Israel und den Vereinigten Staaten wurde deutlich, daß die palästinensische Widerstandsbewegung ein ernstes Hindernis für die amerikanische Nahostpolitik bleiben würde.

Die Palästinenser konnten immer eine unabhängige Stellung beziehen, und sie hatten dafür die Unterstützung der arabischen Massen und insbesondere die der Mehrheit der libanesischen Bevölkerung. So waren sie in der Lage, Vorschläge, die ihnen unterbreitet wurden, zu akzeptieren oder abzulehnen. In Wirklichkeit stellte sich die Alternative für die Widerstandsbewegung folgendermaßen: entweder die amerikanische Lösung zu bekämpfen oder aufzugeben.

Zu diesem Problem kam das der inneren ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse



des libanesischen Regimes, das die klassenbedingte Diskriminierung mit der konfessionellen Diskriminierung verband. Ein soziales Regime, dessen Hauptwiderspruch zwischen der kapitalistischen Struktur und der ihr eigenen Entwicklungsdynamik einerseits besteht, und das zum anderen politisch ein zurückgebliebenes halbfeudales System darstellt, das seit Beginn dieses Jahrhunderts existiert.

Als durch den Konflikt die nationale Frage gestellt wurde, traten all diese Widersprüche zutage

### **Das imperialistische Komplott**

Seit den ersten Auseinandersetzungen wußten wir sehr genau, daß es sich nicht nur um das Komplott einer rechtsextremen Partei, der Partei der Phalangisten, handelte. Diese Partei war im Grunde genommen nur das Werkzeug der arabischen und internationalen reaktionären Kräfte. Dementsprechend haben wir den Kampf mit klaren Zielen geführt: das imperialistische Komplott zu Fall zu bringen, den palästinensischen Widerstand und die Demokratie im Libanon zu schützen, die Einheit des libanesischen Volkes und Territoriums zu retten sowie die Beziehungen zu verstärken, die uns mit den anderen arabischen Völkern verbinden.

Bis jetzt ist es den fortschrittlichen libanesischen Parteien durch die Verbindung mit dem palästinensischen Widerstand gelungen, die Pläne der Reaktion zu vereiteln, die von den Phalangisten, von der nationalen liberalen Partei Camille Chamouns, von dem Präsidenten Frangieh und der Armeeführung repräsentiert werden.

### **Die progressive Bewegung und die christlichen Massen**

Wir konnten diese terroristische Welle zurück schlagen und jetzt kontrolliert die fortschrittliche Bewegung mehr als 80% des Gebietes und mehr als 75% der Bevölkerung des Libanon. Und im Gegensatz zu dem, was man in der westlichen Presse schreibt, befinden sich mehr als die Hälfte der Christen in diesen Gebieten, ohne daß sich dadurch das geringste Problem ergibt. Es handelt sich nicht darum, hier ein "fortschrittliches" Regime zu etablieren, wie behauptet wird. Das würde uns, seitdem der Staatsapparat zusammengebrochen ist, zusätzliche Schwierigkeiten einbringen.

Unsere Verbindungen mit dem palästinensischen Widerstand haben die Natur unseres Kampfes beeinflußt. Die Palästinenser denken nicht daran und werden auch niemals daran denken, im Libanon eine Regierung zu schaffen, welcher Art sie auch sei. Diese Frage ist nicht ihre Sache, und sie sind sich darüber im klaren. Andererseits haben sich die fortschrittlichen Parteien auch immer gegen "links"radikale Tendenzen gewandt, die bis zum Abenteuerium gehen. Bestimmte nihilistische Aspekte, die sich in der Volksbewegung gezeigt haben, resultieren aus der Tatsache, daß die fortschrittlichen Parteien die Massen nicht im Hinblick auf die Machtübernahme mobilisiert haben. Sie haben den Verwaltungsapparat nie als ihr Eigentum betrachtet.

### **Wer sind die Abenteurer im Libanon?**

Wir haben uns immer für eine friedliche Lösung eingesetzt, und wir haben keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um dies zu erreichen. An den Waffenstillstand haben wir niemals Bedingungen geknüpft. Wir suchen weiterhin eine politische Lösung um jeden Preis - außer um den, den die Reaktion verlangt. Die Syrer, die uns des Abenteueriums beschuldigen, kennen unsere Position sehr gut. Sie wurde während der Vertrauenskrise zwischen der fortschrittlichen libanesischen Bewegung und den syrischen Führern mehrere Male bestätigt. Sie sind sich darüber einig, daß die fortschrittlichen libanesischen Parteien realistisch und weit davon entfernt sind, eine extremistische Politik zu betreiben. Nach 14 Monaten Kampf gibt es, mit den Ergebnissen, die wir erzielt haben, von unserer Seite aus keinen Versuch, einen Staat und eine neue Verwaltung zu errichten. Das zeigt, daß unsere Praxis mit unseren politischen Aussagen übereinstimmt.



Abgewählter Präsident Frangieh

Es waren im Gegensatz dazu die Phalangisten und die Ultras, die versucht haben, den Regionen, die sie beherrschen, ihr Gesetz aufzuzwingen. Ihre Milizen haben ein Organisationssystem aufgebaut, das eine Art Staat bildet. Mit dem Zerfall der Armee rechneten sie auf die Militärs, die sich zu ihnen gesellen würden, um eine separatistische Macht zu installieren.

### **Die unrühmliche Rolle Ägyptens**

Wir sind immer für einen Kompromiß gewesen, und dafür kämpfen wir noch immer, aber das imperialistische Vorhaben schließt dies aus. Sie wol-



Putschgeneral Ahdab

len uns dazu zwingen, alles aufs Spiel zu setzen.

Da sie uns in dieser Sackgasse festhalten und uns dazu zwingen, uns mit der Machtfrage auseinanderzusetzen, stützt sich der Imperialismus nicht auf das Kräfteverhältnis im Innern des Libanon, das zu unseren Gunsten ist.

Wir gehen davon aus, daß das Problem auf dieser Ebene nicht zu lösen ist, und daß das Kräfteverhältnis auf arabischer Ebene berücksichtigt werden muß. Unglücklicherweise hat sich der amerikanische Einfluß nach dem Abschluß des Sinai-Abkommens in diesem Gebiet verstärkt. Ägypten hat sich mit der Unterzeichnung aus dem Nahostkonflikt zurückgezogen. Es hat der sowjetischen Hilfe für die arabischen Völker einen Schlag versetzt, was zu einem Ungleichgewicht des Kräfteverhältnisses geführt hat.

### Die Schwankungen Syriens

Wir libanesischen Kommunisten meinen, daß die syrische Führung zwischen zwei Tendenzen schwankt: die eine geht dahin, den amerikanischen Plan zu bekämpfen; die andere nimmt das Sinai-Abkommen lediglich zum Vorwand, den Kampf einzig und allein gegen das ägyptische Regime zu orientieren, als ob es sich um einen Wettstreit zwischen Syrien und Ägypten um die Frage handeln würde, wer im Sinne einer "amerikanischen Lösung" der bevorzugte Unterhändler im Nahen Osten sein wird.

Während der letzten Monate hat die proamerikanische Tendenz in Syrien an Einfluß hinzugewonnen. Die Vereinigten Staaten haben den syrischen Führern im Oktober 1975 ihr Einverständnis gegeben, den Konflikt im Libanon zu regeln.

Präsident Hafez El Assad selbst hat dies während einer Unterredung mit dem palästinensischen Widerstand angedeutet.

Auf der Basis des Mandats, das den syrischen Führern also im Januar gegeben wurde, wurde ein 17-Punkte-Abkommen mit dem Präsidenten Frangieh geschlossen. Nachdem sie die Syrer in die Regelung des Libanon-Problems miteinbezogen hatten, verführten die Imperialisten so, daß sie eine Lösung des Problems verhinderten. Sie ermunterten die libanesischen Ultras, eine unversöhnliche Haltung zu beziehen, und sie ermunterten die Reaktion Saudi Arabiens, Ägyptens und anderer arabischer Länder, offenes Mißfallen gegenüber der syrischen Rolle zu zeigen.

Mit Hilfe der Gruppen, über die sie im Libanon verfügen, taten sie, unter den verschiedensten Losungen, alles, um den Kompromiß zu verhindern. Darum reichte die Lösung, die in Damaskus festgelegt wurde, zu einer Minimalregelung nicht mehr aus. Um den kleinsten Schritt zu tun, waren die syrischen Führer jedesmal gezwungen, sich an die Vereinigten Staaten zu wenden. Für die Libanesisch-Kommunistische Partei konnten bis zum 10. März d.J. die Schwierigkeiten mit Damaskus überwunden werden. Vor diesem Datum war eine gewisse Verständigung zwischen der fortschrittlichen libanesischen Bewegung, des palästinensischen Widerstands und den syrischen Führern möglich. Diese Übereinstimmung war der Grund für die Beruhigung des Konfliktes, die nach dem 22. Januar eintrat (Datum des Abkommens mit Frangieh in Damaskus).

### Der Staatsstreich vom 11. März 1976

Dieses Dreierbündnis mußte in den Augen der Imperialisten liquidiert werden. Ein harter Schlag wurde ihm durch die "Bewegung des 11. März" des Generals Ahdab (der sich als Gouverneur von Beirut proklamierte) versetzt, der die Unterstützung der arabischen Reaktion, der palästinensischen Rechten und der proamerikanischen Tendenz in Syrien erhalten hatte.

Nach dem 11. März 1976 haben diese Elemente jeglichen Kompromiß mit den fortschrittlichen Kräften abgelehnt, indem sie sie vor die folgende Wahl stellten: entweder zerschlagen zu werden oder alles zu akzeptieren. Der Staatsstreich vom 11. März lieferte den erträumten Vorwand für jene, die erklärten, daß die Wiederherstellung der Ordnung im Libanon ohne Hilfe ausländischer Kräfte unmöglich sei. Eine Ordnung, die den palästinensischen Widerstand unter Kuratel gestellt hätte. Im Bewußtsein darüber, daß es sehr schwer ist, den Libanon wieder unter sein ehemaliges Regime zu stellen, schlug die Reaktion Scheinreformen und eine Art Marschallplan vor, der das Land ökonomisch abhängig halten

sollte.

Aber ihre Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung.

### Für eine friedliche Lösung

Das Gegenteil ist nach 14 Monaten Kampf eingetreten. Der palästinensische Widerstand ist heute unabhängiger denn je, obwohl man ihn vernichten wollte. Das gleiche gilt für die fortschrittliche Bewegung im Libanon. Deshalb hat der amerikanische Meister angefangen mitzuspielen, und deshalb wird nun eine Lösung so schwierig. Der Plan von Washington sieht jetzt eine ausländische Intervention vor. Für uns libanesischen Kommunisten ist die Rolle Syriens nicht außerhalb dieses Kontextes zu sehen.

Diese Rolle wurde anlässlich des kürzlichen Besuchs König Husseins in Washington ganz deutlich. Er ist es, der die Erlaubnis erhielt, daß syrische Truppen in den Libanon geschickt werden könnten. Das vorherige Mandat erlaubte dies nicht. Das syrische Eindringen wird durch Israel toleriert.

Trotz allem kämpfen wir weiter für eine fried-

liche Lösung der Probleme, die sich in unserem Lande stellen, um die Möglichkeiten der freien Wahl des palästinensischen Widerstands und die erworbenen Rechte der fortschrittlichen libanesischen Bewegung zu retten, damit die wesentlichen Reformen erfüllt werden, die in unserem Minimalprogramm enthalten sind.

Wir werden die Front der fortschrittlichen und patriotischen Kräfte verstärken, um unsere Beziehungen zu Syrien auf einer neuen Grundlage zu festigen. Es ist unmöglich, eine Lösung zu akzeptieren, die den Libanon unter die Abhängigkeit Syriens stellt, was dem Ziel der amerikanischen Vorherrschaft in diesem Gebiet entspräche. Das wäre gegen die Interessen des libanesischen und des syrischen Volkes.

Wir setzen Vertrauen in unsere beiden Völker, in ihre fortschrittlichen Kräfte, um diese Schwierigkeiten zu überwinden und um Mittel zu finden, ihre Anstrengungen in einer neuen Front zu vereinigen, die den imperialistischen Plan zu Fall bringen wird.

(Quelle: L'Humanité, Paris, 6.5.1976)

## Interview mit Zaid Alawe

# Die palästinensische Volksbewegung in den okkupierten Gebieten und der Libanonkonflikt



Trauerfeier als Manifestation des palästinensischen Widerstandes

FRAGE: Seit dem Frühjahr 1976 halten ausgedehnte Massenaktivitäten der palästinensischen Bevölkerung in den okkupierten Gebieten an. Was sind Ihrer Meinung nach die Kennzeichen dieser neuen Entwicklung?

ZAID ALAWE: Für diese neue Entwicklung sind die vier folgenden Kennzeichen typisch.

Erstens ist dies die steigende Teilnahme breiter Bevölkerungskreise, von Erwachsenen und Ju-

gendlichen, von Schülern und Kindern aller sozialer Schichten, an den Widerstandsaktivitäten.

### Die Protestbewegung erfaßt alle sozialen Schichten

Sowohl die Bauernschaft und die mittlere industrielle Bourgeoisie als auch die Arbeiterklasse geraten aufgrund ihrer allgemeinen patriotischen sowie ihrer ökonomisch-sozialen Interessen in Widerspruch zur israelischen Besatzungsmacht: die Bodenenteignung zugunsten der Errichtung jüdischer Ansiedlungen in den besetzten Gebieten trifft die palästinensische Bauernschaft; die Teuerung durch die steigende Inflation und die daraus folgende fortlaufende Entwertung der israelischen Währung, die allgemeine Steuererhöhung und die - zugunsten der Arbeitsplatzsicherung für jüdische Arbeiter vorgenommene - Reduzierung des Arbeitsmarktes trifft die palästinensischen Arbeiter, die bekanntlich unterbezahlt werden; entsprechend wird die Rohstoffzulieferung für palästinensische Industrielle durch die Importbesteuerung erschwert, begleitet von der rassistischen Politik der israelischen Regierung in Form von Untersagungen staatlicher Kredite für palästinensische Industrielle, während gleichzeitig eine umfangreiche staatliche Unterstützung an



Besatzerterror gegen palästinensische Jugendliche

die gleichen israelischen Industriezweige, z.B. die Textilindustrie, erfolgt.

Daher haben wir es heute mit einer klassenbewußten und patriotischen Massenbewegung gegen eine Besatzung zu tun, welche alle Volksschichten unterdrückt, ausbeutet, ihre wirtschaftlichen Grundlagen zerstört und ihre Kultur zu vernichten sucht, wie die Maßnahmen zur Beseitigung der Heiligen Stätten in Hebron oder Jerusalem anzeigen.

#### **Die Volksmobilisierung und der internationale Faktor**

Zweites Kennzeichen ist die sich immer stärker ausprägende führende Rolle der Palästinensischen Nationalen Front in der Mobilisierung und Organisation der klassenbewußten Massenaktionen gegen die Besatzungsmacht und gegen deren konkrete wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterdrückungspraxis. Die Palästinensische Nationale Front in den besetzten Gebieten (PNF) bezeichnet sich zurecht als das entschlossene und geeignete Kampfinstrument aller patriotischen Volksmassen, aller sozialen Schichten, deren gemeinsame Interessen sie gegen die Okkupation auf der Basis des Etappenprogramms der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)<sup>1)</sup> zusammenschweißt, d.h. die PNF strebt die Errichtung einer souveränen und patriotischen palästinensischen Herrschaft auf den zu befreienden, heute noch okkupierten Gebieten an.

Das dritte Kennzeichen ist die weltweite Solidarität der sozialistischen Länder, der kämp-

ferischen Arbeiterklasse, aller demokratischen Kräfte und Befreiungsbewegungen mit der gerechten Zielsetzung unseres Volkes, wie sie sich im Etappenprogramm der PLO widerspiegelt. Diese internationale Solidarität trug zur Erhöhung der Kampfbereitschaft unserer Volksmassen bei. Das zeigte sich an der Mobilisierungswelle, an den diplomatisch-politischen Siegen, die die PLO in vielen Bereichen gegen die israelischen Besatzer und deren expansionistische Politik errungen hat. Das zeigt sich im Rahmen der UNO, der UNESCO etc., was andererseits zur völligen Isolierung Israels und des die Besatzer unterstützenden US-Imperialismus auf internationaler Ebene führte.

#### **Umbruch in Israel**

Als viertes Kennzeichen ist zu nennen die sich immer stärker bemerkbar machende Solidaritätsbewegung der antizionistischen, linken und demokratischen Kräfte in Israel gegen die Aufrechterhaltung der Besatzung und gegen die Besatzungspraktiken; eine Bewegung, die besonders in den letzten Monaten hervortrat anlässlich des "Tags des Bodens" am 30. März sowie in der großen Demonstration von Tel Aviv Mitte Mai 1976 gegen die Politik der Besatzungsmacht. Diese Bewegung leistete ihren notwendigen Kampfbeitrag zur Verschärfung der Gegensätze innerhalb der israelischen Gesellschaft wie zur Verstärkung des Widerstands gegen die verheerenden Auswirkungen der Besatzungspolitik für jene Schichten, die die im Dienste des Imperialismus stehende

expansive Kriegspolitik Israels wirtschaftlich, moralisch und physisch zu bezahlen haben und zwar in Gestalt der Teuerung, des sozialen Abstiegs oder mit ihrem Leben.

Zusammenfassend können wir sagen: Die immer größeren Widerstandsaktivitäten des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten sind gekennzeichnet durch das Zusammenwirken einer organisierten Klassenbewußt-patriotischen Massenbewegung mit der internationalen Solidarität und der sich erhebenden antizionistisch-demokratischen Bewegung in Israel; alle ausgerichtet auf ein gerechtes Ziel: auf die Beendigung der Besatzung und die Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates in den von Israel okkupierten Gebieten unter der Führung der PLO. Unser Volk ist in seinem Kampf entschlossener, in seiner Siegeszuversicht sicherer geworden.

FRAGE: In der bundesrepublikanischen Berichterstattung über die Gemeinderatswahlen vom 12. April d.J. im Westjordangebiet war immer wieder die Rede vom "Nationalen Block", "PLO-nahen Kandidaten" und "Kommunisten". Können Sie die reale Zusammensetzung dieser nationalen Kräfte erläutern? Wie beurteilen Sie den Wahlausgang?

ZAID ALAWE: Die in den Gemeinderatswahlen aufgetretenen Kommunisten und "PLO-nahen" Kandidaten sind der Palästinensischen Nationalen Front zugehörig und kandidierten auf gemeinsamen Wahllisten der PNF.

#### Der PLO-Wahlsieg im Westjordangebiet

Die Zielsetzung der PNF bestand darin, patriotische Gemeinderäte zu haben, um jedwede Pläne der israelischen Besatzungsmacht - die beim amerikanischen Imperialismus und der jordanischen Reaktion Unterstützung fanden - zu vereiteln. Jene Pläne sahen die Wahl von Gemeinderäten vor, um aus ihnen später eine sogenannte "einheitliche, palästinensische lokale Zivilverwaltung" zu rekrutieren, die als Gegenkraft zur PLO formiert werden sollte, um Hand in Hand mit der jordanischen Reaktion und der israelischen Besatzungsmacht über die Beendigung der Besatzung zu verhandeln. Derartige Verhandlungen sollten eine schließliche Umwandlung der besetzten Gebiete in eine autonome Provinz zur Folge haben, die mit Jordanien das Arabische Vereinigte Königreich unter der Herrschaft Husseins bilden sollte. Diese Provinz sollte entwapnet bleiben und als Pufferzone und Brückenkopf für die Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Staat und der jordanischen Reaktion fungieren.

Die Gemeinderatswahlen brachten einen klaren Sieg in Höhe von 80% zugunsten der Liste der PNF, also zugunsten der patriotischen Kämpfer in den besetzten Gebieten. Der erste Beschluß dieser Gemeinderäte war die Ablehnung der Bil-

dung einer Palästinensischen Zivilverwaltung und die Erklärung, daß nur die PLO über das Schicksal der besetzten Gebiete zu entscheiden habe als einzig legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes. Die PNF und die PLO errangen damit einen totalen Sieg gegen jenen Plan der israelischen Besatzer, des US-Imperialismus und der jordanischen Reaktion, die sich der Unabhängigkeit und Freiheit des palästinensischen Volkes entgegenstellen.

#### Das Gewicht der Palästinensischen Nationalen Front

FRAGE: Die Palästinensische Nationale Front (PNF) war in der Tagung des Palästinensischen Nationalrates im Juni 1974 offiziell zum Bestandteil der PLO erklärt und vier ihrer Repräsentanten in das PLO-Exekutivkomitee aufgenommen worden. Welche spezifischen Aufgaben wurden der PNF zugedacht, wie sind ihre Zusammensetzung und Hauptziele?

ZAID ALAWE: Die PNF hatte es sich 1974 zur Aufgabe gemacht, die palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten auf der Grundlage des PLO-Etappenprogramms zu organisieren zum Kampf gegen die Besatzer, zu ihrer Vertreibung von diesen Gebieten und zur Errichtung einer palästinensischen nationalen Herrschaft.



Die PNF als Bestandteil der PLO und als ihr schlagkräftiger Arm in den besetzten Gebieten erhielt die Unterstützung der PLO und der palästinensischen Massen in aller Welt. Sie führt die tagtäglichen Kämpfe in den besetzten Gebieten an der Spitze der PLO-Massenorganisationen, im besonderen der Generalunion Palästinensischer Frauen (GUPF), der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) und der Gewerkschaftsunion der Arbeiter und Bediensteten (GUPA) der besetzten Gebiete. Diese heroische Rolle der PNF wurde praktisch unter Beweis gestellt, wie weiter oben bereits ausgeführt wurde. Sie erhält immer mehr Anerkennung, Unterstützung und Achtung in aller Welt. Hier sei das Eintreffen

# Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FDLP)



Nayef Hawatmeh

Die FDLF (Vorsitz Nayef Hawatmeh) ging im Februar 1969 aus dem sich als marxistisch-leninistisch bezeichnenden Flügel der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP, Vorsitz Georges Habasch) hervor. Seit März 1969 gehört die Demokratische Volksfront dem Vereinigten Militärischen Oberkommando der PLO, seit September 1969 dem Palästinensischen Nationalrat, dem höchsten Organ der PLO an (hinter der Fatah mit 33 Sitzen nimmt die FDLF ebenso wie die Saika und die PFLP 12 Sitze ein). Seit 1970 ist sie im PLO-Exekutivkomitee (Vorsitz Yasser Arafat) vertreten. Im PLO-Exekutivkomitee verfügt die FDLF heute neben der Fatah (2 Sitze) genauso wie die syrisch orientierte Saika und die irakisch orientierte Arabische Befreiungsfront (ALF) über einen Sitz (die PFLP trat Ende 1974 aus).

Innerhalb der 1973 gegründeten Palästinensischen Nationalen Front in den okkupierten Gebieten (PNF), die weitere vier Vertreter im Exekutivkomitee der PLO stellt, spielen die FDLF, die Palästinensische Kommunistische Organisation (Abteilung der KP Jordaniens) und die Fatah die führende Rolle. Im Libanon arbeitet die FDLF eng mit den Parteien der Nationalen Fortschrittlichen Front zusammen. In Jordanien kämpft sie in Kooperation mit der Kommunistischen und der Baathpartei des Landes um die Legalisierung der demokratischen jordanischen Bewegung wie des palästinensischen Widerstandes, um den Sturz des Husseinregimes und die Errichtung einer jordanisch-palästinensischen nationaldemokratischen Volksherrschaft.

Im POLITISCHEN PROGRAMM der FDLF vom Herbst 1975 werden Charakter und Hauptaufgaben der palästinensischen bzw. arabischen Befreiungsrevolution so definiert:

"Die palästinensische Revolution nimmt in dieser historischen Epoche den Charakter einer nationaldemokratischen Revolution an, deren strategische Kampfaufgabe die Verwirklichung einer demokratischen Lösung für die nationale Frage des palästinensischen Volkes ist. (...)  
Die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft in Palästina hängt in erster Linie von der Verwirklichung einer demokratischen Lösung der nationalen Frage und von der Beseitigung der Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch den Staat Israel und das reaktionäre jordanische Regime ab. (...)

Die demokratische Lösung der Vertreibung und nationalen Entwurzelung des palästinensischen Volkes liegt in der Gewährung seines Selbstbestimmungsrechtes auf dem gesamten nationalen Territorium.

Dieses Ziel erfordert die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes und die Vereitelung der Einverleibungspolitik des haschemitischen (jordanischen, d.Red.) Regimes bzw. den Kampf für die Errichtung eines vereinigten antizionistischen, antiimperialistischen Palästina, in dem Juden und Araber zusammenleben können, ohne rassistische, religiöse oder nationale Diskriminierung.

Die Erlangung dieses Ziels erfordert wiederum eine Reihe von konkreten Schritten, die die Vernichtung des zionistischen Staates und aller seiner politischen Erscheinungsformen garantieren. Es sind folgende Schritte:

1. Durchsetzung der Anerkennung der nationalen unabhängigen Existenz des palästinensischen Volkes sowie Anerkennung seines Rechts auf Selbstbestimmung im Rahmen eines nationalen, souveränen, demokratischen Staates;
2. Anerkennung des Rechts aller palästinensischen Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Heimat sowie Rückgabe ihres Besitztums;
3. Stopp der jüdischen Einwanderung nach Palästina und Vernichtung aller zionistischen Institutionen in ihren politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Formen;
4. Aufhebung jeglicher Art von Rassen- und Glaubensdiskriminierung und nationale Gleichheit aller Bürger in diesem demokratischen Staat. (...)

Die Aufgaben der arabischen Revolution in dieser Etappe sind immer noch Aufgaben einer nationaldemokratischen Revolution.

Diese Aufgaben sind:

Die Beendigung des imperialistischen Einflusses und des Neokolonialismus in diesem Gebiet.

Die Auflösung der militärischen und politischen Präsenz.

Die Beseitigung der reaktionären Systeme, die vom Imperialismus abhängig sind.

Die Beseitigung der ökonomischen Positionen des Imperialismus.

Die Kontrolle der Bodenschätze durch die arabischen Völker und die Verarbeitung dieser Bodenschätze beim Aufbau einer stabilen und nationalen Wirtschaft, auf der Grundlage der Industrialisierung dieser Länder.

Die Befreiung der Bauernmassen von Überresten feudaler Strukturen und Rückständigkeit sowie demokratische Freiheit für die arabischen Massen.

Das Recht auf Volksbewaffnung, um die Aggressionen des Imperialismus zurückzuschlagen.

Die nationale Einheit aller arabischen Länder auf der Grundlage der demokratischen und freiwilligen Einheit ohne Druck von außen.

Die aktive Teilnahme am antiimperialistischen Kampf auf Weltebene und die Festigung des Bündnisses mit den fortschrittlichen Kräften der Welt, insbesondere mit den sozialistischen Staaten.

Die Lösung dieser Aufgaben erfordert eine konsequente Änderung der arabischen Befreiungsbewegungen, indem die Arbeiterklasse und ihre demokratischen Verbündeten die Rolle einer Avantgarde in der Führung übernehmen."

(Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas, Das Politische Programm 1975, Dokumente der FDLF/Nr. 2, o.O. 1976, S. 33-36 und S. 49-50)



einer offiziellen Delegation der PNF in Moskau am 5. April 1976 auf Einladung des Afroasiatischen Solidaritätskomitees der UdSSR erwähnt. Die PNF setzte sich bei ihrer Gründung im Sommer 1973 aus der Abteilung der Kommunistischen Partei Jordaniens in den okkupierten Gebieten, der Organisation der FDLP in den okkupierten Gebieten und verschiedenen unabhängigen patriotischen Persönlichkeiten zusammen. Später, zum Jahreswechsel 1973/74, schloß sich die Fatah, die größte palästinensische Organisation, an. Seit 1974 ist die GUPW ein fester kämpferischer Bestandteil der Palästinensischen Nationalen Front genauso wie die GUPS und die GUPA.

Den Kampf zur Verteidigung der palästinensischen Volksinteressen auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene erhob die PNF zu ihrer ureigenen Sache und zur heute auf der Tagesordnung stehenden Aufgabe. Über die Mobilisierung und Organisierung der Volksmassen, aller sozialen Schichten wird sie zur Vertreibung der Besatzer und zur Errichtung der nationalen Herrschaft auf dem palästinensischen befreiten Boden weiter voranschreiten.

**Vordringliches Ziel:  
ein unabhängiger Palästinastaat**

FRAGE: Im allgemeinen wird dem Vorsitzenden der Demokratischen Volksfront (FDLP), Nayef Hawatmeh, zugesprochen, er habe nach dem Oktoberkrieg die Idee der Schaffung eines unabhängigen Palästinastaates entwickelt und in die PLO eingebracht. Wie ist die authentische, wie die derzeitige Haltung der FDLP in dieser Frage? Welche Positionen nehmen dazu heute die Palästinensische Nationale Front in den besetzten Gebieten (PNF) und die relevantesten Organisationen der PLO ein?

ZAID ALAWE: Die Haltung der FDLP ist in dieser Frage nach wie vor unverändert. Hierzu muß ich allerdings richtigstellen, daß die Position der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates vom Zentralkomitee der FDLP - dessen erster Vorsitzender Genosse Nayef Hawatmeh ist - bereits im ersten Halbjahr 1973 entwickelt und im Sommer 1973, also noch vor dem Oktoberkrieg, im FDLP-Zentralorgan Al Hurriah in Gestalt eines Arbeitspapiers in mehreren Nummern veröffentlicht worden war. Am 4. November 1973, d.h. eine Woche nach Beendigung des Oktoberkrieges, bekräftigte das FDLP-Zentralkomitee auf seiner 4. Sondertagung seine Grundhaltung zum derzeitigen Kampfprogramm des palästinensischen Volkes und zu dessen Zielsetzung der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Diese Grundposition war in einer offiziellen Deklaration an das palästinensische Volk wie an die arabischen Völker gerichtet und als solche sowohl in der arabischen Presse als auch in Palästina veröffentlicht worden. Die Haltung der Palästinensischen Nationalen

Front sowie der verschiedenen Organisationen der PLO zu diesem Programm finden sich heute im Einklang mit der unsrigen, d.h. die PNF sowie Al Fatah und Al Saika, die Syrien nahesteht, sind genau wie wir für die Errichtung eines palästinensischen Staates, während die sektiererischen Gruppierungen in der PLO, die von Dr. George Habasch angeführte Volksfront (FPLP), die Arabische Befreiungsfront (ALF) und andere Kräfte der "Ablehnungsfront" eine Gegenposition beziehen.

**Festes Bündnis mit der  
demokratischen Bewegung im Libanon**

FRAGE: In jüngster Zeit kam es offenbar innerhalb der PLO-Führung zu heftigen Meinungsverschiedenheiten über die Libanonfrage. Wie ist die Haltung der FDLP zur explosiven Lage im Libanonkonflikt? Wie steht sie zu den dabei aufgebrochenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der PLO? Ist die Gefahr einer Spaltung der PLO akut?



ZALD ALAWE: Die Haltung der FDLP ist gekennzeichnet durch das feste Bündnis mit dem Rückgrat der patriotisch-demokratischen Bewegung des Libanon, d.h. der Kommunistischen Partei Libanon, der Sozialistischen Fortschrittspartei Djumblatts, der Organisation der Kommunistischen Aktion (sie steht der Kommunistischen Partei nahe), der Baathisten und der progressiven Nasseristen<sup>2)</sup>. Die FDLP leistete den entschlossensten politischen, militärischen und materiellen Beistand in diesem Kampf der patriotisch-demokratischen Bewegung neben ihrem Beitrag im Rahmen der PLO selbst. Sie bildet, wie Genosse George Habib, der 1. Sekretär des Zentralkomitees der KP Libanons, anlässlich des 7. Jahrestages der Gründung der FDLP sagte,

"das feste Bindeglied zwischen der demokratisch-patriotischen libanesischen Bewegung und der palästinensischen Widerstandsbewegung."

Die politische Haltung der FDLP zum Libanonkonflikt konkretisierte sich erstens in der Verteidigung der palästinensischen Befreiungsbewegung - ausgehend von libanesischem Boden - in ihrem Kampf gegen die israelische Okkupation der palästinensischen Gebiete; zweitens in der Respektierung und im vollen Beistand gegenüber dem Befreiungskampf der patriotisch-demokratischen libanesischen Bewegung. Diese Bewegung strebt heute eine politisch-ökonomische Reform des bürgerlichen Herrschaftssystems im Libanon an, um in näherer Zukunft ein Regime patriotisch-demokratischen, antiimperialistischen und antizionistischen Charakters durchzusetzen.

### **Eine Spaltung der PLO bannen!**

Dies widerspiegelt die wahren sozialökonomischen Grundinteressen aller Werktätigen des Libanon, der kleinen und mittleren nationalen Bourgeoisie, aber auch jener Fraktionen der großen Bourgeoisie, deren Interesse an der Entwicklung und Weiterförderung des libanesischen Industrie- und Landwirtschaftssektors liegt. Dies unterscheidet sie von der Kompradoren- und Finanzbourgeoisie, die die Vorherrschaft des Dienstleistungssektors in der libanesischen Wirtschaft und die Rolle des Landes als Umschlagplatz für das arabische Auslandskapital verteidigen, was den Libanon weiterhin zu einem Anhängsel des Weltimperialismus unter Führung der US-Mächtigen stempeln würde und was den allgemeinen und demokratischen Interessen der patriotischen arabischen Völker an Freiheit und sozialem Fortschritt zuwiderläuft.

Bei den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der PLO bezüglich der Libanonfrage geht die FDLP davon aus, daß alle Organisationen innerhalb der PLO gemeinsame palästinensische und libane-

sische Interessen im Kampf gegen Imperialismus, zionistische Besatzung und arabische Reaktion vereinen und daß sie in erster Linie daran festzuhalten haben. Jede Meinungsverschiedenheit in Sachen des Libanonkonfliktes gilt es im Rahmen dieser allgemeinen objektiven Bündnisgrundlage untereinander zu lösen, um damit jede Gefahr einer Spaltung zu bannen. Denn aus einer derartigen Zersplitterung und aus gegenseitigen Zusammenstößen könnte nur der gemeinsame Feind Nutzen ziehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Haltung des PLO-Exekutivkomitees zum Libanonkonflikt hervorheben, wie sie in der folgenden Erklärung vom 14. Mai 1976 dargelegt wurde:

### **Erklärung des PLO-Exekutivkomitees zum Libanonkonflikt vom 14. 5. 1976**

1. Wir sind gegen die militärische Intervention der syrischen Armee und der Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) im Libanon, die sich gegen die nationalen und demokratischen Kräfte des Landes richtet. Deshalb fordern wir den Abzug dieser Truppen aus Tripoli (der Hauptstadt des befreiten Nordens), wo sie militärische Auseinandersetzungen mit den patriotischen Kräften des Libanon führten.
2. Wir meinen, daß diese PLA-Truppen dorthin abgezogen werden müssen, wo sie gegen den Feind, nämlich gegen die Faschisten (Falange-Partei), zu kämpfen haben.
3. Wir meinen, daß es notwendig ist, ein gemeinsames Aktions- und Verständigungsprogramm festzulegen zwischen den patriotischen libanesischen Kräften und der palästinensischen Widerstandsbewegung einerseits und der syrischen Regierung andererseits. Dieses Programm muß die Interessen der libanesischen Massen respektieren. Es sollte die Herstellung einer Lösung der libanesischen Krise dadurch ermöglichen, daß Druck auf die reaktionären Kräfte zur Akzeptierung demokratischer Reformen ausgeübt wird.
4. Schließlich lehnen wir es ab, uns mit irgendeinem Teil der demokratischen libanesischen Bewegung zu entzweien oder gegen sie vorzugehen, ob durch die syrische Regierung oder irgendeine andere Seite.
5. Wir lehnen die Internationalisierung der Krise im Libanon, wie sie der US-amerikanische und französische Imperialismus anstreben, sowie die Arabisierung der Krise, wie sie Saudi Arabien und Ägypten anstreben, ab.

An dieser Deklaration halten die FDLP und die Fatah fest. Auf der Grundlage dieser Haltung stünde auch eine Spaltung der PLO außer Frage.

### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Der Wortlaut des PLO-Etappenprogramms vom Juni 1974 findet sich in AIB Nr. 7-8/1974
- 2) Diese Parteien und Bewegungen sind in der Nationalen Fortschrittlichen Front des Libanon zusammengeschlossen. Als ihr offizieller Sprecher fungiert Kamal Djumblatt. Sie treten in dem seit April 1975 währenden libanesischen Bürgerkrieg einheitlich auf, sieht man von den Meinungsverschiedenheiten der anderen Nationalfront-Parteien mit den syrisch orientierten Baathisten wegen der Libanonpolitik Syriens seit März/April 1976 ab.

**Wolfgang Ritter**

## Der Kampf des koreanischen Volkes gegen die neokoloniale Herrschaft der USA ( 3. Teil )

Als die Amerikaner im September 1945 Südkorea besetzten, existierten auch dort Volkskomitees, die den größten Teil der japanischen Kolonialtruppen bereits entwaffnet hatten. Anstatt jedoch, wie das von den koreanischen Patrioten erwartet wurde, die Japaner festzunehmen, wurde seitens der USA der gesamte koloniale Unterdrückungsapparat wiedereingesetzt und der verhaßte japanische Gouverneur Abe in seiner Stellung belassen.

### Der Süden als neokoloniale Basis der USA

Als die führenden Japaner nach heftigen Protesten Ende 1945 aus Südkorea evakuiert werden mußten, konnte man Li Syng Man, der Marionette Washingtons, den vollständig intakt gebliebenen japanischen Polizeiapparat übergeben, mit deren Hilfe er jegliche demokratische Bewegungen und Wiedervereinigungsbestrebungen im Süden niederhielt. Bis zum Ausbruch des Koreakrieges (1950) wurden Hunderttausende Menschen eingekerkert und ca. 250.000 ermordet.

Da ihnen aber ihre Herrschaft nicht gesichert erschien, vereinbarten die Amerikaner 12 Tage nach Beendigung des Krieges (1953) entgegen den Waffenstillstandsvereinbarungen von Panmunjon die Stationierung von US-Truppen und die Errichtung von Militärbasen in Südkorea. Noch heute befinden sich dort 42.000 US-Soldaten.

Diese Maßnahme hatte durchaus einen realen Grund, mußte doch der beim Volk völlig diskreditierte Diktator Li Syng Man nach heftigen Protestaktionen der Bevölkerung 1960 seinen Hut nehmen. Kurz darauf kam als sein Nachfolger der Günstling der USA Pak Chung Hi durch einen Militärputsch an die Macht. Pak gehörte zu den ehemaligen Kollaborateuren der Japaner, die sich durch besondere Grausamkeit bei der Unterdrückung des eigenen Volkes ausgezeichnet hatten.

### Die Diktatur Pak Chung His

Obwohl einige der beteiligten Militärs nach dem Putsch ihre Uniformen auszogen, stellte die von Pak errichtete Herrschaft ihrem Wesen nach eine Militärdiktatur dar, deren Politik die Interessen des Imperialismus und der herrschenden Kreise widerspiegelte und die im eigenen Land nur

die Unterstützung der sich entwickelnden Finanzoligarchie, der Komparadorenbourgeoisie und der Großgrundbesitzer fand.

1972 führte Pak nach Verhängung des Kriegszustandes eine neue Verfassung ein, die seine Herrschaft für mindestens 12 Jahre festlegte und ihm faktisch unbegrenzte diktatorische Vollmachten einräumte. Seither erließ er in Ergänzung des seit 1961 bestehenden "Antikommunistengesetzes" neun Notverordnungen, nach denen jede Kritik am Regime sowie Wiedervereinigungsbestrebungen mit langjährigem Zuchthaus oder mit der Todesstrafe geahndet werden.



Diktator Pak Chung Hi

In dem formell beibehaltenen Parlament ernannt Pak allein ein Drittel der Abgeordneten selbst; außer den Mitgliedern seiner Partei werden nur wenige Abgeordnete bürgerlicher Oppositionsparteien geduldet. Insofern dient dieses Parlament nur dazu, Paks Beschlüsse abzusegnen und ihnen den Anschein einer demokratischen Legitimation zu verleihen.

Um die Opposition gegen ihn zum Schweigen zu bringen und sein Ansehen im Ausland aufzupolier-

ren, veranstaltete Pak im Februar 1975 eine Wahlfarce über die Verfassung von 1972. Trotz Repressalien gegen die Opposition, der Anwendung von Terror, Bestechung und betrügerischer Wahlmanipulationen bedeutete selbst das offiziell bekanntgegebene Ergebnis ein Fiasko für ihn. Während 1972 angeblich 91,5% der Wähler dafür gestimmt hatten, waren es 1975 nurmehr 73,1%; 25,2% stimmten gegen die Verfassung und über 20% der Wahlberechtigten gingen nicht zur Wahl. In den großen Städten wie Seoul, in denen die Kontrolle und Einschüchterung der Wähler schwieriger war, folgten 40% der Wahlberechtigten den Boykottaufrufen der Opposition und beteiligten sich nicht an der Wahl.

### Industrie unter ausländischer Kontrolle

Unter der Herrschaft Li Syng Mans war die Entwicklung einer Industrie in Südkorea vollständig vernachlässigt worden.

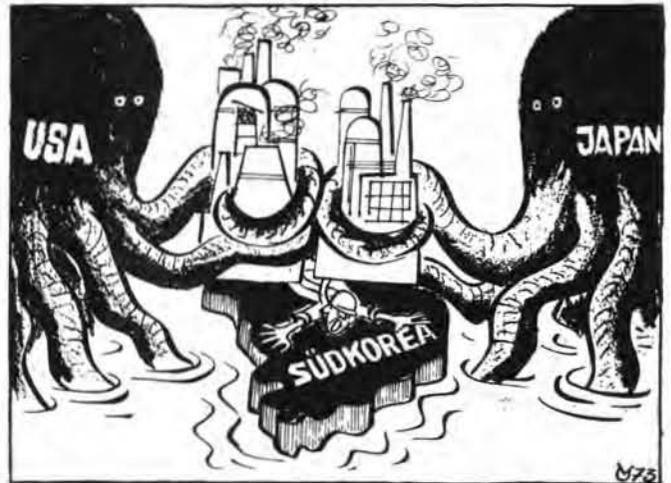
Die industrielle Produktion erreichte nur die Hälfte des Standes vor 1945. 90% der wenigen Werke und Fabriken waren Mittel- und Kleinbetriebe mit weniger als 50 Arbeitern. Der Anteil der Industrie am Nettosozialprodukt betrug nur 8,6%.

Während die USA und ihre Marionetten ihre Anstrengungen bis zu Anfang der 60er Jahre nahezu ausschließlich darauf ausrichteten, Südkorea zu einem militärischen Bollwerk auszubauen und ihre militärpolitische Macht zu festigen, erkannten sie nach dem Sturz Li Syng Mans immer mehr die Notwendigkeit, zur Sicherung ihrer Herrschaft auch die ökonomische Entwicklung zu forcieren. So begann Pak Chung Hi Mitte der 60er Jahre damit, die Industrialisierung systematisch voranzutreiben, und zwar mit Hilfe ausländischen Kapitals. Da Südkorea nicht sehr reich an Rohstoffen ist, waren es vor allen Dingen niedrige Löhne, steuerliche Vergünstigungen, keinerlei Auflagen zum Schutz der Umwelt und das Verbot gewerkschaftlicher Tätigkeit, mit denen Pak Anreize und Voraussetzungen für profitable Anlagen schaffen wollte. Da insbesondere die USA an einem starken Wirtschaftspotential Südkoreas - aufgrund ihrer antisozialistischen strategischen Überlegungen bzw. Südkoreas Vorpostenfunktion gegen das sozialistische Lager - sehr interessiert waren, strömten ungeheure Kapitalmengen ins Land.

Außer der staatlichen US-Wirtschaftshilfe, die bis 1973 11,6 Mrd Dollar ausmachte (sie zählt damit neben Israel oder dem Iran zu den höchsten Kapitalhilfeposten Washingtons), floß in verstärktem Maße privates Leihkapital ins Land und die direkten Investitionen ausländischer Konzerne stiegen an, die seit 1959 insgesamt eine Höhe von 6,2 Mrd Dollar erreicht haben

dürften.

Größte Kapitalgeber sind heute Japan und die USA (1973 je 35% des nach Südkorea eingeführten Kapitals), jedoch ist der Anteil der privaten Direktinvestitionen bei den Japanern, die insbesondere in den letzten 6 Jahren in das große Geschäft eingestiegen sind, sehr viel höher.



Bis 1974 gab es mehr als 1.000 direkte Investitionsprojekte ausländischer Konzerne mit einem Gesamtbetrag von etwa 800 Mio Dollar, der überwiegende Teil davon "joint venture" Projekte. Den größten Anteil daran hatte Japan mit 67% vor den USA mit 26%, Europa mit 7% und dem übrigen Ausland.

Aufgrund dieses Kapitalstroms entstanden in erster Linie arbeitsintensive und exportorientierte Betriebe der Leichtindustrie, vor allem der Textil- und Nahrungsmittelindustrie, in jüngster Zeit aber auch Betriebe der chemischen - und metallverarbeitenden Industrie<sup>1)</sup>.

Da aber bei der Industrialisierung die Erschließung eigener Ressourcen (z.B. Kohle, Eisenerz) vollkommen vernachlässigt wurde, ist Südkorea heute abhängig vom Import großer Mengen Erdöl, Eisen und Stahl, organischer Chemikalien aber auch Baumwolle und Textilmaschinen. Das aus den gewaltigen Importen (1974 für fast 7 Mrd Dollar) resultierende Handelsbilanzdefizit führte zu einer Verschuldung von derzeit über 3 Mrd Dollar. Zur Abzahlung der Schulden ist Südkorea nun wiederum auf ausländisches Kapital angewiesen.

Die Abhängigkeit vom Auslandskapital hat für Südkorea zur Folge, daß die wichtigsten Industriezweige (Textil und Bekleidung, Elektroindustrie, Kraftfahrzeugbau und Transportwesen, Erdöl, Chemie, Eisen, Metall und Maschinenbau) von internationalen Konzernen kontrolliert werden.

Auf der Grundlage dieser hohen neokolonialen Abhängigkeit des Landes treten die im Zuge der seit 1974 anhaltenden kapitalistischen Welt-

wirtschaftskrise sichtbaren Krisensymptome in Südkorea verstärkt zutage. So betrug die Preissteigerungsrate 1974 rund 42% und im Industriegebiet von Tägu wurden z.B. 35% der Beschäftigten entlassen.

### Stagnierende Landwirtschaft

Während die industrielle Produktion in den letzten Jahren mit durchschnittlich 10% eine sehr hohe Steigerungsrate aufwies<sup>2)</sup>, stagnierte die Entwicklung in der Landwirtschaft. Dort sind heute, obwohl ihr Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt von 59,1% im Jahre 1965 auf 47,8% im Jahre 1974 zurückging, absolut gesehen mehr Personen beschäftigt als vor 10 Jahren. Die Landwirtschaft ist heute mit 25,3% am Bruttoinlandprodukt beteiligt.

Die stagnierende Entwicklung der Agrarproduktion ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß in Südkorea ausgesprochen kleinbäuerliche Bewirtschaftungsmethoden vorherrschen<sup>3)</sup>. Durch die von den Bauern erzwungene Landreform von 1948 waren zwar 300.000 ha (im Norden waren 1 Mio ha verteilt worden) Land an die ehemaligen Pächter und Landarbeiter ausgegeben worden, da aber jegliche Unterstützung seitens des Staates ausblieb und die Parzellen für eine Mechanisierung häufig zu klein waren, wird ein großer Teil der Felder heute noch wie vor 100 Jahren mit Zugtieren oder mit der Hand bearbeitet. Hinzu kommt, daß das Regime die Bauern zwingt, ihre Produkte zu festen Preisen abzugeben, wohingegen die Preise für Kunstdünger etc. stark ansteigen. Die Maßnahme soll dazu dienen, die Reproduktion der Industriearbeiter bei Aufrechterhaltung der extrem niedrigen Löhne, die etwa ein Zehntel des Verdienstes japanischer Arbeiter betragen, überhaupt zu gewährleisten.

Das hat zum Ruin vieler Bauern geführt, die in der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in die großen Städte zogen. Dort leben sie in der Mehrzahl in Slums am Rande der Städte, finden jedoch oft keine Arbeit oder verdienen ihren Lebensunterhalt als kleine Händler.

Auf der anderen Seite hatte die Not vieler Bauern zur Folge, daß der Boden von wenigen kapitalkräftigen Familien aufgekauft und dann wieder an die Bauern verpachtet wurde. Der Anteil des Pachtlandes an den Anbauflächen betrug bereits 17% im Jahre 1972.

Die extreme Ausbeutung der Bauern aufgrund der in weiten Teilen der Landwirtschaft vorherrschenden Pachtverhältnisse ist eine der Ursachen dafür, daß Investitionen fehlen und neue Produktionsmethoden nicht eingeführt werden. So gab es 1972 in Südkorea insgesamt nur 272 Traktoren. Vor dem Hintergrund der Stagnation in der Landwirtschaft wird verständlich, daß der



Polizeieinsatz gegen Studenten in Seoul

Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln nur etwa 65% beträgt. Daher ist Südkorea, das früher die Kornkammer ganz Koreas war und Reis exportierte, zu einem bevorzugten Absatzgebiet für amerikanischen Weizen geworden, der bei den Importen mit einem Wert von 297,6 Mio Dollar im Jahre 1974 an dritter Stelle liegt.

### Das wahre Gesicht des südkoreanischen "Wirtschaftswunders"

Die Rückständigkeit in den Dörfern Südkoreas ist also bis heute nicht beseitigt worden. Im Gegenteil: die Ungleichheit im Einkommensniveau und den Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land nimmt zu.

Doch der enorme industrielle Aufschwung kam auch den Industriearbeitern nicht zugute. Da die offiziell erlaubten Gewerkschaften Werkzeuge des Pak-Regimes sind und bei "Störungen des Betriebsfriedens" sofort die Polizei eingesetzt

wird, sind die Werktätigen dem Lohndiktat des in- und ausländischen Kapitals ausgeliefert. Es ist durchaus üblich, daß die Angehörigen eines ganzen Betriebes fristlos entlassen und am anderen Tag nur diejenigen wieder eingestellt werden, die sich mit einer Lohnsenkung zufrieden geben. Verschärft wird die Situation durch das Heer von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, das etwa 3 Mio Menschen stark ist. Daher betragen die Löhne bei einer Arbeitszeit von 90 Stunden in der Woche (d.h. täglich 12 Stunden und Sonntags 18 Stunden) nur etwa die Hälfte dessen, was zur Ernährung einer vierköpfigen Familie lebensnotwendig wäre<sup>4)</sup>.

Es ist eine Tatsache, daß die einzigen Nutznießer des "koreanischen Wirtschaftswunders" die ausländischen Konzerne und eine kleine Schicht südkoreanischer Finanzoligarchen in Allianz mit den herrschenden Militärbürokraten sind, deren hohe Einkünfte zu einem Gutteil aus der überall

florierenden Korruption resultieren<sup>5)</sup>. Die sprunghaft gestiegenen Steuern - 1974 wurden sie um 63% erhöht - wandern eher in den Militärbudget<sup>6)</sup> und in die Taschen der Minister und Funktionäre, als daß sie für die zwar lauthals angekündigten, aber niemals durchgeführten Städtebausanierungsprojekte verwendet würden; die Städte bestehen bis auf die Prachtbauten der Konzerne zu 75% aus Slums.

Auch das Analphabetentum liegt immer noch bei 29,4%. Krankheiten wie Tuberkulose (1972 1,25 Mio Fälle), Typhus und Meningitis sind alltäglich. Während in der Stadt auf einen Arzt 2.360 Einwohner kommen, sind es auf dem Land 12.000<sup>7)</sup>.

#### Unterdrückung der demokratischen Bewegung

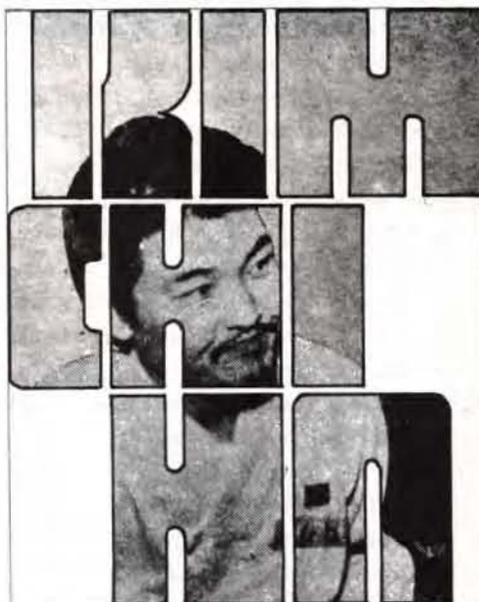
Gegen die Politik des Pak-Regimes formiert sich jedoch eine erstarkende Widerstandsbewegung. Vor allem die Studentenschaft lenkt durch verschiedene Aktionen die Aufmerksamkeit auf sich.

## Kim Chi Ha

engagierter Katholik, Dichter und Patriot, ist eines der prominentesten Opfer des diktatorischen Pak-Regimes. Bekannt wurde Kim Chi Ha durch Werke und Gedichte wie "Die fünf Banditen" (O Chok), in denen allegorisch Militärgeneräle, Abgeordnete der Nationalversammlung, hohe Beamte, Minister und Millionäre als Banditen beschrieben werden, und "Die Gerüchte" (Bi-O), eine Satire, die die südkoreanische Gesellschaft in bitterer Ironie kritisiert. Aufgrund seines demokratischen Engagements wurde der Dichter, der sich selbst als gläubiger und radikaler Katholik versteht, mehrmals verhaftet und im Juni 1974 zusammen mit sechs weiteren Angeklagten zum Tode verurteilt. Nur einer breiten weltweiten Protestwelle war es zu verdanken, daß das Urteil in lebenslänglich Gefängnis umgewandelt und Kim Chi Ha kurzzeitig aus der Haft entlassen wurde. Im März 1975 wurde er trotz einer schweren Krankheit (Tuberkulose) erneut verhaftet und wartet seither auf seinen nächsten Prozeß. Es wird ihm zur Last gelegt, "Kommunist" - und damit "Agent des Nordens" - zu sein. Auf dieses "Vergehen", mit dem Pak die Oppositionsbewegung in ihrer Gesamtheit zu kriminalisieren pflegt, steht die Todesstrafe. Mit der Liquidierung eines ihrer bekanntesten Vertreter versucht Pak, die Oppositionsbewegung einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen - darunter die Kim Chi Ha eng verbundenen Bewegungen "Vereinigung Katholischer Priester für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit", "Nationalrat für den Wiederaufbau der Demokratie" sowie die Jugend- und Studentenvereinigungen.

In dem folgenden Auszug aus der Schrift "Der Leidensweg", die Kim Chi Ha 1974 während seiner Gefangenschaft im Youngdungpo-Gefängnis in Seoul verfaßte, beschreibt er die Atmosphäre in den Kerkern des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA:

"Die Zellen mit den seltsamen Farben im 6. Dezernat der KCIA. Die dumpf und düsterfarbigen Zellen, die mich ständig an die Stunde erinnern, als ich gerade aus dem Alptraum erwachte und vor mir die weißen Wände gesehen hatte. Die Zellen der grauisigen Farben, die in mir weder schöne Erinnerung noch leuchtende Hoffnung erweckten. Die Zellen mit schauderhaften Farben, die in mir das gespenstische Trugbild weckten,



daß die in Vorzeit durch grausame Folterungen abgeschiedene, abgetrocknete Leiche mit weit geöffnetem Mund noch an der Wand hängend verfaulte. Die gleichen, quadratischen kahlen Zellen, nichts als stets schwachbrennende Glühbirnen, die einen zwischen Tag und Nacht nicht unterscheiden ließen. In diesen Zellen sind wir eingekerkert, tage-, wochen- und monatelang und warten auf das Urteil: Tod oder Leben, mit unerträglicher Qual."

Die Schriften Kim Chi Has wurden im Frühjahr 1976 in deutscher Sprache vorgelegt vom: Forum für Demokratie in Korea, Postfach 1526, 7400 Tübingen 1.

Senden Sie Protestschreiben mit der Forderung nach sofortiger Freilassung Kim Chi Has an: Präsident Pak Chung Hi, Blue House, Chongnogu, Seoul, Südkorea oder an die Südkoreanische Botschaft, Adenauerallee 124, 5300 Bonn.

Sie sieht sich als Erbe der progressiven Traditionen der koreanischen Studenten während der Kolonialzeit, und sie war maßgeblich am Sturz Li Syng Mans im April 1960 beteiligt. Deshalb werden die Studenten mit besonderer Härte verfolgt. Allein im Herbst 1974 wurden acht Studenten von militärischen Sondergerichten zum Tode und 114 zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Im Oktober 1974 ließ Pak nach Demonstrationen sämtliche Universitäten und Hochschulen schließen.

Eine andere Bevölkerungsgruppe, die trotz Terrorurteilen und Bespitzelung durch den allgegenwärtigen südkoreanischen Geheimdienst (KCIA)<sup>8)</sup> um demokratische Reformen kämpft, sind die Christen, die etwa 12% der Bevölkerung ausmachen. Das ist besonders wichtig, da es außer einigen bürgerlichen Parteien, von denen die das kleine und mittlere Bürgertum vertretende Neue Demokratische Partei die bedeutendste ist, keine legale Opposition gibt. Während die Rechte der Neuen Demokratischen Partei systematisch beschnitten werden und sie damit als Oppositionspartei im Parlament zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist, müssen revolutionäre Parteien wie die Revolutionäre Wiedervereinigungspartei in vollständiger Illegalität arbeiten. Obgleich die Kampfbedingungen der südkoreanischen Arbeiterklasse durch die Propagierung eines scharfen Antikommunismus, die Existenz von dem Regime hörigen "gelben" Gewerkschaften und durch brutale Einsätze gegen streikende Arbeiter gekennzeichnet sind, nehmen in jüngster Zeit auch ihre Aktivitäten zu, die zum größten Teil in den Industriezentren Seoul-Intschon und Pusan-Tägu konzentriert sind.

Das zeigte sich vor allem bei der erstmaligen Durchführung von Streiks in der Textilindustrie im Frühjahr 1975, in deren Verlauf ökonomische und politische Forderungen (nach demokratischen Rechten) gestellt wurden. Weiterhin weist die zunehmende Teilnahme von Arbeitern an gemeinsamen Demonstrationen mit Studenten in Seoul auf die Tendenz zum gemeinsamen Handeln der verschiedenen oppositionellen Strömungen hin.

#### Anmerkungen:

- 1) Das Erstarken des einheimischen Industriepotentials läßt sich daran ablesen, daß der Anteil der Investitionen aus ausländischen Finanzierungsquellen am Gesamtinvestitionsvolumen Südkoreas von 65% im Jahre 1961 auf 45% im Jahre 1974 zugunsten des einheimischen Kapitals zurückging. Diese und die folgenden Angaben zur Ökonomie Südkoreas wurden entnommen: Ernst M. Wallner, Die Entwicklungsländer, Frankfurt/M. 1974, S. 439-446  
Länder der Erde, Autorenkollektiv, Berlin 1972, S. 407-415  
Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderbericht Südkorea 1975  
Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhan-

delsinformation, Weltwirtschaft zur Jahresmitte, August 1975 Korea und Merkblatt für Kapitalanlagen im Ausland, Korea (1), November 1973

- 2) Sie wurde nur von wenigen Entwicklungsländern, wie etwa dem Iran mit 12,8% (von 1960-1968) jährlich übertroffen; nach: World Economic Survey 1969-1970, United Nations, New York 1971
- 3) Die Nutzfläche je Betrieb lag 1973 bei 0,92 ha; nach: Statistical Yearbook Korea 1974
- 4) Die Angaben stammen von Ton Veerkamp, der als Mitglied einer Delegation des WSCF (World Student Christian Federation) im Oktober 1974 die Gelegenheit hatte, sich ein realistisches Bild der Arbeitsbedingungen in Südkorea zu verschaffen. Die Zahlen beziehen sich auf die Textilfabrik Taehan Mo Bang Woolen Mill Factory, in der 1.700 Arbeiter, meist Mädchen im Alter von 14 bis 22 Jahren, beschäftigt sind und die als typisch für ganz Südkorea gelten; vgl. ESG-Nachrichten, Nr. 79/15.2.1975
- 5) Vgl. Stern 10.7.1975. Danach "spendete" allein die Gulf Oil Corporation 10 Mio DM zur Begünstigung ihrer Geschäfte.
- 6) Die Militärausgaben machten 1976 etwa 40% des Haushaltes aus. Vgl. Neues Deutschland 8.1.1976.
- 7) Zum Vergleich: In Indien kommen 4.610 Einwohner auf einen Arzt; nach: UN Statistical Yearbook, New York 1971
- 8) Es wird vermutet, daß der KCIA mehr als 300.000 Spitzel und Agenten in seinen Reihen hat. Vgl. Neue Berliner Illustrierte, Nr. 24/1975

## Aktion Rechenschieber für Vietnam

Der Verein der vietnamesischen Studenten in der Bundesrepublik führt zur Zeit eine Aktion "Rechenschieber für Vietnam" durch.

Viele Studenten, Assistenten und technisch Tätige in der BRD haben bereits Elektronikrechner, so daß sie ihre Rechenschieber entbehren können. In Vietnam hingegen stellen Rechenschieber eine Mangelware dar.

Die Aktion "Wissenschaftlich-Technische Hilfe" unterstützt diese Sammlung der vietnamesischen Studenten. Sie bittet um Ihre Hilfe.

Solidaritätssendungen und Anfragen sind zu richten an:

Aktion "Wissenschaftlich-Technische Hilfe für Vietnam"  
p.A. Ulrich Wallner  
Vöttinger Str. 49/27  
8050 Freising

Wissenschaftlich technische

**HILFE FÜR VIETNAM**



## Bangla Desh

Seit dem Putsch im August 1975 (siehe AIB 9/1975) war die innenpolitische Szenerie in Bangla Desh von heftigen Auseinandersetzungen gekennzeichnet.

Anfang November 1975 fand ein neuer Militärputsch statt. Der Präsident K.M. Ahmed reichte seinen Rücktritt ein, und die für die Ermordung Mujibur Rahmans verantwortlichen Offiziere wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Nach mehrwöchigen militärischen Auseinandersetzungen konnte sich dann eine neue Regierung unter dem Präsidenten A.M. Sayem und den Ministern Ziaur Rahman, M. Hossain und Tawab behaupten.

Trotz eines offiziellen Verbots haben rechtsextreme Kreise die Angriffe auf die fortschrittlichen Kräfte verstärkt. Sie fordern einen völligen Verzicht des unabhängigen Kurses des Landes, keine Verwirklichung der sozialökonomischen Umgestaltungen sowie die Verkündung eines islamischen Staates. Tawab, an der Spitze der rechtsextremen Elemente und Regierungsmitglied, initiierte Repressalien und Verhaftungen von fortschrittlichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Ermutigt durch diese Aktionen, kehrten dann auch die ausgewiesenen Offiziere Ende April 1976 nach Bangla Desh zurück, um der Rechtsentwicklung zu einem vollen Durchbruch zu verhelfen. Sie hatten jedoch offenbar die Stärke der demokratischen Kräfte unterschätzt, wurden sie doch im Mai d.J. zusammen mit Tawab wieder des Landes verwiesen.

## Iran-Oman

Auf einem Solidaritätstreffen zwischen der ODYSI (Organisation der Demokratischen Jugend und Studenten Irans) und der PFLO (Volksfront für die Befreiung Omans) am 7. Mai d.J. in Westberlin hoben beide Organisationen die große Bedeutung der Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman durch alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte hervor. Übereinstimmend stellten die Vertreter der ODYSI und der PFLO fest, daß der Imperialismus, der seine ökonomischen (Erdöl) und militärstrategischen Interessen (Oman ist britischer Militärstützpunkt) bedroht sieht, derzeit mit verstärkten militärischen und politischen Kampfmaßnahmen auf die Erfolge der PFLO reagiert. Dabei habe das Schah-Regime als regionaler Gendarm die Rolle des Stellvertreters der imperialistischen Interessen übernommen. Die PFLO und die ODYSI hoben hervor, daß ein Sieg des Volkes von Oman gegen die iranisch-britischen Interventionen und

das Quabus-Regime auch ein Schritt zur Befreiung des iranischen Volkes sei.

Der antidemokratische Charakter des Schah-Regimes zeigt sich nicht nur in dem Vorgehen gegen Befreiungsbewegungen im arabischen Raum, sondern auch in der weiter zunehmenden Unterdrückung der Opposition im Innern, der Mißachtung der elementarsten Menschenrechte. Nach Aussagen eines kürzlich von führenden Repräsentanten der Internationalen Juristenkommission, William J. Butler (Vorsitzender des Ausschusses für internationale Menschenrechte der Anwaltschaft von New York) und Professor Georges Levassier (Universität Paris), in Genf veröffentlichten Berichts über "Menschenrechte und das Justizsystem im Iran" sind seit 1971 nach offiziellen Angaben 75 politische Gegner hingerichtet und zahllose Verdächtige Folterungen unterzogen worden (Frankfurter Rundschau, 29.5.1976).

Da der Terror des Schah-Regimes in letzter Zeit verstärkt gegen die intellektuelle Opposition gerichtet ist, ruft die ODYSI zur Solidarität mit den Betroffenen und zur Sammlung von Unterschriften auf (siehe Beilage in diesem Heft).

## Bolivien - Argentinien

Am 3. Juni d.J. wurde der bolivianische General Juan Jose Torres 100 km von Buenos Aires entfernt erschossen aufgefunden. Der Ermordete war von 1970 bis 1971 bolivianischer Präsident, bis er von General Hugo Banzer mit Hilfe des CIA gestürzt wurde und ins Exil flüchten mußte.

Torres war damit der dritte prominente lateinamerikanische Politiker, der innerhalb von drei Wochen in Argentinien ermordet wurde. Vor ihm hatte schon den ehemaligen Senator der "Frete Amplio" Uruguays, Zelmar Michelini, und den früheren Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Hector Gutierrez Ruiz, das gleiche Schicksal ereilt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Morde von den herrschenden reaktionären Kreisen dieser Länder in Auftrag gegeben und von den faschistischen argentinischen Mordkommandos, auf deren Konto schon mehr als 1.000 Morde gehen, ausgeführt wurden. Auf ähnliche Weise war im September 1974 der chilenische General Carlos Prats umgebracht worden.

All diese Morde zeugen davon, daß die Geheimdienste Chiles, Argentiniens, Boliviens, Paraguays, Uruguays und Brasiliens im Zuge der Faschisierung Lateinamerikas ihre Zusammenarbeit zur Liquidierung fortschrittlicher Politiker verstärken.

## OAS-Konferenz in Santiago de Chile

Als Bestandteil des imperialistischen Programms zur Rehabilitierung der Pinochet-Junta wird von den Fortschrittskräften in aller Welt die VII. Vollversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eingeschätzt, die vom 4. bis zum 18. Juni 1976 in Santiago de Chile stattfand. Während die faschistische Junta schon durch den offiziellen Besuch des US-Wirtschaftsministers Simon Anfang Mai d.J. eine erhebliche Aufwertung erfuhr (vgl. AIB, Nr. 5/1976), wurde die OAS-Tagung zum "Triumph für General Pinochet" und zum "Erfolg für Staatssekretär Kissinger", wie die konservative Neue Züricher Zeitung feststellte (NZZ, Fernausgabe, 9.6.1976). Nur Mexiko, das seit dem faschistischen Putsch vom 11. September 1973 seine diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen hat, boykottierte die Tagung mit dem berechtigten Hinweis, daß seine Teilnahme eine offene Legitimation der Militärdiktatur bedeutet hätte, eines Regimes, dessen "Fundamente aus dem Tod der Demokratie und dem Grab Salvador Allendes bestehen", wie der mexikanische Außenminister Alfonso Garcia Robles hervorhob (NZZ, 25.5.1976).

### "Offensive des Faschismus"

Als Versuch, "während der Tagung die Flagge der Offensive des Faschismus gegen alle Völker Lateinamerikas aufzuziehen und den Kontinent in Zeiten schwerster politischer Repressionen zurückzusetzen," wies die Kommunistische Partei Chiles die OAS-Tagung zurück und die Kommunistische Partei Uruguays stellte fest: "Es handelt sich bei der OAS-Tagung um eine Gegenoffensive des Imperialismus, bei der es nicht nur um eine noch größere Beherrschung der lateinamerikanischen Nationen geht, sondern auch um eine Generalstrategie. Es geht darum, durch verschärfte Repressionen die Kontrolle im Südatlantik sowie die Aggressionspolitik und die internationale Provokation gegen Kuba, Peru, Panama und Guyana zu verstärken." (Unsere Zeit, 5.6.1976)

Während Junta-Chef Pinochet sich vor der OAS-Konferenz damit brüstete, mehrere politische Gefangene freigelassen und einige neue Verfassungsbestimmungen, die die "fortschrittlichsten" und "modernsten" dieser Art sein sollen, verkündet zu haben, überzog sein Geheimdienst DINA gerade kurz vor der Konferenz das Land mit der größten Verhaftungs- und Terrorwelle seit der blutigen Machtergreifung im September 1973. Allein im Mai wurden mehr als 1.000 Patrioten verhaftet - darunter die KP-Funktionäre Victor Diaz, Jorge Munos und Mario Zamonaro - und in ein eigens zu diesem Zweck neu errichtetes Konzentrationslager mit dem Namen "Monte Maravilla" eingeliefert (vgl. Neues Deutschland, 5./6.6.1976).

Zur gleichen Zeit kam eine Delegation der "Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta", der aus der BRD Prof. Gerhard Stuby (Bremen), Rechtsanwalt Peter Becker (Marburg) und Rechtsanwalt Joachim Schwaborn (Frankfurt) angehörten, nach einer Chile-Reise zu dem Ergebnis, daß sich die chilenische Junta nur noch durch die Verstärkung der Repression und massive ökonomische wie militärische Unterstützung aus dem Ausland am Leben erhalten kann. Dabei hat sie die Möglichkeiten zur Verteidigung politischer Gefangener weiter eingeschränkt. Von den 64 Anwälten, die sich nach dem Putsch mit der Verteidigung politischer Gefangener befaßt hatten, sind - so die Delegation - heute nur noch 14 übrig, die allein mit Hilfe der Kirche diese Tätigkeit ausüben können. Aufgrund der Tatsache, daß es der Junta auch nach 2 1/2 Jahren noch immer nicht gelungen ist, in einem geplanten Prozeß gegen Luis Corvalan und andere frühere Vertreter der Unidad Popular eine juristisch fundierte Anklage zu erheben, versucht sie nun, sich ihrer Gegner durch neue Formen des Terrors zu entle-

digen, indem die durch die DINA verhafteten Personen spurlos verschwinden und ihre Verhaftung bestritten wird. Gleichzeitig kommen die bundesrepublikanischen Rechtsanwälte zu dem Ergebnis, daß der politische Widerstand gegen die Junta breiter geworden ist und auch Kräfte einschließt, die bisher in Opposition zur Unidad Popular gestanden haben (ASK-Pressemitteilung, Nr. 16/76, 11.6.1976).

Gerade die von Jamaika auf der OAS-Tagung erhobene Forderung nach Freilassung sämtlicher politischer Gefangener wurde von Pinochet mit dem Hinweis auf "für die nationale Sicherheit bestehende Gefahren" zurückgewiesen. Dem eindeutigen Nachweis anhaltender Menschenrechtsverletzungen im Chile der Junta, der durch einen Bericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission der OAS erbracht wurde, hielt der chilenische Diktator die zynische Behauptung entgegen, "Sicherheitsmaßnahmen" und die Verhängung des nationalen Ausnahmezustandes (die auch während der OAS-Tagung nicht aufgehoben wurden) seien notwendig, um das chilenische Volk vor einer "internationalen subversiven Kampagne" zu schützen. Auf die Forderung des venezolanischen Außenministers nach der unverzüglichen Freilassung des KP-Generalsekretärs Luis Corvalan, der sich nunmehr seit über tausend Tagen in den Konzentrationslagern der Junta befindet, antwortete Pinochet ebenfalls mit einem kategorischen "Nein".

### Wo stehen die USA?

US-Außenminister Kissinger ist auf der OAS-Konferenz mit der von ihm seit geraumer Zeit bekannten Wortradikalität aufgetreten. Während er sich angesichts des wachsenden Protests gegen die Unterdrückung der Menschenrechte im faschistischen Chile gezwungen sah, diese zumindest verbal zu verurteilen, hat er eine Einstellung der US-Hilfe für das Pinochet-Regime zurückgewiesen.

Kurz vor seiner Ankunft in Santiago glaubte der chilenische Luftwaffenchef Leigh verkünden zu können, die Auslieferung der seit zwei Jahren bestellten 18 Kampfbomber des Typs F-5E aus den USA könne noch im Juni beginnen. Diesem Plan ist am 14. Juni 1976 allerdings vom Senat der USA einstweilen ein Riegel vorgeschoben worden: Dieser hat die Lieferung von militärischer Ausrüstung in Höhe von 100 Mio Dollar an Chile untersagt und auch Beschränkungen in der Wirtschaftshilfe der USA an Chile beschlossen (vgl. NZZ, Fernausgabe, 16.6.1976). Es bleibt abzuwarten, ob sich die realistischen Kräfte des US-amerikanischen Senats gegenüber dem verstärkten Streben der Ford-Administration nach der Aufwertung des faschistischen Regimes in Chile werden behaupten können.

**FREIHEIT FÜR  
LUIS CORVALAN  
UND ALLE  
POLITISCHEN  
GEFANGENEN  
IN  
CHILE!**



# GEGEN DAS ATOMKOMPLOTT BRD – SÜDAFRIKA



## UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Hiermit protestieren wir gegen die atomare Zusammenarbeit der Bundesregierung, von ihr kontrollierter Forschungsinstitute und Industrieunternehmen mit dem südafrikanischen Rassistenregime beim Bau einer Urananreicherungsanlage in Pelindaba/Südafrika.

Durch diese Zusammenarbeit wird das unmenschliche Terror- und Ausbeutungssystem der Apartheid gestärkt und der Frieden in Afrika und der Welt ernsthaft bedroht.

Mit dem Atomkomplott stellt sich die Bundesrepublik offen gegen den gerechten Kampf der afrikanischen Völker für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, gemäß ihrer Verpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag, die Weitergabe atomarer Technologie an das Apartheid-Regime unverzüglich zu unterbinden.

NAME	ANSCHRIFT	BERUF/FUNKTION	UNTERSCHRIFT
------	-----------	----------------	--------------

1.

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

Ich unterstütze umseitige Erklärung

NAME ----- ANSCHRIFT ----- BERUF/FUNKTION ----- UNTERSCHRIFT -----

11. \_\_\_\_\_

12. \_\_\_\_\_

13. \_\_\_\_\_

14. \_\_\_\_\_

15. \_\_\_\_\_

16. \_\_\_\_\_

17. \_\_\_\_\_

18. \_\_\_\_\_

19. \_\_\_\_\_

20. \_\_\_\_\_

21. \_\_\_\_\_

22. \_\_\_\_\_

23. \_\_\_\_\_

24. \_\_\_\_\_

25. \_\_\_\_\_

26. \_\_\_\_\_

27. \_\_\_\_\_

28. \_\_\_\_\_

29. \_\_\_\_\_

30. \_\_\_\_\_

31. \_\_\_\_\_

32. \_\_\_\_\_

Die ausgefüllte Liste bitte einsenden an:

Antiiperialistisches Solidaritätskomitee, Eichwaldstr. 32,  
6000 Frankfurt/M.; Tel.: 0611/452323

